

# DOKUMENTE DES Fortschritts INTERNATIONALE REVUE

HERAUSGEGEBEN VON PROFESSOR DR. R.  
BRODA: PARI; IN VERBINDUNG MIT  
DR. HERMANN BECK: BERLIN UND  
ERICH LILIENTHAL: BERLIN + VER-  
LEGT BEI GEORG REIMER: BERLIN + W.  
JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK  
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK

AUSGEGEBEN ANF. FEBRUAR 1912  
5. JAHR 2. HEFT



DEUTSCHE  
CHRISTLICHE



# INHALT:

DIESES HEFT IST VORNEHMLICH ÖKONOMISCHEN PROBLEMEN  
GEWIDMET.

NACHDRUCK MIT AUSNAHME DER DURCH EINEN VERMERK  
GEKENNZEICHNETEN ARTIKEL MIT QUELLENANGABE GESTATTET.

ALLE MANUSKRIPTE SIND AN DIE DEUTSCHE REDAKTION, BERLIN-  
WILMERSDORF, PRINZREGENTENSTR. 115/116 ZU RICHTEN.

UNVERLANGTEN SENDUNGEN IST DAS RÜCKPORTO BEIZUFÜGEN.

PAUL GOEHRE, M. d. R., Zehlendorf: Das neue deutsche Heimarbeitergesetz	83
Dr. DRAGHICESCO, Professor an der Universität Bukarest: Agrarreformen in Rumänien .....	89
Dr. ALESSANDRO SCHIAVI, Mitglied des Mailänder Gemeinderats: Das in Italien geplante Lebensversicherungsmonopol.....	92
LUDWIG BAUER, Wien: Die österreichische Personaleinkommensteuer und ihre geplante Reform.....	96
Prof. Dr. R. BRODA, Paris: Staats- oder Privatbahnen .....	99
Dr. EUGEN AMELUNG, Wien: Die Teuerung, ein internationales Problem der Sozialökonomie.....	102
ERWIN STEIN, Generalsekretär des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, Berlin-Friedenau: Teuerung und Haushalt .....	112
G. DELORY, Mitglied des französischen Parlaments und ehemals Ober- bürgermeister von Lille: Leistungen einer sozialistischen Gemeinde- verwaltung.....	117
Dr. RENÉ M. DELANNOY, Wien: Die Wiener Aktien-Großschlächtereirei....	120
Chronik .....	129

## RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

Prof. Dr. R. BRODA, Paris: Wiener Gemeindeunternehmungen.....	134
---	-----

## POLITISCHE ENTWICKLUNG:

Prof. Dr. ROBERT HERCOD, Lausanne: Die Sprachenfrage in der Schweiz	140
---	-----

## MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG:

Chronik.....	151
--------------	-----

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE  
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.



## PAUL GOEHRE, M. D. R., ZEHLENDORF: DAS NEUE DEUTSCHE HEIMARBEITSGESETZ.



INE der letzten Arbeiten des vergangenen Deutschen Reichstags ist die Fertigstellung eines Heimarbeitsgesetzes gewesen.

Es hat lange in Deutschland gedauert, ehe man zu diesem Ergebnis gekommen ist. Unseres Wissens ist die erste Anregung zu einem solchen Gesetz schon im Jahre 1880 und zwar von der sozialdemokratischen Fraktion gegeben worden. Sie ist jahrzehntelang unbeachtet geblieben. Darauf brachte dieselbe Partei 1906 von sich aus einen ausschließlich von ihr selbst bearbeiteten vollständigen Entwurf eines Heimarbeitsgesetzes ein, der außerhalb des Reichstags viel Anerkennung, bei diesem selbst aber kein Interesse fand. Immerhin hatte er die Wirkung, daß endlich im folgenden Jahre 1907 die deutsche Reichsregierung eine Gewerbeordnungsnovelle vorlegte, in der unter Artikel 4 auch die Verhältnisse in der Heimarbeit geregelt werden sollten. Die Novelle wurde einer Kommission überwiesen, die sie beriet. Ihr Resultat aber kam nicht wieder vor das Plenum des Hauses, weil ein vorzeitiger Sessionsschluß das Gesetz unter den Tisch warf.

Aber in der folgenden Session wiederholte die Reichsregierung ihren Versuch. Im Februar 1910 brachte sie einen neuen Entwurf ein, der diesmal sich ausschließlich mit den Heimarbeitsverhältnissen beschäftigte. Es war lediglich ein Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes, wie die Regierung ihn nannte, der vorgelegt wurde. In seinen Grundlagen glich er demjenigen der Gewerbeordnungsnovelle; außerdem aber waren eine Reihe Grundsätze und Vorschriften hineingearbeitet, die bei der Beratung der Novelle durch die Kommission als für ein wirksames Heimarbeitsgesetz von allen Parteien als mindestens unerläßlich bezeichnet worden waren. Gleichwohl stellte sich auch dieser Entwurf noch als ein überaus dürftiges Gebilde dar, wenigstens in den Augen aller Heimarbeiter und derer, die als ihre Freunde ihre elenden Verhältnisse genau kennen und sie ernstlich zu bessern sich seit Jahren bemüht haben.

In dem Entwurf fehlte jede klare Definition dessen, was als Heimarbeiter zu verstehen ist, d. h. jene Dreiteilung dieser Arbeiterkategorie in Hausarbeiter, Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende, ohne die jede feste Erfassung der ganzen Gruppe unmöglich wird. Er enthielt lauter sogenannte „Kannvorschriften“, d. h. es wurde kaum irgendwo eine feste Zwangsvorschrift gegeben, vielmehr alles dem diskretionären Ermessen des Deutschen Bundesrats und der Landespolizeibehörden überlassen. Zahlreiche Ausnahmen wurden statuiert; die Durchführung des auf diese Weise noch zulässig Gebliebenen wurde davon abhängig gemacht, daß nur solche Anforderungen erhoben wurden, „die ohne unverhältnismäßige Aufwendungen ausführbar sind“. Wäre das Gesetz so geblieben, wie es noch dieser Regierungsentwurf vorsah, so wäre es die reine Verhöhnung der der Hilfe so dringend bedürftigen Heimarbeiter geworden.

Trotzdem liefen die in besonderen Interessenverbänden straff organisierten Heimarbeitsindustriellen, „die Verleger“, wie sie in vielen Gegenden Deutschlands heißen, sofort Sturm selbst gegen dieses zahmste aller Gebilde. Sie überschütteten den Reichstag mit Kritiken und — im weiteren Verlauf der Beratungen — immer von neuem mit Petitionen. Ihr Wunsch war, daß

am besten gar kein Gesetz zustande zu kommen habe; ihre Parole lautete: „Wenn die Regierung nur für genügende Absatzmärkte für unsre Produkte sorgt, hat sie ihre Pflicht auch gegen die Heimarbeiter getan, da diese dann das haben, was sie notwendigerweise vor allem brauchen, ausreichende Arbeit; alles andre regeln wir mit ihnen in freien Abmachungen allein.“ Ihr Vorgehen wirkte um so brutaler, als sie, die selbst längst fast bis auf den letzten Mann in Verbänden straff organisiert sind, auf diese Weise auch nur den Anfang einer staatlich irgendwie unterstützten Organisierung der Heimarbeiter zu verhindern suchten. Selbst mächtig, wollten sie auch in Zukunft die unbeschränkte Möglichkeit haben, die gänzlich unorganisierten und darum gegen sie ganz ohnmächtigen Heimarbeiter wie bisher ungehindert ausbeuten zu können.

Allerdings regten sich dagegen alsbald auch die oben genannten Freunde und Verteidiger der Hausarbeiter, und später auch diese selbst. Ein zweiter Heimarbeiterkongreß wurde nach Berlin berufen. In Wort und Schrift wurde von den Gewerkschaften jeder Richtung, von den Zwischenmeistern der Heimarbeiter, von Organisatorinnen der Heimarbeiterinnen, von Professoren der Volkswirtschaft wie Franke und Wilbrandt, schließlich auch von dem Ex-Handelsminister von Berlepsch mit einer erdrückenden Fülle von Beweisen die Vertiefung und Verbesserung des vorliegenden Regierungsentwurfs zugunsten der Heimarbeiter verlangt.

Die Folge dieser Agitation und Gegenagitation, die bis zur Beendigung der dritten Lesung des Gesetzes im Plenum nicht zur Ruhe gekommen ist, war nun, daß auch die bürgerlichen Parteien sich genötigt sahen, in den alsbald beginnenden Kommissionsberatungen dem Entwurf eine schärfere Fassung und hier und da auch einen tiefergreifenden Inhalt zu geben. Andererseits gelang es nicht, weder in der Kommission noch auch später im Plenum gerade das in den Entwurf hineinzubringen, was jedes Heimarbeitsgesetz erst zu einem wirklichen und wirksamen Schutzgesetz der Heimarbeiter zu machen vermag: das Lohn- oder Tarifamt, dessen Wesen den Lesern der „Dokumente“ ja längst genau bekannt ist. Und insofern haben die Heimarbeitsindustriellen einen vollen und glatten Sieg über ihre Heimarbeiter und deren Freunde errungen. Insbesondere war es auch die deutsche Reichsregierung, die in diesem Punkte gegen die letzteren völlig hart und verschlossen blieb. An ihrem Widerstand erlahmte schließlich auch der Wille zum Lohnamt selbst derjenigen bürgerlichen Parteien, die noch in der Kommission für die Schaffung von solchen Ämtern eingetreten waren.

Das Ergebnis der Kommissionsberatungen über den Entwurf war nun etwa folgendes. Eine etwas schärfere Definition dessen, was man unter Heimarbeit zu verstehen hat, ist eingefügt: Heimarbeit ist diejenige, die in Werkstätten stattfindet, in denen entweder „jemand ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt“ oder „eine oder mehrere Personen gewerbliche Arbeit verrichten, ohne von einem den Werkstattbetrieb leitenden Arbeitgeber beschäftigt zu sein“ (§ 1). Wo Heimarbeit ausgegeben oder abgeliefert wird, müssen Lohnverzeichnisse zur Einsicht aller Heimarbeiter ausliegen; nur für die Ausarbeitung neuer Muster gilt diese Bestimmung nicht; auch darf der Bundesrat für bestimmte Gewerbe Ausnahmen von dieser Verpflichtung gewähren (§ 3). Hier ist also — ein wirklicher Fortschritt — eine „Kann“-bestimmung in eine „Muß“-vorschrift umgewandelt worden. Den Heimarbeitern müssen Lohnbücher oder Arbeitszettel ausgehändigt werden, welche Art und Umfang der



Arbeit sowie die dafür festgesetzten Löhne und Preise enthalten (§ 3 a). Die Polizeibehörde kann dafür sorgen, daß bei der Empfangnahme oder Ablieferung von Arbeit keine durch die Natur des Betriebs nicht gerechtfertigte Zeitversäumnis für die Heimarbeiter entsteht (§ 4). Dieselbe Behörde kann auf Antrag von Gewerbeaufsichtsbeamten Anordnungen treffen, um bessergelüftete, lichtreichere und staubfreiere Arbeitsräume, Maschinenschutzvorrichtungen, eine Maximalarbeitszeit für Kinder und Jugendliche und eine Einschränkung der Sonntagsarbeit für diese einzuführen (§ 5). Für Arbeitsräume, in denen Nahrungs- und Genußmittel in der Heimarbeit hergestellt oder verarbeitet werden, kann die Polizeibehörde bestimmte Mindestvorschriften erlassen, auch verbieten, daß sie zu bestimmten andern Zwecken verwendet werden (§ 6). Verantwortlich für die Innehaltung dieser Vorschriften ist der, welcher über den betreffenden Arbeitsraum das Verfügungsrecht hat (§ 8), also in der Hauptsache der Heimarbeiter. Als Strafen auf Nichtinnehaltung der Vorschriften werden festgesetzt für Arbeitgeber Geldstrafen bis 30 Mark und Haftstrafen bis 8 Tage, für die Heimarbeiter dagegen Geldstrafen bis 30, 150, 180, 300 und 2000 Mark, sowie Haftstrafen bis 4 Wochen und 6 Monaten Gefängnis (§ 18—22). In einem § 12 wird den Industriellen auch noch die Pflicht auferlegt, ein Verzeichnis der Namen ihrer Heimarbeiter zu führen und dieses auf Verlangen der Polizei- und der Gewerbeaufsichtsbehörde vorzulegen (Registrierpflicht). Nach alledem ist auch in der Fassung des Kommissionsentwurfs den Polizeibehörden eine große Freiheit gegeben, wie weit oder wenig weit sie, namentlich in bezug auf Durchführung der sanitären Schutzmaßregeln, in den einzelnen Fällen gehen wollen. Beibehalten ist vor allem auch die Bedingung aus dem Regierungsentwurf, daß nur „verhältnismäßige“ Aufwendungen zu deren Durchführung gefordert werden dürfen.

Von besonderer Bedeutung und Interesse dürften die beiden Anträge sein, die in der Kommission auf Einführung der Lohnämter gestellt wurden. Der eine stammt von der sozialdemokratischen, der andre von der Zentrumsfraktion. Der erstere ist dem früheren sozialdemokratischen Gesamtentwurf eines Heimarbeitsgesetzes entnommen; der andere ist den Bestimmungen angepaßt, die das englische Heimarbeitsgesetz über Lohn- und Tarifämter enthält. Der sozialdemokratische Antrag lautete wörtlich:

„Auf Antrag von Hausarbeitern oder ihrer Organisation hat das Gewerbegericht als Einigungsamt für den Bezirk seiner Zuständigkeit die Lohnsätze in der Branche, welche es angerufen hat, für eine bestimmte Dauer festzusetzen.

An Orten, an denen ein Gewerbegericht nicht besteht, müssen Kommissionen gebildet werden, welche auf entsprechenden Antrag diese Festsetzung bewirken. Die näheren Bestimmungen erläßt der Bundesrat mit der Maßgabe, daß die Kommissionen zur Hälfte aus Gewerbetreibenden, zur Hälfte aus Arbeitern unter Vorsitz eines Vertreters der Gewerbeinspektion bestehen müssen.

Die Verordnungen des Bundesrats sind durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Die Lohnsätze dürfen nicht niedriger festgesetzt werden, als die in Fabriken und Werkstätten für entsprechende Arbeit gezahlten Löhne. Sie sind von den Einigungsämtern bezw. den Kommissionen zu veröffentlichen und sind nach ihrer Veröffentlichung für Gewerbetreibende und Hausarbeiter der betreffenden Branche während der Dauer, für welche sie festgesetzt sind, rechtsverbindlich.“

Der Wortlaut des Zentrumsantrags war folgender:



„Durch den Reichskanzler oder die Landeszentralbehörden oder die höheren Verwaltungsbehörden können für bestimmte Gewerbebezüge, in denen Hausarbeiter in größerer Zahl zu einem im Vergleich zu anderen Arbeitern außergewöhnlich niedrigen Lohn beschäftigt werden, ganz allgemein oder für bestimmte Gruppen von Hausarbeitern oder für besondere Bezirke Lohnämter, die zu gleicher Zahl aus gewählten Vertretern der Gewerbetreibenden und der Arbeiter unter einem vom Bundesrat zu ernennenden Vorsitzenden zusammengesetzt sind, errichtet und die zur Durchführung dieser Bestimmung erforderlichen Anordnungen getroffen werden. Mit den Aufgaben des Lohnamts können auch Gewerbegerichte oder Arbeitskammern betraut werden.

Diese Lohnämter haben tunlichst für die in der Hausarbeit beschäftigten Arbeiter, für welche sie errichtet sind, nach Ermittlung der orts- und berufsfüblichen Löhne Mindestzeit- oder Mindeststücklöhne für einen bestimmten Zeitraum festzusetzen.

Sobald die solcherart festgesetzten Löhne die Zustimmung der Behörde, welche die Einsetzung des Lohnamtes vorgeschrieben hat, gefunden haben, sind sie als Mindestlöhne rechtsverbindlich. Entgegenstehende Vereinbarungen zum Nachteile des Hausarbeiters sind nicht rechtsverbindlich.

Die so festgesetzten Mindestlöhne können auch für solche Betriebe eines gemäß Abs. 1 geregelten Gewerbebezuges vorgeschrieben werden, in welchem Personen beschäftigt sind, die als gewerbliche Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung gelten, soweit ohne Einbeziehung dieser Personen der mit der Festsetzung von Mindestlöhnen für die Hausarbeiter beabsichtigte Zweck nicht erreichbar ist.

Die Verordnungen des Bundesrats sind durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnisnahme vorzulegen.“

Es ist schwer zu entscheiden, welcher von beiden der bessere zu nennen ist. Jeder von beiden hätte, Gesetz geworden, jedenfalls seinen heilsamen Zweck erfüllt. Aber beide fielen, schon in der Kommission. Nachdem sie in deren ersten Lesung mit einer Stimme Mehrheit angenommen worden waren, wurden sie beide in der entscheidenden zweiten Kommissionslesung mit Stimmengleichheit abgelehnt. So kam also der charakterisierte Kommissionsentwurf Ende November d. J., kurz vor dem Schluß des Reichstags, ohne einen Lohnamtsparagrafen an dessen Plenum zu einer entscheidenden zweiten, und schließlich, am vorletzten Tage seiner Existenz, noch zu einer ganz flüchtigen, debattelosen dritten Lesung.

In der zweiten Lesung drehte sich der ganze Kampf wieder eigentlich nur um die Frage der Lohnämter. Aber das Bild hatte sich nunmehr auch in bezug auf sie völlig verschoben. Während in der Kommission die Frage des Für und Wider auf des Messers Schneide gestanden und auch ein Teil der bürgerlichen Vertreter für das Lohnamt sich erklärt hatte, waren diese letzteren inzwischen, unter Führung des Zentrums, umgefallen und auf den ablehnenden Standpunkt der Regierung eingeschwenkt, angeblich, weil keine Majorität mehr für sie im Hause zu finden und der Widerstand der Regierung nicht zu brechen sei; in Wahrheit, weil man dem Drucke der Heimindustriellen mehr nachgegeben hatte als dem der Heimarbeiter. So trat nur die sozialdemokratische Partei und neben ihr ein Häuflein Freisinniger unter Führung des Abgeordneten D. Naumann für die Lohnämter ein.

In der Diskussion sind noch einmal alle die zwingenden Gründe angeführt worden, die das Lohnamt geradezu zu einer Notwendigkeit machen. Es wurde darauf hingewiesen, daß alle oben genannten Vorschriften, namentlich sanitärer Art, zur Verbesserung der Lage der Heimarbeiter ohne Lohnämter geradezu zum Unheil derselben ausschlagen müssen, vorausgesetzt, daß sie einigermaßen ernsthaft durchgeführt würden; denn deren Durchführung selbst nur in bescheidenstem Umfang koste Geld und abermals Geld, das die Heimarbeiter aufzubringen hätten, und das sie, ohne Lohnämter, die ihnen erhöhte

Löhne, d. h. menschenwürdige Minimallöhne garantieren würden, in ihrer gegenwärtigen Elendslage niemals aufzubringen imstande wären. Würden sie sich aber, eben aus Mangel an Mitteln, weigern, die Vorschriften zu erfüllen, so seien sie dem Strafrichter verfallen. In jedem Falle sei neue Not, neue Sorge, neue Drangsalierung die Folge von Maßnahmen, die doch angeblich getroffen seien, ihnen zu helfen. Auch die Lohnverzeichnisse und Lohnbücher hingen ohne Lohnämter in der Luft. Denn ohne sie habe nach wie vor der Unternehmer allein über die Höhe der Löhne zu bestimmen. Ohne Lohnamt sei ferner auch eine Organisation der weitaus größten Teile der Heimarbeiter aussichtslos. Gegen die Lohnämter seien Bedenken nicht mehr statthaft. Sie hätten sich in einer Reihe von Staaten bewährt: in Neuseeland und Viktoria, wie, seit 2 Jahren, in England. In Frankreich und Österreich lägen, von den Regierungen eingebracht, Heimarbeiterschutzgesetzentwürfe den Parlamenten zur Beschlußfassung vor, die resolut die Einführung von wirkungsvollen Tarifämtern vorsehen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika seien Wiskonsin und Minesota soeben dabei, Lohnämter nach australischem Muster einzuführen. Die Einrichtung sei also spruchreif, sei erprobt. Sie habe begonnen, einen Siegeszug durch die Welt anzutreten. Deutschland dürfe sich ihrem Einzug nicht verschließen. Auch zerstreue diese Tatsache, daß allenthalben um Deutschland her die Staaten Lohnämter bei sich einführen, ein sonst etwa schwerer ins Gewicht fallendes Bedenken unsrer Heimindustriellen: die Gefahr, durch allzu schwere Belastung mit Pflichten mit dem Ausland nicht mehr konkurrenzfähig zu bleiben, sei dadurch hinfällig geworden. Dagegen müsse das Lohnamt auch in Rücksicht auf diejenigen deutschen Industrien geschaffen werden, die, den Heimarbeitsgebieten ferner gelegen, höhere Löhne zu zahlen hätten als die den Heimarbeitsgebieten benachbarten Fabrikbetriebe. Es bestehe geradezu ein Gesetz, daß die Löhne desto höher seien, je weiter die Fabrikdistrikte von Heimarbeitsgebieten entfernt lägen; daß sie desto niedriger seien, je näher sie diesen wären. Die Ursache dieses Gesetzes seien die Elendslöhne in der Heimindustrie selbst. Auch der Einwand gelte nicht, daß das Lohnamt eine sozialistische Maßregel und ein staatlicher Eingriff in den freien Arbeits- und Lohnvertrag bedeute. Solcher Maßregeln und Eingriffe habe man sich schon sehr oft schuldig gemacht, so beim Kaligesetz und bei der Einführung der Getreideausfuhrprämien: warum wolle man hier, wo es sich um die Ärmsten der Armen handle, plötzlich versagen?

Aber alle Darlegungen hatten nicht den geringsten Erfolg. Der Antrag auf Einführung von Lohn- und Tarifämtern wurden abgelehnt.

Dagegen bequeme sich die Mehrheit trotzdem doch dazu, einen schmalen Kompromißweg zu beschreiten. Unter der Wucht der Argumente, die für das Lohnamt sprechen, unter dem Druck der Not, in der die armen Heimarbeiter zum größten Teil ein jammervolles Lebensdasein haben, einigte man sich mit der Regierung auf Schaffungs sogenannter Fachausschüsse, die nunmehr als Paragraphen 16 a bis 16 h in das Gesetz hineinbeschlossen wurden. Man will mit diesen Fachausschüssen eine Art von Heimarbeitskammern geschaffen haben. Sie sind freilich nicht obligatorisch; die Regierung kann sie wieder nur einführen, und zwar nur für „bestimmte Gewerbe und Gebiete“. Sie sind in ihrer Zusammensetzung völlig in der Hand der Regierung; diese ernennt den Vorsitzenden, zwei Beisitzer, die nicht an der Heimarbeit beteiligt und interessiert sein dürfen, sowie die Hälfte der Arbeiter- und Arbeitgebervertreter. Diese



wieder ernennen dann je aus ihren Kreisen die andre Hälfte ihrer künftigen Kollegen. Die Aufgaben dieser Fachausschüsse sind lediglich beratender Art: sie haben Mitteilungen zu machen, Gutachten zu erstatten, Erhebungen zu veranstalten, Wünsche zu äußern, Anträge zu stellen, Anregungen zu geben, Vernehmungen zu veranlassen, Vorschläge zu machen, sowie — das Äußerste — „auch sonst den Abschluß von Lohnabkommen oder Tarifverträgen zu fördern“. Bei der Gesinnung der Heimarbeiterindustriellen einerseits, bei der Abhängigkeit der Heimarbeiter von ihnen andererseits, bei dem totalen Interessengegensatz zwischen jenen und diesen insgesamt, der doch ganz elementar sich auch in diesen Fachausschüssen widerspiegeln wird, bleibt das ein Ziel, das niemals verwirklicht werden wird, wenn nicht Zeichen und Wunder geschehen. Denn alles steht hier auf Worte und auf Freiwilligkeit. Helfen könnte den Heimarbeitern dagegen nur ein staatlicher Zwang.

So bedeutet also auch die Einfügung dieser Fachausschüsse keine Verbesserung des Gesetzes. Sucht man über dessen Inhalt ein abschließendes Urteil zu gewinnen, so ist das Ergebnis ein wenig erfreuliches. Es ist in Wahrheit kein Heimarbeiterschutzgesetz, sondern im besten Falle eine Vorarbeit dafür. Es bringt einige kleine Fortschritte: so den Aushang der Lohnverzeichnisse, wodurch wenigstens endlich die Heimarbeiterlöhne gerichtsnotorisch werden. Es bringt die Registrierpflicht, wodurch wenigstens endlich die Scharen der Heimarbeiter gezählt und vielleicht auch bekannt werden können. Es bringt zum erstenmal eine wenn auch noch so ungenügende Vertretung der Heimarbeiterinteressen, freilich ohne alle entscheidende Macht. Und es schafft die Aussicht, daß wenigstens alles, was an Nahrungsmitteln in der Heimindustrie hergestellt wird, unter sanitär besseren Verhältnissen als bisher produziert wird. Weitere Fortschritte wird das Gesetz kaum schaffen. Insbesondere wird die Durchführung der sanitären Vorschriften so gut wie gewiß noch auf lange hinaus vertagt, höchstens hier und da einmal ganz im einzelnen und kleinen versucht werden. Vor allem aber wird die Lage der Heimarbeiter, also die Hauptsache, nicht im geringsten gehoben werden. Dieses Ziel durchzusetzen, bleibt teils den Gewerkschaften vorbehalten, die, in Anknüpfung an die Fachausschüsse, nunmehr versuchen müssen, ohne staatliche Autorität und Unterstützung den Abschluß von Tarifverträgen für die Heimarbeiter wenigstens zunächst in einzelnen Branchen durchzusetzen, teils dem nächsten Reichstag, der vielleicht und hoffentlich so arbeiterfreundlich zusammengesetzt sein wird, daß dem soeben beschlossenen Gesetz bald eine Novelle über Einführung staatlicher Lohnämter angefügt werden kann.

In dieser doppelten Richtung muß jetzt in Deutschland an der Schaffung eines wirklichen Heimarbeiterschutzes rüstig weiter gearbeitet werden.





## DR. DRAGHICESCO, PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT BUKAREST: AGRARREFORMEN IN RUMÄNIEN.

**D**IE Erhebung der rumänischen Bauern im Jahre 1907 zeigte den herrschenden Klassen die Gefahr, die eine Fortdauer des Bauernelends — der Bauernverzweiflung — für sie und den Staat in sich barg. So führte die liberale Regierung, die nach der Revolution ans Ruder kam, im Laufe von vier Jahren eine Agrarreform durch, die in manchen Beziehungen an wahren Staatssozialismus grenzt. Erwähnt seien die Festlegung von Minimallöhnen für die landwirtschaftlichen Arbeiter und von Maximalpreisen für die Verpachtung von Grundstücken, die Zwangsveräußerung eines Teils der Großgrundbesitzungen an die Gemeinden, denen dadurch die Möglichkeit zur Herstellung von Gemeindeweiden geboten werden sollte und die Gründung einer Agrarbank, die Großgrundbesitzungen ankaufen und an Dorfgemeinschaften abgeben soll.

Bis zum Jahre 1864 waren Grund und Boden Rumäniens Eigentum von etwa tausend Adelsfamilien überwiegend fremden Ursprungs; die Lage der Bauern war im wesentlichen die der Leibeigenen im Europa des 18. Jahrhunderts; immerhin hatten die Beziehungen zwischen Eigentümern und Bauern einen gewissen patriarchalischen Anstrich und die Frohnden und Zinsen waren nicht allzu hoch.

Die ökonomische Entwicklung des letzten Jahrhunderts hatte hier große Veränderungen hervorgebracht. Die hohen Getreidepreise und die Möglichkeit gewinnbringender Exporte stachelten das Interesse der Grundherren, möglichst viel Naturaltribut von ihren Bauern zu erlangen, an. Während sie früher freiwillig einen bedeutenden Teil ihres Grundbesitzes den Bauern für deren eigenen Betrieb überließen, wurde diese Art der Pachtwirtschaft immer mehr eingeschränkt und der größere Teil der Besitzungen für den eigenen Betrieb reserviert. Dabei mußten die Bauern als Entgelt für die ihnen überlassenen Ländereien immer mehr unbezahlte Arbeitstage für die Bewirtschaftung der Gutsländereien abtreten. Die ihnen auferlegte Arbeit wuchs bei geringer werdendem Anteil am Ertragnis.

Im Jahre 1864 erkannte die Regierung endlich die Gefahr, welche die immer verzweifeltere Lage der Bauern mit sich brachte und die leicht schon damals zu einer Erhebung wie der des Jahres 1907 hätte führen können.... Den Bauern wurde das freie Eigentum an dem von ihnen bewohnten und bewirtschafteten Lande zugesprochen und ein Grundentlastungssystem, durch das die Grundbesitzer entschädigt werden sollten, durchgeführt.

Aber diese Agrarreform brachte noch nicht den erhofften Erfolg. Die den Bauern zufallenden Landanteile waren angesichts der technisch unvollkommenen Bewirtschaftung, die wieder mit der niedrigen Bildungs- und Kulturstufe der Bauern zusammenhing, keine ausreichende Nahrungsquelle. Eine doppelt und dreimal so große Landfläche wurde benötigt.

Die Bauern waren also gezwungen, von den Grundbesitzern weitere Grundstücke zu pachten. Der Zins hierfür wurde jedoch immer höher und höher angesetzt, weil der Gutsherr sich mehr und mehr imstande sah, vermittelt landwirtschaftlicher Maschinen sein Land in eigener Regie gewinnbringend zu verwalten. Wenn er sein Land verpachten sollte, so war er entschlossen, dies nur zu hohen Preisen zu tun.

Die Pacht bestand gewöhnlich in Naturalabgaben; im allgemeinen verlangten die Grundbesitzer für 1 ha Land, das sie den Bauern überließen, als Bezahlung eine Arbeitsleistung, die für Bewirtschaftung von 1—2 ha Gutsland von nöten war und des ferneren eine Reihe unentgeltlicher Arbeitstage auf dem vom Gutsherrn in gänzlich eigener Regie bewirtschafteten Lande.

Angesichts der ungleichen Machtverhältnisse des Grundbesitzers oder seines Generalpächters einerseits und des Bauern andererseits mußten die Arbeitsverträge, die im allgemeinen im Winter für das ganze Jahr abgeschlossen wurden, einseitig zu ungunsten des Bauern ausfallen. In der Regel mußte er sich zu so viel Arbeitstagen verpflichten, daß für seine eigene Wirtschaft fast gar keine Zeit mehr übrig blieb. Sein eigenes Landstück wurde darum immer schlechter und stets zu spät bestellt. Wenn die Bauern sich weigerten, einen solchen Vertrag einzugehen, so besaßen die Grundbesitzer ein leichtes Mittel, um sie gefügig zu machen: Alles Weideland war in ihren Händen, und wenn sie sich weigerten, das Vieh der Bauern auf dem Gutslande weiden zu lassen, so mußte es ohne Gnade verhungern.

Die Regierung erkannte wohl wiederholt, welche großen Gefahren dieser Zustand in sich berge und wie andererseits die Unterernährung der Bauern epidemische Krankheiten begünstigen und eine Degeneration der Rasse herbeiführen müsse, aber die angewandten Mittel waren immer unzureichend, sei es daß man Staatsland an die Bauern verteilte, was jedoch nur einer kleinen Minderheit zugute kommen konnte, sei es, daß man Schutzgesetze für die Bauern einführte.

Diese waren aber zu unwissend und unfähig zu jeder wirksamen Initiative gegenüber Grundbesitzern und Generalpächtern. Zwei Dritttel des rumänischen Bodens waren auch nach der Reform des Jahres 1864 in den Händen der Aristokratie geblieben, ihr Einfluß auf die Staatsverwaltung war und blieb ein entscheidender, alle wirksamen Gesetze, die ihre Interessen ernstlich hätten tangieren können, wurden am Zustandekommen verhindert und die bestehenden Gesetze von Beamten, die unter feudalem Einfluß standen, nicht angewendet. Besonders verschärft wurden diese Klassenbeziehungen dadurch, daß die Großgrundbesitzer, die Bojaren, nicht arbeitsfreudig genug waren, um ihre Güter tatsächlich selbst zu bewirtschaften; sie zogen es vor, dieselben in der Regel an Generalpächter zu überweisen, die ihnen eine bestimmte Summe pro Jahr zahlten, im übrigen den Verkehr mit den Bauern und den ganzen technischen Betrieb auf eigene Rechnung durchführten. Die Bojaren mit ihrem so durchaus arbeitslos erworbenen Gelde wurden gesuchte, bestzahlende Gäste aller Modeplätze, während die Generalpächter noch um ein beträchtliches mehr, als sie den Besitzern auszahlten, von den Bauern auspressten. Diese Generalpächter waren überwiegend nicht Rumänen, sondern Griechen oder Juden, geschäftskundiger als die eingeborene Bevölkerung. Durch keinerlei Bande der Rasse oder der Tradition mit ihr verbunden, ließen sie ausschließlich das eigene Interesse ohne sentimentale Nebenrücksicht spielen.

So blieb es über 40 Jahre, und nur lokale Revolten in den Jahren 1888, 1898 und 1904 zogen zeitweilig die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich, aber immer wieder verschob man eine gründliche Reform.

Im Jahre 1907 brach endlich die Revolution im ganzen Lande aus; in der Moldaugegend, im Norden des Landes, nahm sie ihren Ausgang. Die in diesem Landesteile überwiegend jüdischen Generalpächter wurden ver-



jagt und ihre Häuser angezündet, ohne daß es jedoch zu vielen Angriffen auf Personen gekommen wäre.

Viel schlimmer wütete der Aufstand in der wallachischen Donauebene; Grundbesitzer und Generalpächter wurden verjagt oder getötet, die Schlösser angezündet, die Getreidevorräte vernichtet, die ganze Ernte eines Jahres ging in Flammen auf und Bauernkolonnen setzten sich sengend und brennend in Marsch, auf Bukarest zu. Die Armee wurde ihnen entgegengeschickt, und einen Augenblick fürchtete man in der Hauptstadt, daß die Soldaten sich weigern würden, auf ihre Brüder zu schießen. Das wäre das Ende Rumäniens, zumindest aber das Ende seiner herrschenden Klassen gewesen. Die Armee blieb indessen treu und die Empörung konnte um den Preis von vielen Tausenden getöteter Bauern unterdrückt werden. Furcht und Schrecken waren jedoch unter den herrschenden Klassen hinreichend stark gewesen, um überall den Wunsch einer Sicherung gegen die Wiederkehr solcher Empörungen zu wecken. Die konservative Regierung trat ab und das liberale Ministerium entschloß sich zu einer Politik weit ausgreifender Agrarreformen.

Kommissionen wurden in allen Bezirken eingesetzt, die unter Vorsitz eines von der Regierung ernannten Agrarinspektors tagten. Die bestimmten überall die Maximalsummen der Pachtpreise und die Minimallöhne für landwirtschaftliche Arbeit. Man teilte den Bezirk in verschiedene Untergruppen, je nach der Güte des Bodens, um so den Maximalpreis der Pachtung sinngemäß festsetzen zu können. Ebenso planmäßig wurde bei der Festlegung der Minimallöhne, sei es pro Tag, sei es pro Arbeitsleistung, vorgegangen. Nach Beendigung der Beratung wurde für jedes Dorf ein besonderer Tarif der Pachtpreise und Lohnsätze festgelegt und dieser an den Landwirtschaftsrat in Bukarest gesandt. Er prüfte sie, bestätigte oder änderte die festgesetzten Preise.

Die endgültigen Ergebnisse wurden in allen Gemeinden angeschlagen, und von nun ab müssen alle Verträge zwischen Grundherren und Bauern sich in strikter Weise diesen Festlegungen anpassen. Jede Verfehlung dagegen macht nicht nur den Vertrag nichtig, sondern hat auch bedeutende Geldbußen und Gefängnisstrafe zur Folge. Eingehende Verordnungen sehen alle näheren Details und Kontrollmaßregeln vor; die Agrarinspektoren und der Landwirtschaftsrat überwachen die Durchführung.

Da die herrschenden Klassen Rumäniens klar erkannt haben, daß nur eine Beseitigung des Bauernelends und eine Beseitigung des dumpfen Bauerngrolls eine Wiederkehr der Revolution, eine Vernichtung ihres Eigentums und die Gefährdung ihres Lebens verhindern können, steht das allgemeine Interesse der herrschenden Klassen und des von ihnen verwalteten Staates hinter den Behörden, welche das Gesetz durchführen, und die einzelnen Grundbesitzer können es nicht mehr wagen, sich gegen ein Gesetz aufzulehnen, das allein ihnen und ihren Klassengenossen Sicherheit und Wohlstand zu verbürgen scheint.

Das Gesetz sieht wohl vor, daß alle im Bezirke geschlossenen Arbeitsverträge den Tarifen angepaßt sein müssen, aber es zwingt die Grundherren nicht, Land zu verpachten; scheinen ihnen die Pachtpreise zu niedrig, so steht es ihnen frei, das Land in eigener Regie zu bebauen.

Damit andererseits die Bauern in diesem Falle trotzdem ihr Vieh versorgen können, verpflichtet das Gesetz die Grundbesitzer, den Bauerngemeinden gegen entsprechende Vergütung ein Achtel ihres Besitzes für Weidezwecke abzutreten.



In diesem Enteignungsrechte und in der Verwaltung der Weideländereien durch die Dorfgemeinden liegt wohl der schärfst ausgeprägte sozialistische Zug des ganzen Agrargesetzes. Tatsächlich ist infolge dieser Bestimmungen ein wesentlicher Teil des Großgrundbesitzes in die Hände der Bauern übergegangen, die ihn nicht geteilt, sondern als kollektiven Besitz kollektiv verwalten.

Wie bereits eingangs erwähnt, wurde ferner eine Agrarbank, die unter Staatsaufsicht steht, gegründet; diese soll das Land der Großgrundbesitzer ankaufen und an die Gemeinden weitergeben. Die Bauern, die seit der Revolution zu einem gewissen Selbstbewußtsein erwacht sind, haben jedenfalls auch Mittel an der Hand, um einen wirksamen Druck auszuüben, wenn ein Grundbesitzer zum Verkaufe eines Grundstückes an die Agrarbank veranlagt werden soll: Einerseits Arbeitsverweigerung, die es dem Grundherrn erschwert, sein Land zu bewirtschaften; andererseits absichtlich schlechte Arbeit und noch andere, gewiß ungesetzliche und vor allem vom moralischen Standpunkt zu verdammende, seit der Revolution vielfach in Schwung gekommene Gewaltmittel.

Tatsächlich hat die Agrarbank bereits in den wenigen Jahren ihres Bestandes einen großen Teil des Grundbesitzes angekauft und den Bauern übergeben.

Schon in der ersten Zeit nach der Einführung des Gesetzes bis November 1910 haben 1510 Gemeinden Weideländereien zu kollektivem Besitz von den Großgrundbesitzern übernommen. Im Jahre 1910 wurden 519 Weideplätze mit einer Ausdehnung von 69241 ha und einem Viehbestand von 228 199 Tieren von den Gemeinden verwaltet, wozu im Jahre 1911 991 Weideplätze hinzukamen.

Auch das Gesetz über die Minimallöhne und Maximalpachtpreise hat sich sofort durchgesetzt. Bereits im Jahre 1910 gab es 183 000 Bauern, die Ländereien für Barsummen, die von den Agrarkommissionen festgelegt worden, gepachtet hatten; diese Pachtung umfaßte 317 730 ha. Im gleichen Jahre wurden von 413 084 Bauern 875 151 ha gegen Naturalleistungen, die gleichfalls von den Kommissionen bestimmt waren, in Pacht genommen. Diese Ziffern zeigen, daß ungefähr die Hälfte der rumänischen Bauern, d. i. ungefähr alle, welche ob ungenügenden eigenen Landes in Beziehungen zu den Großgrundbesitzern zu treten gezwungen waren, vom neuen Gesetz begünstigt werden.



## DR. ALESSANDRO SCHIAVI, MITGLIED DES MAILÄNDER GEMEINDERATS: DAS IN ITALIEN GEPLANTE LEBENS-VERSICHERUNGSMONOPOL.



AS Ministerium Giolitti stützt sich bekanntlich auf eine Mehrheit, zu der auch starke Gruppen der äußersten Linken zählen, und die beiden wesentlichsten innerpolitischen Programmpunkte, die ihm diese Unterstützung sichern, sind das allgemeine Stimmrecht und der Ausbau einer obligatorischen Arbeiterversicherung mit Staatszuschuß für welche letztere die Mittel durch ein Lebensversicherungsmonopol auf-

gebracht werden sollen. Die Beratung dieses Gesetzes war vor Ausbruch des italienisch-türkischen Krieges bereits sehr weit gediehen — und ist es jetzt auch mit allen anderen innerpolitischen Problemen gegenüber der äußeren Politik stark in den Hintergrund getreten, so liegt doch kein Anlaß vor, daran zu zweifeln, daß die Beratung im gegebenen Moment zu Ende geführt und Italien bald eine obligatorische Arbeiterversicherung und ein Staatsmonopol der Lebensversicherung besitzen wird. Der wesentlichste Inhalt des Gesetzes ist folgender:

1. Von dem Tage an, da das Gesetz in Kraft tritt, können Lebensversicherungsanträge nur noch durch das staatliche Versicherungsinstitut in Rom, dem die Eigenschaft einer juristischen Person und selbständige Geschäftsführung zukommen, abgeschlossen werden.

2. Die bestehenden Versicherungsgesellschaften können vom genannten Tage an keine neuen Verträge mehr abschließen, ohne hierfür auf eine Entschädigung Anspruch zu haben.

3. Die bereits abgeschlossenen Verträge können weiter abgewickelt, die Prämien weiter eingezahlt werden, aber die Versicherten haben keinen Rechtsanspruch an den Staat im Falle der Nichteinhaltung der Verpflichtungen durch die Gesellschaft.

4. Ein Recht zur unbeschränkten Fortführung ihres Geschäfts erhalten hingegen die bestehenden öffentlichen Pensionsinstitute, die wechselseitigen Unterstützungsvereine, die kein höheres Kapital als 800 und keine höhere Jahresrente als 160 Mk. versichern, die Fabriken, die ihr eigenes Personal versichern; ferner bleibt der freie Abschluß von Leibrentenverträgen zwischen Privaten gestattet.

5. Verträge, die in Italien oder von italienischen Untertanen im Auslande im Widerspruch zum Gesetz abgeschlossen werden, sind rechtungültig.

6. Die Angestellten des Versicherungsinstitutes werden nicht nach den für Staatsbeamte geltenden Regeln, sondern auf Grund eigener Dienstverträge, angestellt. Ihr Gehalt kann teilweise in einer Anteilnahme am Geschäftsgewinn für vermittelte Versicherungsanträge bestehen. Die Agenten, welche Verträge vermitteln, dürfen kein festes Gehalt, sondern ausschließlich eine bestimmte Provision je nach dem Umfang der abgeschlossenen Versicherungsanträge beziehen. Außer den Agenten können auch die Notare, die Steuer- und Stempelbeamten, die Gemeindesekretäre und Postbeamten solche Versicherungsverträge vermitteln. Einzahlung der Prämien und Auszahlung der Versicherungssummen können gleichfalls durch Post- und Stempelämter vermittelt werden.

7. Die Geschäftsführung des Institutes ist ganz autonom. Der Staatsschatz eröffnet ihm bloß einen Anfangskredit von 4 Millionen; seine Gewinne sind steuer-, seine Briefe portofrei.

Die parlamentarische Kommission, die über das Gesetz beriet, nahm es in seinen Grundzügen an und milderte nur einige Härten. So soll es italienischen Bürgern auch ferner unbenommen bleiben, Versicherungen im Auslande abzuschließen; diesen Verträgen wird der Schutz der italienischen Gesetze gewahrt. Die Versicherungsgesellschaften ihrerseits sollen berechtigt sein, ihre Rechte und Pflichten gegenüber den Versicherten an das staatliche Institut abzutreten unter der Voraussetzung, daß der nach versicherungstechnischen Grundsätzen genau zu berechnende Wert der bereits geleisteten Prämien dem Institut vergütet werde.

Um ferner einer lebhaften Beunruhigung seitens der Angestellten der Privatgesellschaften zu begegnen, verfügte die Kommission, daß die Angestellten des neuen Instituts vorzugsweise aus den Angestellten der alten Gesellschaften gewählt werden sollen.

Den Steuer- und Stempelbeamten wurde durch die Kommission das Recht, Versicherungsanträge zu vermitteln, entzogen.

Ein Haupteinwand gegen das neue Gesetz lautete, daß es seinem Zweck, eine wesentliche Beisteuer zu den 50 Mill. Mk. pro Jahr, die für die Arbeiterversicherung erforderlich sind, zu schaffen, nicht entsprechen werde, da die Gewinne privater Versicherungsgesellschaften aus italienischen Geschäften höchstens 7 bis 9 Mill. Mk. betragen, wovon ein Teil auf günstige Anlage des Kapitals zurückzuführen sei, das staatliche Institut somit höchstens 5 Millionen erzielen werde. Diese Ziffern sind vielfach angefochten und wieder mit guten Gründen bekräftigt worden. In der Tat wurden im letzten Jahre an Versicherungsprämien von italienischen Gesellschaften 21 Mill. Mk., von ausländischen 30 Mill. Mk. eingenommen, zusammen also etwa 51 Mill. Mk. Wird mit gleichbleibender Prämiensumme unter dem Monopolsystem gerechnet und ein Gewinn von 10 % der Prämien zugunsten des staatlichen Instituts angenommen, so ergeben sich rund 5 Mill. Mk. pro Jahr, keinesfalls viel mehr.

Von seiten der Freunde des Gesetzes erwidert man, daß das Institut vielleicht bloß am Beginne die angegebene Summe, später aber weit höhere Erträge erzielen werde. Man wies darauf hin, daß die anderen Staatsmonopole sehr bedeutende Gewinne abwerfen, so:

das Tabakmonopol	160 Mill. Mk. pro Jahr
die Lotterien	32 „ „ „ „
das Salzmonopol	57 „ „ „ „

Warum sollte das staatliche Versicherungsmonopol nicht auch 15 bis 20 % vom Umsatz ergeben?

■ Hierauf wurde entgegnet, daß das Salz ein notwendiges Nahrungsmittel, der Tabak ein in allen Schichten der Bevölkerung weit verbreitetes Genußmittel sei und die Lotterie sich auf dem (gewiß irrigen) Glauben leichter Bereicherung aufbaue, daß hingegen derartige Momente weder in der Gegenwart noch in der Zukunft die mittleren Klassen zwingen könnten, sich versichern zu lassen. Im Gegenteil: aus Furcht, dem Fiskus neue Anhaltspunkte für Besteuerungszwecke zu geben, würden es viele Wohlhabende vorziehen, im Auslande Versicherungen einzugehen. Des fernerer führte man aus, daß der Staat keine Garantie zu geben vermöge, welche zum Geschäftsabschluß mit ihm anlocke.

Auf dieses letztere Argument hat man allerdings von seiten der Freunde des Gesetzes erwidert, daß der günstige Stand der italienischen Renten und der vom Staate garantierten Bahnobligationen, sowie der große Erfolg der Postsparkasse, vom Vertrauen der Bevölkerung in die unbedingte Zahlungsfähigkeit des Staates zeugen. Was gebe wohl den Privatgesellschaften ihren Kredit? — Vor allem die Kontrolle und Autorisation des Staates. Sollte er sich selbst weniger Kredit geben können als anderen?

Ein weiterer Einwand geht dahin, daß die gegenwärtigen Versicherungsbeamten durch die Sorge um ihre Zukunft gezwungen würden, sich in der lebhaftesten Weise zu bemühen, neue Versicherungsabschlüsse zu machen, während die Beamten des Instituts im Vertrauen auf ihre Staatsanstellung in ihrem Eifer nachlassen würden.



Doch hat ja das Gesetz ganz im Gegenteil ausdrücklich bemerkt, daß die Agenten kein festes Gehalt, sondern nur eine Provision beziehen sollen, genau so wie es hisher bei privaten Gesellschaften üblich war.

Weiter wandte man ein, daß der Staat es nicht verstehen werde, die durch das Versicherungsgeschäft angesammelten Kapitalien entsprechend nutzbringend anzulegen. Die Antwort lautete, daß der Staat immer Immobilienbesitz ankaufen könne, der einerseits einen günstigen Ertrag liefere, andererseits das Mittel biete, die Mietspreise in den Städten zu beeinflussen, was einen wichtigen sekundären Vorteil des Gesetzes bedeuten werde.

Wird die Beamtenschaft, so fragt man weiter, entsprechendes Interesse daran haben, nur günstige Risiken zuzulassen, die schlechten zurückzuweisen, so wie es heute im Interesse der Direktoren privater Gesellschaften liegt? — Hierauf wird erwidert, daß die Bürokratie unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung stehe und allen Anlaß habe, günstige Ergebnisse des von ihr verwalteten Unternehmens herbeizuwünschen.

Noch weiter hieß es, daß der Staat die Kapitalien aus dem lebendigen Wirtschaftsleben herausziehen werde: ein wenig dienliches Argument, da ja die Gesellschaften ihre Kapitalien nicht in Industrieunternehmungen verwerten dürfen. Die Zwecke aber, denen der Staat die durch das Versicherungsgeschäft anzusammelnden Kapitalien zuführen wird, haben viel größere Bedeutung als die von den privaten Gesellschaften erwählten. Des weiteren — so führte einmal der Ministerpräsident Giolitti aus — sei es für den Staat sehr wichtig, über bedeutende Geldmittel zu verfügen, die seine Position gegenüber den großen finanziellen Mächten stärken. Das Versicherungsmonopol werde ihm solche disponible Geldmittel zuführen können.

Das Versicherungsmonopol ist ein erster Schritt zur Verstaatlichung der Industrie überhaupt; man hat gerade das Versicherungsgeschäft ausgewählt, weil es sich mit seinen langfristigen Verträgen für den Staat, dessen Dauer unbeschränkt ist, besonders gut eignet und weil es ferner schon in den Händen weniger Versicherungsgesellschaften monopolisiert ist, seine Verstaatlichung daher relativ wenig Einzelinteressen tangiert. Je umfangreicher ein Versicherungsgeschäft ist, desto weniger Gefahr inneren Zusammenbruchs birgt es in sich; der Staat ist damit allen anderen Gesellschaften überlegen.

Das neue Institut wird übrigens hinreichende Autonomie besitzen, um von üblen parlamentarischen Einflüssen frei zu bleiben, andererseits werden alle Gründungen zweifelhafter Solidität, die für die Versicherten eine Gefahr bedeuten, radikal unterdrückt.

Was die künftigen Gewinne anlangt, so muß auch damit gerechnet werden, daß mit dem allgemeinen ökonomischen und hygienischen Fortschritt des Landes die Sterblichkeitsverhältnisse sich günstiger gestalten und damit, wenn die bisherigen Tarife beibehalten werden, sich ein höherer Gewinn ergeben muß. Man hofft ferner, daß das System der Staatspensionen für Staatsbeamte sich durch ein System obligatorischer Versicherung ersetzen und damit an seinen richtigen Platz stellen lassen werde.

Der Hauptkampf um das Gesetz wurde jedoch von rein politischen Gesichtspunkten aus geführt. Die große konservative Partei des Landes hat sich mit größter Entschiedenheit gegen das Gesetz erklärt, weil es die Gesellschaften ohne Entschädigung enteigne und somit einen ersten Schritt zur allgemeinen Kapitalkonfiskation bedeute.

Von der anderen Seite wurde erwidert, daß die Gewinnshoffnungen, die man auf die Zukunft setzt, kein greifbares Kapital darstellen, für dessen

Enteignung eine Entschädigung zu zahlen sei, daß kein Material, keine Maschinen zu amortisieren seien und daß die Hoffnung auf Gewinn, die ja unter dem Regime der freien Konkurrenz auch nur problematisch sei, kein Recht darstelle, für das eine Entschädigung gefordert werden könne. Der Staat mache ja die bereits abgeschlossenen Verträge nicht ungültig, sondern ziehe nur für die Zukunft der Aktion der Gesellschaften gewisse Grenzen.

Jedenfalls ist der vom italienischen Gesetz geschaffene Präzedenzfall auch für das Ausland von großer Bedeutung, wie ja übrigens die Kampagne, die im Auslande eingeleitet wurde — allerdings im wesentlichen durch ausländische Versicherungsgesellschaften, die nun ihre italienische Kundschaft verlieren —, auch indirekt zeigte.

Staatliche Feuerversicherungen gibt es ja in Bayern, Sachsen, der Schweiz und Norwegen, staatliche Lebensversicherung jedoch nur in Neuseeland und Dänemark, und auch da in Konkurrenz mit den privaten Gesellschaften; das italienische Lebensversicherungsmonopol wird das erste seiner Art darstellen; und die großen Finanzmächte des Auslandes haben nicht bloß deshalb gegen das Projekt Stellung genommen, weil ihnen an der italienischen Kundschaft so viel liegt, sondern auch um dieses Präzedenzfalls willen, der sie den Erlaß analoger Gesetze in anderen Staaten befürchten läßt.

Im vergangenen Juli schien es einen Augenblick, als ob die Regierung einen Kompromißantrag des konservativen Abgeordneten Bertolini annehmen wolle, demzufolge das Staatsmonopol nur für Verträge mit einem versicherten Kapital von unter 12 000 Mk. eingeführt worden wäre und ferner die bestehenden privaten Gesellschaften noch 6 Jahre lang ihre Geschäfte neben dem Monopol des Staates hätten weiterführen können. Inzwischen hat sich jedoch die Situation zugunsten des Gesetzes geändert. Mit 289 gegen 118 Stimmen wurde beschlossen, die Kammer mit den Detailberatungen zu betrauen.

Sobald die äußeren Wolken verfliegen sein werden, darf die definitive Annahme des Gesetzes erwartet werden; es wird dann gewiß interessant sein zu beobachten, in welcher Weise sich dasselbe in der Praxis einlebt: ob es ein neues Argument für oder gegen die Möglichkeit wirksamen Staatsbetriebs ergibt.



## LUDWIG BAUER, WIEN: DIE ÖSTERREICHISCHE PERSONALEINKOMMENSTEUER UND IHRE GEPLANTE REFORM.



IN Österreich wurde die Personaleinkommensteuer durch das Gesetz vom 25. Oktober 1896 mit Wirksamkeit vom 1. Januar 1898 eingeführt. Sie läßt die Einkommen bis K 1200 frei, beginnt mit 0,6 % und steigt bis zu annähernd 5 % des reinen Einkommens, so daß z. B. Einkommen von

K	1 201—	1 250.....K	7,20
„	4 001—	4 400..... „	60,—
„	10 001—	11 000..... „	258,—
„	20 001—	22 000..... „	638,—
„	100 001—	104 000..... „	4120,—
„	200 001—	210 000..... „	9300,—

(dann je K. 10 000 mehr um K. 500 mehr Steuer) zu zahlen haben.

Jedermann hat alljährlich ein Bekenntnis abzugeben, in welchem er sein gesamtes Einkommen getrennt nach den Quellen (aus Grund- und Hausbesitz, selbständigen Unternehmungen, Dienst- und Lohnbezügen, Kapitalvermögen, sonstiges Einkommen) anführt. Von der Gesamtsumme darf er die von ihm gezahlten direkten Steuern, auch die Renten- und die Besoldungssteuer (nicht aber die Personalsteuer) dann bis K 400 Versicherungsprämien abziehen, ebenso die auf die Erlangung des Einkommens verwendeten Kosten, Schuldzinsen usw.

Ebenso muß jeder, der Gehalt oder Löhne auszahlt, alljährlich eine Anzeige erstatten, wieviel und wem er solche Zahlungen geleistet hat, was eine wertvolle Kontrolle ermöglicht.

Diese Bekenntnisse werden von einer Kommission geprüft, die zum Teil aus Beamten und Regierungsvertretern, zum Teil aus Personen besteht, die von den Personalsteuerträgern des Bezirks gewählt wurden.

Steuerfrei sind nur der Kaiser, die Erzherzoge bezüglich ihrer Apanagen, Offiziere bezüglich ihres Gehalts und die Mitglieder auswärtiger Gesandtschaften.

Während bei den meisten österreichischen Steuern perzentuelle Zuschläge seitens der Kronländer und Gemeinden eingehoben werden, die diese Steuern wesentlich, an vielen Orten über das doppelte, erhöhen, blieb die Personaleinkommensteuer bis jetzt zuschlagsfrei. Die Zentralregierung machte den Ländern die Konzession, ihnen alljährlich einen Teil des Ertragnisses der Personaleinkommensteuer abzutreten, wogegen sie für sich und die Gemeinden auf das Zuschlagsrecht verzichteten.

Außer dieser, die Gesamtsumme des Einkommens treffenden Steuer, wurden gleichzeitig die Renten- und die Besoldungssteuer eingeführt.

Die im allgemeinen 2 prozentige Rentensteuer trifft diverse arbeitsfreie Einkommen, nicht aber die Zinsen von inländischen Staatspapieren, inländischen Aktien usw.

Die Besoldungssteuer wird von höheren Dienstbezügen eingehoben und zwar mit 0,4 % bei Bezügen von K 6400 und sie steigt bis zu 6 % bei Gehältern von über K 30 000.

Diese beiden Steuern sind den Landes- und Gemeindezuschlägen unterworfen. Sie sind neben der Personaleinkommensteuer zu bezahlen.

Bei Beratung dieser Gesetzentwürfe dachte man an ein Erträgnis von 36 bis 54 Millionen bei der Personaleinkommensteuer. Davon sollten dauernd jährlich 9 bis 10 Millionen zu Steuerermäßigungen der kleinen Kaufleute und Gewerbetreibenden, 14 bis 19 Millionen zur Ermäßigung der Haus- und Grundsteuer verwendet werden, mindestens 6 Millionen den Ländern als Belohnung für den Verzicht auf die Zuschläge überwiesen werden, so daß ein Gewinn des Staates selbst vorerst illusorisch erschien.

Tatsächlich wurden aber

1898....		44,47 Millionen bei	711 000 Steuerträgern resp. steuerpflichtigen	Haushaltungen			
1899....	46,25	„ „	754 000	„	„	„	„
1903....	54,83	„ „	898 000	„	„	„	„
1906....	61,51	„ „	991 000	„	„	„	„
1909....	78,65	„ „	1 221 000	„	„	„	„
erzielt.							



1910 gingen 84,39 Millionen ein; für 1912 sind im Budgetvoranschlag 86,84 Millionen Ertrag nach den alten Sätzen, wozu das Erträgnis der Steuererhöhungen treten wird, angesetzt.

1909 wurden einbekannt:

Einkommen aus Grundbesitz .....	329 Millionen
Gebäuden .....	440 „
selbständiger Unternehmung .....	1296 „
Dienstbezügen .....	1877 „
Kapitaleinkommen .....	600 „
Sonstigeem Einkommen .....	70 „
	<hr/>
	4612 Millionen,

was gegenüber obiger Summe von 78,65 Millionen eine durchschnittliche Besteuerung von 1,7 % ergibt.

Die Rentensteuer, bei ihrer Schaffung mit 7,3 Millionen veranschlagt, ergab 1907 9,33 Millionen, 1910: 11,47 Millionen, im Staatsvoranschlag für 1912 sind 11,79 Millionen angesetzt.

Die Besoldungssteuer, veranschlagt mit 618 000 Kronen, ergab

1898.....	1,61 Millionen
1903.....	2,26 „
1906.....	2,59 „
1909.....	3,76 „
1910.....	4,10 „
1912 (Voranschlag) ..	4,55 „

Nunmehr unterliegt der Beratung der gesetzgebenden Körperschaften ein Gesetzentwurf, der das Erträgnis der Personaleinkommensteuer um etwa 12,5 Millionen erhöhen soll. Einkommen von

10 001—	11 000	sollen statt	258	dann	265,
20 001—	22 000	„ „	638	„	685,
100 001—	104 000	„ „	4 120	„	4 960,
200 001—	210 000	„ „	9 300	„	11 680,
990 001—	1 000 000	„ „	48 800	„	63 030

zahlen, was sich einem Steuerfuße von 6½ % bei den großen Einkommen nähert.

Ferner sollen Haushaltungen, die nur aus einer Person bestehen, eine um 15 %, Haushaltungen, die nur aus zwei Personen bestehen, eine um 10 % erhöhte Steuer zahlen, also eine Steuererhöhung für Ehelose und Kinderlose.

Eine große Wirkung in bezug auf ehrlichere Fätiierung verspricht man sich von der neuen Bestimmung, daß die Schätzungskommission nunmehr beschließen könne, den Steuerpflichtigen behufs Feststellung seiner Einkommensverhältnisse zur Gewährung der Einsichtnahme in seine Wirtschafts- und Geschäftsbücher aufzufordern. Werden Bücher nicht geführt oder erscheint es zur Ergänzung und Bekräftigung des Buchinhaltes erforderlich, so kann sich die Einsichtnahme auch auf sonstige Schriftstücke, welche zur Feststellung der für die Veranlagung wesentlichen Tatsachen dienen, erstrecken.

Um denjenigen, welche bisher unrichtig fatiert haben und aus Furcht vor Strafe nicht den Mut hatten, eine veränderte, richtigere Fassung abzugeben, diesen Schritt zu erleichtern, soll gleichzeitig eine Amnestie für die

Verschweigungen bis 1911 gewährt werden, unter der Bedingung, daß der betreffende Steuerträger sich keine neuerlichen Verfehlungen zu schulden kommen lasse.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Steigerung der Personalsteuererträge von 44,47 Millionen im Jahre 1898 auf 78,65 im Jahre 1909 nicht bloß durch die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse begründet wurde; die unablässige Tätigkeit der Steuerbehörden und der Steuerkommissionen, die stets darauf bedacht waren, gering erscheinende Faktionen zu untersuchen, den betreffenden Fatenten selbst, seine Geschäftsfreunde und Nachbarn nach allen möglichen Details auszufragen, die Heranziehung solcher Personen, die bisher überhaupt nicht fatierten, hat einen wesentlichen Teil daran. Auch werden seit einigen Jahren die Verlassenschaften mit den Steuerbekenntnissen der Verstorbenen verglichen und, wenn sich eine zu geringe Versteuerung herausstellt, nachträglich die Steuer bei den Erben eingehoben.

All dies wirkte erzieherisch auf die Steuermoral der Bevölkerung, und diese will man durch Verpflichtung, Bücher zu zeigen, noch mehr heben. Hoffentlich gelingt dies auch bei den Kreisen, die bisher verhältnismäßig wenig Einkommen ausgewiesen haben, in erster Linie also bei den Besitzern von Grund und Boden.



## PROF. DR. R. BRODA, PARIS: STAATS- ODER PRIVATBAHNEN?



IE französischen Privatbahnen stellen ein interessantes Vergleichsobjekt für alle jene dar, welche die relativen Vorzüge des Staats- und Privatbahnsystems an Hand der lebendigen Realitäten vom Standpunkte des Passagiers studieren wollen. Für den Franzosen, der die Verhältnisse des Auslandes weniger genau kennt, ist die Untersuchung vielleicht schwerer; der Franzose indes, der auf deutschen, englischen oder amerikanischen Bahnen gefahren ist, oder der Ausländer, wird wohl jedesmal, wenn er Frankreichs Grenzen wieder überschreitet, von einem wehmütigen Gefühl beschlichen und fragt sich, ob denn diese große Nation, die in allen Werken der Ingenieurkunst der Welt als Pfadfinder gedient, die den Suezkanal geschaffen, nicht imstande sei, moderne Bahnen zu bauen. Schon beim Überschreiten der deutsch-französischen Grenze beim ersten französischen Bahnhofe fällt einem seine primitive Bauart auf. Wenige oder keine Untergrunddurchführungen, ob auch mehrere Züge zur Abfahrt bereit stehen, so daß das Publikum, das aufs zweite Geleise gelangen will, mit allem Gepäck erst den Zug auf dem ersten umgehen muß. Häufig geschieht es auch, daß dieser Zug in mildtätiger Weise entzweigebrochen wird, damit das Publikum wie durchs Rote Meer hindurchgehe.

Wer etwa noch philofranzösischer denkt und die Möglichkeit eines Krieges mit dem Ausland ins Auge faßt, fragt sich: wie soll auf solchen Bahnhöfen eine Mobilisation stattfinden, wie soll mit Verkehrsmitteln, die selbst dem normalen Verkehr nur bei größter Nachsicht aller Beteiligten genügen, ein außerordentlicher Massenverkehr mit jener Raschheit ausgeführt werden, die allein den Erfolg im Kampfe ermöglicht?

Weiter dann im Innern des Landes gewöhnt man sich an die technische Unzulänglichkeit der Bahn und beschäftigt sich intensiver mit der eigenen mangelnden Bequemlichkeit im Abteil bzw. den unverhältnismäßig hohen Fahrpreisen, die man für schlechte Fahrgelegenheit zu zahlen hat. Fassen wir im einzelnen die beiden Typen der Bahnreisenden, den Mann aus dem Volke, der billig und anständig sein Ziel erreichen will, und den Bourgeois, der moderne, komfortable Einrichtungen zu beanspruchen gewohnt ist, ins Auge. Was zunächst den ersten anlangt, so reist er in Norddeutschland vierter, in Süddeutschland dritter Klasse und bezahlt in beiden Fällen 2 Pfg. =  $2\frac{1}{2}$  Centimes pro Kilometer; in Frankreich zahlt er 5 Centimes pro Kilometer und bezahlt bei ungefähr gleichem Komfort bzw. Nichtkomfort genau das Doppelte. Der wohlhabende Reisende fährt in Deutschland zweiter Klasse; er findet hier einen Fauteuil für sich, abends mit eigener elektrischer Lampe beleuchtet, ausgezeichnete hygienische Vorkehrungen, Waschgelegenheiten usw. Nachts kann er gleichfalls im Schlafwagen 2. Klasse, somit in angenehmer, ruhiger Weise sein Ziel erreichen. Die deutsche 1. Klasse wird bekanntlich hauptsächlich von Ausländern benützt, hat im übrigen kaum viel andere Ausstattung als die 2. und kann für die Zwecke unserer Vergleichung außer Betracht bleiben.

Die zweite Klasse der französischen Bahnen bietet bekanntlich keinen großen Komfort; während man in Deutschland gesicherten Anspruch auf seinen eigenen Fauteuil hat, muß man sich auf französischen Bahnen in Zeiten des Andrangs immer wieder zu achten in ein enges Abteil pferchen; im übrigen führen die meisten wirklichen Schnellzüge gar keine 2. Klasse (während sie in Deutschland sowohl 2. als auch 3. führen); ebenso ist der Zugang zu den Speisewagen für Passagiere 3. Klasse untersagt, für Passagiere 2. Klasse beschränkt, während in Deutschland auch der Passagier 3. Klasse unbeschränkten Zutritt zum Speisewagen hat. Es kommt also für den Vergleich bzw. für die Gegenüberstellung nur die 1. Klasse der französischen und die 2. Klasse der deutschen Bahnen als ungefähr gleichwertig in Frage; wir finden dabei, daß man in Frankreich per Kilometer 11 Centimes, in Deutschland 4 Pfg. = 5 Centimes bezahlt, somit weniger als die Hälfte.

Es ist also klar, daß die deutschen Bahnen, denen die Staatsbahnsysteme Österreichs, Belgiens und der Schweiz nach all den genannten Richtungen ähnlich sind, den Personenverkehr zum halben Preise der französischen Privatbahnen vermitteln.

Ebenso interessant ist ein Vergleich von deren Komfort mit dem der Privatbahnen Englands und Amerikas. Wer in Pullmann Cars von London nach Brighton, wer im Empire State Express von New York nach Chicago gefahren, weiß, daß die Fahrt vielmehr einem Hotel ersten Ranges, als einem Aufenthalt im Eisenbahnwagen, ähnelt. Man sitzt im angenehmen Lehnstuhl im Salon, stellt ihn an das Fenster, an den Schreibtisch oder an das Tischchen, auf dem der Tee bereit steht. Hat man wichtige Angelegenheiten zu erledigen, so läßt man einen Stenographen kommen, diktiert ihm im Zuge und im Zuge selbst werden die Akten auf der Schreibmaschine vervielfältigt. Des Abends nimmt man sein Bad im Zuge, geht in seinen Schlafwagen, des Morgens macht man in angenehmster Weise genau wie zu Hause seine Toilette, frühstückt im Speisewagen usw. usw. Ähnliche Beispiele ließen sich von allen amerikanischen Bahnen anführen. Unsere Endfolgerung geht dahin, daß auch ein nur halb so großer Komfort heute auf französischen Schienen dahinrollend, und wäre es im ersten französischen Luxuszuge, nicht zu denken ist.



Womit erklärt sich diese Tatsache? Gewiß nicht damit, daß das französische Volk weniger Geschmack, weniger technischen Scharfsinn als die andern Völker habe, sondern bloß damit, daß das französische Bahnsystem die Nachteile der freien Konkurrenz mit den Nachteilen des freien Monopols vereinigt, ohne deren Vorteile zu besitzen. Vergleichen wir die Bahnen der Länder, die wir als typische Beispiele gewählt haben: Amerika besitzt ein Bahnsystem, das heute noch (vielleicht nicht mehr für lange, wenn die Rooseveltsche Politik weitergeführt wird) ausschließlich auf dem Prinzip der freien Konkurrenz beruht. Wenn man z. B. von New York nach New Orleans fahren will, kann man vier verschiedene Bahnlinien benutzen; es liegt daher im evidenten Interesse jeder Gesellschaft, dem Publikum größtmöglichen Komfort zu bieten und dasselbe zur Benutzung der eigenen Strecke zu veranlassen. Aus diesem Wettstreit der Gesellschaften erklärt sich die große Vervollkommnung des amerikanischen Riesenkomforts.

In Deutschland wieder sind die Bahnen ausschließlich im Besitze des Staates. Die Staatsverwaltung legt im Interesse ihrer Bürger Wert auf verständige Bequemlichkeit, ohne das Raffinement amerikanischer Bahnausstattungen anzustreben; vor allem aber wünscht sie im Interesse der Verkehrserleichterung, die Tarife zu ermäßigen; wohl geht sie nicht so weit wie die Verwaltung der Schweizer Bundesstaaten, die als einzigen Interessenten das reisende Publikum im Auge hat und auf Gewinne verzichtet. Die Staatsbahnen der deutschen Bundesstaaten geben jährlich mehrere hundert Millionen Mark Gewinn, was als Beweis für die finanziellen Möglichkeiten des Staatsmonopols angeführt werden mag. Trotzdem aber ist nicht die Erhöhung des Gewinnes, sondern die Erleichterung des Verkehrs wesentlicher Gesichtspunkt der Verwaltung, und es kann auch nicht anders sein, da ja der Staat die Summe der Bürger, d. i. die Summe aller Passagiere, darstellt und diese naturgemäß durch ihre gewählten Vertreter in den Parlamenten und indirekt durch ihren Einfluß auf die Regierung billige Tarife erzwingen.

Das französische Bahnsystem ist nicht auf der freien Konkurrenz aufgebaut, sondern jede Gesellschaft besitzt ein Monopol auf einen Streifen französischen Landes. Wer von Bordeaux nach Toulouse fahren will, kann nicht wie sein glücklicherer Bruder in Amerika unter vier verschiedenen Gesellschaften wählen, sondern ist auf eine angewiesen, und diese, des Fahrgastes sicher, hat kein Interesse, sich für ihn besonders anzustrengen. Sie läßt die Wagen daher im wesentlichen im selben Zustand, in dem sie sich seit Jahrzehnten befinden, um Reparatur- und Erneuerungskosten zu ersparen. Sie stellt nur so viel Wagen in Dienst, als sie sicher ist, bei normalem Verkehr zu füllen, und überläßt es den Reisenden, bei großem Andrang in den Korridoren zu stehen. Ebenso vermeidet sie technische Neuerungen, die ihr keine ökonomischen Vorteile bringen, aber Geld kosten. Hierdurch erklärt sich der mindere Komfort der französischen Bahnen gegenüber den amerikanischen. Andererseits unterstehen die Bahnen wohl einem Privatmonopol, der Staat aber hat sie nicht monopolisiert, wie in Deutschland, und dieser Unterschied ist ein überaus einschneidender; denn während der Staat als Gesamtheit der einzelnen Bürger ein Interesse an den billigen Tarifen hat, hat die Gesellschaft ein entscheidendes und legitimes Interesse bloß an der Erhöhung ihrer Dividende. Sie hat somit keinerlei Anlaß, ihre Tarife auch bei günstigem Geschäftsgang herabzusetzen, und sie tut

das auch nicht. Hierdurch erklären sich die Tarife der französischen Bahnen, die doppelt so hoch sind wie die der deutschen.

Welche Folgerungen ergeben sich hieraus für den französischen Politiker, für den nationalökonomisch interessierten Beobachter? Die vor allem, daß die Mischung von Monopol und Privatbesitz, wie sie in Frankreich (und ähnlich auch in manchen andern Staaten, so in jenen Teilen Österreichs, die von der Südbahngesellschaft bedient werden) beliebt wurde, den schlechtesten Ausweg darstellt; entweder man kehre zur freien Konkurrenz zurück und gestatte es jedermann, eine neue Bahn von Bordeaux nach Toulouse oder von Lille nach Lyon zu bauen; dann wird die freie Konkurrenz den Komfort erhöhen, allerdings werden die Tarife weiter auf der bisherigen Höhe bleiben, die Verwaltung der Bahnen wird nicht in demokratischem Geiste erfolgen. . . . Oder aber man gehe resolut auf dem Wege weiter, den alle Staaten des europäischen Kontinents beschritten haben, man verstaatliche die Bahnen, man verwalte sie im öffentlichen Interesse, betreibe durch Ermäßigung der Tarife, Einführung von billigen Arbeiterfahrkarten eine wahrhaft demokratische Verkehrspolitik, löse das Wohnungsproblem der großen Städte durch derart billige Vororttarife, daß die Angestellten und Arbeiter täglich weitweg von der Stadt nach ihrem Wohnsitz im Grünen fahren können. Der Staatssäckel wird darunter nicht leiden, wie das deutsche und in der letztgenannten Beziehung das Schweizer Beispiel beweist. Der Lebenskampf der breiten Volksschichten aber wird erleichtert, die Handels- und die Kulturinteressen des Bürgertums werden gefördert werden.



## DR. EUGEN AMELUNG, WIEN: DIE TEUERUNG, EIN INTERNATIONALES PROBLEM DER SOZIAL- ÖKONOMIE.



DEM Begriffe der Relativität wird bei den Beurteilungen unserer Kulturerscheinungen noch immer zu wenig Beachtung geschenkt. Es ist dies eine Folge des modernen Denkens, welches unter dem Einflusse der Entwicklungslehre, die in der Tat ein Lebenselement unserer Kultur geworden zu sein scheint, das zeitliche Hintereinander derart in den Vordergrund schiebt, daß dadurch das örtliche Nebeneinander ganz verdeckt wird. Werner Sombart warf einst die Frage auf, ob der Mensch dümmer oder gescheiter werde. Er hätte sie im ersten Sinne bejahen müssen, wenn er die Generationen der offiziellen Vertreter der Wissenschaft seinen Vergleichen unterstellt und dabei am Potentiale der Genialität die fallenden Tendenzen beobachtet. Läßt er aber den Blick auf die Nebengebiete der zünftigen Gelehrsamkeit schweifen, insbesondere auf das Gebiet der wirtschaftlichen Bestrebungen, dann ist ein allgemeines Ansteigen der Genialitätskurve bemerkbar.

Noch wichtiger ist die Voranstellung des Relativitätsprinzips auf dem Gebiete der Teuerung. Hier einen absoluten Maßstab zu gewinnen, an dem die Beantwortung der Frage, ob wir jetzt teurer oder billiger leben, einfach abzulesen wäre, ist schlechterdings unmöglich. Das Teuerungs-

problem ist zu kompliziert; und diese Komplikationen liegen — geometrisch gesprochen — nicht in einer Ebene, sondern in verschiedenen. Man müßte hier also mit verschiedenen Maßstäben messen. Der originellste derselben wäre wohl das Tertium comparans zwischen den Universalerscheinungen des Menschheitsbedürfnisses und der Fruchtbarkeit der Natur; doch ist in der komplizierten Volkswirtschaft von heute das Problem auf die Differenz zwischen den Real- und den Nominaleinkommen reduziert.

Tritt nun eine Vergrößerung dieser Differenz ein und forscht man nach den Ursachen derselben, so ist man infolge der Neglegierung des Relativitätsprinzips gewohnt, statt das Ganze relativ aufzufassen, die Teilerscheinungen, die „Zwischenursachen“ der Teuerung als *a b s o l u t* zu begreifen und dementsprechend Sanierungsaktionen einzuleiten, die Halbheiten bleiben müssen, da sie nie auf Grund stoßen können. Das Prinzip der Gegenüberstellung von Mensch und Natur darf eben nie aus dem Auge gelassen werden. Man könnte Riccardos ehernes Lohngesetz extensiv interpretieren und sagen, daß die Menschheit ihren Wachstumskoeffizienten nur so lange unvermindert erhalten kann, als sie bestrebt ist, die Produktionsformen immer rationeller zu gestalten; vernachlässigt sie dies, dann treten die internationalen „Teuerungen“ ein und die Geburtsraten beginnen — wie die jüngsten Volkszählungsergebnisse speziell für Österreich bewiesen — zu sinken. Als spezielles Mittel zur Bekämpfung der Teuerung kommt also die rationellere Ausgestaltung der Produktionsverhältnisse in Betracht.

Die Arbeit der Menschheit, die der Natur den Lebensunterhalt abringt, wird als solche von elementar wirkenden und von voluntaristisch lenkbaren Kräften beeinflusst. Dasselbe gilt auch von den als „Zwischenursachen“ der Teuerung zu bezeichnenden Erscheinungen unseres Kulturlebens, deren voluntaristische Struktur sich allerdings immer kräftiger entfaltet. Das Elementarische, das Fatum in wirtschaftspolitischer Bedeutung, tritt hier mehr zurück. Viele Teuerungsursachen treten uns als internationale Erscheinungen gegenüber, obwohl bei ihnen die Möglichkeit menschlicher Ingerenz offenkundig ist. Noch mehr ist dies natürlich bei den nationalen und lokalen Teuerungserscheinungen der Fall. Die Bekämpfung dieser Detailmißstände stand bei den volkswirtschaftspolitischen Sanierungsaktionen früherer Zeiten im Vordergrund und ist auch heute noch die hauptsächlichste Ressource für die Schlagworte der Teuerungsdemagogie. Der Kuriosität halber seien hier zwei „Teuerungsgesetze“ aus dem Altertum erwähnt, welche blitzartig das Wirtschaftsleben in der Roma antiqua, seine Krankheitserscheinungen und die total verfehlten Sanierungsaktionen gegen dieselben beleuchten; so ein Gesetz des Cod. Theodosianus: 13. 9.3: „war das Frachtschiff gescheitert und die ganze Schiffsmannschaft ertrunken, so sind die Kinder derselben vor Gericht zu rufen und peinlich über den Untergang ihrer Väter zu befragen“. Was konnte dies für einen Sinn haben? Die richtige Erklärung ist wohl die, daß die verstaatlichten Reeder statt nach ihrem Bestimmungsort zu segeln, an irgendwelchen verborgenen Küsten landeten, dort den Proviant verbargen, statt ihn nach Rom abzuliefern, um ihn gelegentlich zu benutzen (Cod. Theod. 13. 5. 33) und den Schiffbruch und das Ertrinken der ganzen Schiffsmannschaft den inquirierenden Beamten vorlegen. Diese wieder wußten, daß sich die Kinder, auf der Folter befragt, leichter verplaudern als der in pfiffiger Schlaueit und unerschütterlichem Gleichmut dem Odysseus vergleichbare Staatsreeder. Vorher hatte schon



Kaiser Diokletian folgende Bestimmung zur Abwehr der Brotteuerung erlassen: „Die Bäcker dürfen keine leichtsinnigen Frauenzimmer, als: ehemalige Tänzerinnen, ehemalige Schauspielerinnen, heiraten!“

Die Tatsache, daß heute das Geld allgemeines Tauschmittel ist, ist gewiß ein Akt menschlicher Willkür. Schwankungen in der Edelmetallproduktion sind zum großen Teil Elementarereignisse. Da nun die Edelmetalle nicht Konsumptivmittel im eigentlichen Sinne sind, so sind die Zusammenhänge zwischen Warenpreisen und Geld, wie sie von den Quantitäts- oder den Umlaufstheorien zu ergründen gesucht werden, Keime nur sekundärer Teuerungserscheinungen. Nach „Cost of Living“ betrug die durchschnittliche Goldproduktion im Jahrzehnt 1881 bis 1890 99 Millionen Dollar, im Jahrzehnt 1891 bis 1900 schon 163 Millionen Dollar, im Jahrzehnt 1901 bis 1910 323 Millionen Dollar, im Jahrzehnt 1906 bis 1910 gar 428 Millionen Dollar. Diese Zunahme bedeutet eine Verminderung des Geldwertes, d. h. der Kaufkraft des Geld- oder Nominaleinkommens und daher indirekt eine Steigerung der Warenpreise. Nicht nur die rein physische Erhöhung der Edelmetallproduktion wirkt geldverbilligend und warenverteuernd, sondern auch die sogenannte technische Vermehrung der Geldproduktion; wegen ihrer Maßlosigkeit katastrophal wirkte diese zur Zeit der Assignatenwirtschaft in Frankreich und der Bankozettelwirtschaft in Österreich; für den Geldverkehr teilweise segensreich, die Warenpreise aber immerhin etwas emporschraubend, wirkt sie in der Form des Scheck- und Clearingverkehrs. All dies erzeugt Teuerungszustände, welche vorübergehen, wenn sich die einzelnen Wirtschaftsbeziehungen der neugeschaffenen Situation angepaßt haben. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, erscheinen günstige Streikerfolge und Gehaltsregulierungen Fixbesoldeter als Mittel der Abwehr, nicht der Melioration.

Die Kampfmittel gegen die Teuerung können nur dann eine effektive Abhilfe für die Allgemeinheit bringen, wenn sie auf eine rationellere Gestaltung der Produktion im weitesten Sinne hinauslaufen. Die rein sachliche Seite der Produktion, die subjektive Betätigung des Menschen als Produzenten sowie die als Konsumenten sind hier auseinanderzuhalten.

Die Teuerungspolitik beginnt eigentlich schon bei der Auswahl der Rohstoffe und der Produktionskräfte. Jede Rückständigkeit hat hier einen sofortigen Rückgang des Rationalitätskoeffizienten zur Folge und wirkt verteuernd. Denn die Ressourcen, denen sich das Wirtschaftsleben einmal angepaßt hat, erschöpfen sich nicht in arithmetischer Progression infolge der periodischen Ausbeutung, sondern in geometrischer infolge der gleichzeitigen Zunahme der Bevölkerung. Nur bei einem ganz oder teilweise unbewußten Leben der Menschgesamtheit können hier Versäumnisse in der Anpassung der Produktionsweise an die Bedürfnisse eintreten. Die Teuerungen sind Vorboten der Hungersnot; ist einmal eine solche eingetreten, so ist dies ein Zeichen des Fehlens jeder volkswirtschaftspolitischen Providenz; ein Zustand, der tierähnlich ist, — da ja die Tiere erst in diesem Stadium durch Wanderungen ihre Lebensart den Nahrungsbedürfnissen anpassen — und sich heute nur in Ländern tieferer Kulturstufe mit dichter Bevölkerung (Indien, China) findet. In Europa lassen sich derartige Zustände bis ins Mittelalter verfolgen, und es ist bekannt, daß sogar noch die Kartoffel, eines der wichtigsten Nahrungsmittel unserer Zeit, einer Hungersnot ihre europäische Verbreitung verdankt. Das öster-

reichische statistische Jahrbuch zeigt, daß in der Zeit von 1900 bis 1909 die Detailpreise von Butter, Kartoffeln, Bier, Spiritus, Koks um 30 bis 40 %, von Roggenbrot und gemischtem Brot, Gries, Speck, Schmalz um 40 bis 50 %, gewöhnliche Gemüse um mehr als 50 % gestiegen sind. In derselben Periode nahmen die Löhne der Tagelöhner nur um 12, die der qualifizierten Arbeiter um 16 bis 20 % zu. Dies sind Anzeichen, welche zunächst die Wissenschaft bewegen, sich mit dem Teuerungsproblem zu befassen, um neue Nahrungswege zu entdecken und insbesondere für die Fleischnahrung vollkommene Surrogate zu beschaffen. Dann wird es internationaler Übereinkommen bedürfen, um zwischen Rohproduktion und Veredlungsprozeß gleichgewichtige Relationen herzustellen. Nebenbei erwähnt, wäre auch eine Aufklärung der städtischen Bevölkerung über die physiologischen Wirkungen der Fleischnahrung geeignet, vorübergehend die Nahrungsbedürfnisse dem Lebensmittelangebot besser anzupassen, zumal es ja kein Geheimnis ist, daß die Fastengebote nicht nur eine ethisch-religiöse, sondern auch eine physiologisch-teleologische Wurzel haben.

Anders verhält es sich mit dem Problem der Produktionskräfte. Lautete dort die konkreteste Alternative: Fleisch- oder Pflanzennahrung, so ist sie hier: Kohle oder Elektrizität. Angesichts der relativ rapiden Abnahme der Kohlevorräte — selbst Optimisten meinen, daß die Kohlevorräte der Erde im Jahre 3000 erschöpft sein werden — muß man hier die Entwicklung der Produktionskräfte allgemein als ungünstig bezeichnen. Im Jahre 1908 betrug beispielsweise die in Österreich verwendete Dampfkraft 150 000, die verwendete Wasserkraft ebenfalls 150 000 Pferdekkräfte insgesamt also 300 000 Pferdekkräfte. Im Jahre 1910 betrug die verwendete Dampfkraft 277 000, die verwendete Wasserkraft 211 000 Pferdekkräfte, insgesamt also 488 000 Pferdekkräfte. Die Zunahme der verwendeten Dampfkraft betrug also in den zwei Jahren 127 000 Pferdekkräfte, das ist 84 %, während die Zunahme der verwendeten Wasserkraft nur 61 000 Pferdekkräfte, das ist 40 % betrug. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den andern europäischen Staaten — nur Schweden bildet eine Ausnahme —, ja selbst in Japan.

Neben dieser allgemeinen Frage der Produktionsmethode drängen spezielle betriebstechnische Unvollkommenheiten auf eine Reform unter dem Gesichtswinkel der Teuerungspolitik hin, so die rückständige und teure Produktion des Getreidebaues, des Gemüse- und Obstbaues, der Viehzucht, ferner unrichtige Organisation des Vertriebs, zu viel Zwischenhändler, Einmischung rein spekulativer Interessentengruppen, kleinliche Tendenzen der Wirtschaftspolitik.

Gerade das Zwischenhandelsproblem zeigt, daß die Progression der Bevölkerung an sich schon — eine ebenbürtige Progression der Nahrungsmittelerzeugung vorausgesetzt — verteuern wirkt. Die Schäden des Zwischenhandels sind wieder in erster Linie auf die Spekulation zurückzuführen, welche im Herbst, wenn das Getreide auf den Markt kommt, eine ganz gewaltige Welternte in Aussicht stellt und dadurch die Getreidepreise drückt, während im Frühjahr, wenn die Nahrungsmittelreserven herangezogen werden müssen, die der Spekulation gefügigen Faktoren zögernde Weltverschiffungen und andere, die Getreidemarktbeschickung hintanhaltende Tatsachen ausspielen, um die Getreidepreise in die Höhe zu schrauben. So wird dem Rohproduzenten in gleicher Weise wie dem Konsumenten zugunsten des Zwischenhandels jedwede Erleichterung des Lebensunterhaltes durch eine ergiebigere Ernte weggeshnappt.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß gerade bei der Lebensmittelproduktion der Kampf gegen die Teuerung schon aus dem Grunde ein besonders heikler ist, da sich bei diesem das sogenannte „Gesetz des abnehmenden Bodenertrages“ geltend macht. Ganz allgemein gesprochen, erfordert der Kampf gegen die Teuerung die Förderung der Produktion und die Förderung der Produktivität der Produktion, das heißt solcher sparsamen Methoden, durch welche mit dem geringsten Aufwande möglichst viel hervorgebracht wird. Infolge der Eigenartigkeit der landwirtschaftlichen Betriebsbedingungen lassen sich aber Mehrerträge über eine gewisse Grenze hinaus dem Boden nur unter immer steigenden Kosten abgewinnen; aber wohlgemerkt, nur innerhalb jener Grenze, wie nachstehendes Beispiel zeigt: die Pflanzen eines Versuchsgutes in Steiermark lieferten in den Jahren 1906 bis 1910 um 33 Kronen per Hektar mehr Nährwerte als im Jahre 1905, und diese Mehrleistung wurde nicht durch irgendeinen wirtschaftlichen Mehraufwand erzielt, sondern einzig und allein dadurch, daß den arbeitsfähigeren Pflanzen ein größerer Raum auf der Ackerfläche eingeräumt worden war. Nicht einmal die Bodennährstoffe wurden dazu mehr in Anspruch genommen. Gelänge es aber, im Durchschnitt überall eine so geringe Verbesserung durchzusetzen, wie sie jenes Versuchsgut erreicht hat, so brächten die 33 Kronen Mehrnährwert per Hektar, auf die Gesamtfläche Österreich-Ungarns gerechnet, der Volkswirtschaft alljährlich fast eine Milliarde neue Nährstoffe ein. Für eine Milliarde Kronen Nahrungsmittel, die niemandem, auch dem Landwirt nicht, einen Heller gekostet hätten, und die doch der Volksernährung und dem Volksvermögen zur Verfügung stünden.

Noch ein weiterer, nicht zu unterschätzender Teuerungsfaktor wurzelt in der Produktionsmethode, obwohl er dem Scheine nach auf politische Ursachen zurückzuführen ist: die Kriegskulturwirtschaft. Denn für die Kriegskulturwirtschaft, den Inbegriff all jener Industrie- und Handelszweige, denen die Kriegsrüstung im weitesten Sinne anheimgegeben ist, scheint der Krieg an sich bereits zu einem preisbildenden Faktor herabgesunken zu sein. Der natürliche Kausalitätsnexus scheint auf den Kopf gestellt. Wir beschäftigen die Rüstungsindustrien nicht mehr deshalb, da ein Krieg bevorsteht, und führen Kriege nicht deshalb, da die Kunst der Diplomaten nur mehr diese ultima ratio als Resultat übriggelassen hat, sondern wir müssen die Richtungslinien der Diplomatie und des Kriegswesens derart orientieren, daß die Kursschwankungen in den Artikeln der Kriegskulturwirtschaft den Kapitalinteressen nicht zuwiderlaufen. Heute führen die Staaten nicht mehr dann Krieg, wenn es für sie, sondern wenn es für die Rüstungsindustrien bzw. deren Geldgeber rationell ist. Anders taten da die alten Deutschen, die sich auf dem Märzfelde versammelten und im Sommer, zur Zeit der leichteren Verpflegung, ihre Grenzmarken überschritten. Heute bricht der Krieg los, wenn es die Konjunktur gebietet. Das ideelle Interesse ist dem materiellen subordiniert — die traurigste Erbschaft des materialistischen 19. Jahrhunderts. Diese Erwägung deckt die Zusammenhänge zwischen Rüstungen und Teuerungen viel klarer und prinzipieller auf als die Wald- und Wiesenphilosophie über das Wettrüsten.

Die eigentliche Domäne der Teuerungspolitik bildet der Produktionsprozeß im weitesten Sinne, dem hier auch die Funktionen des Handels beizuzählen sind. Auf diesem Gebiet ist der Beeinflussungsfaktor der menschlichen Willkür ein bedeutend stärkerer. Staatsgrenzen und



Wirtschaftsgrenzen fallen heute fast stets zusammen. Doch waren die umfassendsten Hoheitsrechte des modernen Staates, die Polizei- und die Finanzgewalt nicht immer miteinander vereinigt. Von einer letzteren konnte man in bezug auf den mittelalterlichen Staat nicht sprechen. Dieser Heterogenität von Finanz- und Polizeigewalt entspricht auch ihre territoriale Divergenz. Zollunionen umfassen bekanntlich ein Wirtschaftsgebiet, das sich auf mehrere politisch selbständige Territorien erstreckt. Sie gehören heute zu den größten Seltenheiten, wiewohl die Idee eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes noch keineswegs erloschen ist. Diese Idee wird nach dem Gesichtspunkte bewertet, ob man für die Volkswirtschaft ein kurz- oder langfristiges Sanierungsprogramm für nötig hält. „Schutz der nationalen Arbeit“, diese Parole, die zuerst von List geprägt wurde, ist gerade in unserer Zeit so inhaltsreich geworden, wo das System des Schutzes aller produktiven Interessen, in der Theorie wenigstens, die staatliche Volkswirtschaftspolitik beherrscht. Tatsache ist, daß ein Land, das beim Bezuge gewisser Artikel auf das Ausland angewiesen ist, durch Einfuhrzölle der Teuerungs- eventualität stärker angenähert wird. Zahlen beweisen dies: im Jahre 1909 betrug die Wareneinfuhr aller Staaten der Welt rund 75 Milliarden Mark. Im selben Jahre betrugen die Einfuhrzölle in allen Staaten der Welt 6552 Millionen Mark. Die Durchschnittsverzollung betrug also rund 8 % der Warenpreise. Es sind dies gewiß gewaltige Ziffern, welche uns die Verschiebungen in den Einkommensverhältnissen der einzelnen Produktionsklassen vordemonstrieren, welche durch jene künstliche Schranken der Volkswirtschaft herbeigeführt werden. Hier eine prinzipielle Entscheidung treffen zu wollen, wäre banal. Alles ist hier Quaestio facti. Die Verbindung der radikalen Elemente mit dem Freihandel und der Konservativen mit dem Schutzzoll ist eine ebenso häufige wie oberflächliche. Die Verästelung des wirtschaftlichen Erfolges ist eine viel zu verzweigte, um die volkswirtschaftspolitische Wirkung zolltechnischer Maßnahmen im voraus berechnen zu können. Durch die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Lebensmitteln wird das Gesamteinkommen der Bevölkerung unstreitig erhöht, weil die importierten Mengen zu billigeren Preisen geliefert werden, als sie die inländische Produktion herstellen kann; anderseits wird zugleich das gesamte Volkseinkommen herabgesetzt, da die inländische Agrarproduktion verringert wird.

Was nun in diesem Falle den größeren Vorteil bringt, das könnte durch eine weitgehende Statistik mit Argumenten belegt werden, wird aber von den meisten Politikern als Gefühlssache angesehen, die lediglich auf den Ton des betreffenden Klasseninteresses gestimmt ist. Jene Herabsetzung der Produktion im Inland erschöpft sich nun keineswegs, wie seitens der Agrargegner stets betont wird, in einer Herabminderung des Renteneinkommens; es verringert sich damit auch die Nachfrage nach Arbeit und Kapital; es erniedrigen sich die Löhne und der Kapitalzinsfuß, oder es wird zumindest ihre Erhöhung verhindert. Hierbei muß man noch eine kleine Unterscheidung machen; je mehr durch den Import der Preis einer Ware herabgedrückt wird, desto mehr steigert sich das gesamte Realeinkommen der Bevölkerung, desto mehr verringert sich das bei der Produktion der betreffenden Ware erzielte Renteneinkommen. Je mehr durch den Import einer Ware ihre Inlandsproduktion verringert wird, desto mehr sinken Arbeitslöhne und Kapitalzins. Eine ihren Blick auf das Ganze richtende Teuerungspolitik wird also einen solchen Weg einschlagen, der eine Preis-

herabsetzung möglichst begünstigt und zugleich der Ausdehnung der Inlandsproduktion am wenigsten abträglich ist.

Im Deutschen Reiche versuchte man bekanntlich in diesem Sinne das Prinzip der „sozialen Schutzzölle“ zu beleben. Diesen Gedanken sprach der Reichskanzler Bülow am 5. März 1904 bei der Etatsberatung aus: „Wenn die voraussichtlichen Mehreinnahmen beträchtlichere sein würden, würde ich vorschlagen, solche Mehreinnahmen, speziell aus den Zöllen auf Lebensmittel, im wesentlichen zu verwenden zur Hebung der Wohlfahrts-einrichtungen im Reiche und zum Besten der weniger günstig gestellten Klassen der Bevölkerung.“ Weiter besagte die sogenannte „Lex Trimborn“, daß die durch den Zolltarif erzielten Mehrerträge aus bestimmten Lebensmittelzöllen (Getreide, Fleisch usw.) zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden seien. Inwiefern aber sich dieses Prinzip bewähren wird, wird erst die Zukunft zeigen.

Mit diesem Problem der Teuerungspolitik ist ein weiteres verwandt, welches allerdings jetzt noch nicht ganz ausgereift ist; es betrifft die Schranken, welche der Ein- bzw. Auswanderung gesetzt sind. Auch die menschliche Arbeitskraft ist eine Ware, und die Einwanderungsverbote gegen die Chinesen und Japaner dienen in erster Linie dazu, um die Löhne der australischen und westamerikanischen weißen Arbeiter hochzuhalten. Hier sehen wir also Hochschutzzölle auf die menschliche Arbeitskraft, die von den heimischen, politisch sehr mächtigen Gewerkschaften eifersüchtig bewacht werden. Die radikalen Elemente, welche in Australien den Zukunftsstaat nach europäischen Begriffen so ziemlich verwirklicht haben, haben wirtschaftstechnisch streng konservative Maßnahmen durchgesetzt, welche die Rationalität des Produktionsprozesses — vom krassen Krämerstandpunkt aus betrachtet — sichtlich herabsetzen, welche aber sub specie aeternitatis — Rassenpolitik, Ethik usw. — eigentlich als eine Selbstverständlichkeit anzusehen sind. Man sieht also, kulturpolitischer Konservatismus und Schutzzölle sind einander durchaus nicht wesensverwandt.

Bei den Teuerungsursachen, welche auf die Rückständigkeiten in der Produktion zurückzuführen sind, ist dem Hereinspielen menschlich nicht erkennbarer oder kontrollierbarer oder gar lenkbarer Kräfte ein ziemlich großes Feld eingeräumt. Ganz anders verhält es sich bei Teuerungsursachen, die aus der Wirksamkeit der „Preisherrschaftsverbände“ entstehen, der Trusts und der Kartelle. Hier regelnd einzugreifen, hat der Menschenggeist völlig in seiner Macht; nicht der einzelne, wohl aber der Staat. Hier spielt sich der Kampf ab zwischen den Staatsbehörden — vorausgesetzt, daß sie wollen — und den Faktoren, die die Gesetzgebung beherrschen und deren Schlaueit die Gesetze interpretiert und übertritt.

Auf diesem völlig im Beeinflussungsgebiete der Menschheit gelegenen Felde der Teuerungerscheinungen ist eine durchgreifende Sanierung durch das Hereinspielen ethischer Gesichtspunkte bedeutend erschwert. Gerade auf den wirtschaftspolitischen Reformkongressen ist die Miniertätigkeit der „Preisherrschaftsverbände“ eine besonders rege. So kam es schon auf dem im Jahre 1904 stattgefundenen ersten reichsdeutschen Wohnungskongreß zu Frankfurt a. M. zu stürmischen Szenen, da damals zum ersten Male die der Bodenspekulation nahestehenden Kreise in den Wohnungsreformbestrebungen zu Worte zu kommen suchten. Und mit beweglichen Worten klagt ein Referent des letzten internationalen Wohnungskongresses, daß „bei dem Umstande, daß gegen Zahlung von 17 Mark jedermann Kongreß-

teilnehmer werden konnte, die Reformgegner mit ihren alten Kohlaufwärmungsphrasen den Berufenen leicht die kostbare Zeit wegreden könnten“. In der Tat ist es bisher den offenen und maskierten Vertretern jener „Preisherrschaftsverbände“ gelungen, gerade hier eine klärende Ausbildung der Interessengegensätze zu verhindern, den wesentlichen Zusammenhang zwischen Wohnungsreform und Bodenreform zu verschleiern und sich sogar eine politische und wissenschaftliche Abwehr der Angriffe auf das durch die Wohnungsreform tangierte Zinsproblem zu sichern.

Auch auf dem letzten internationalen Mittelstandskongreß (München 1911) suchte man die Wurzeln der Teuerung in einem ethisch wägbaren Boden, und Professor Dr. G. Ruhland erklärte: „Die wirkliche Ursache unserer periodischen Brot- und Fleischnöte kann nur in der heute herrschenden irrigen Auffassung der „Selbstherrlichkeit des Individuums“ gesucht und gefunden werden, wie die wirkliche Abhilfe nur von der Beseitigung dieses Irrtums durch endliche Wiedereinführung der „organischen Auffassung des Menschen“ auf der ganzen Linie unseres Erwerbslebens sicher erwartet werden darf.“ Historisch führte Ruhland diesen „egoistischen Individualismus“ auf die verschiedenen Rezeptionen der römischen und griechischen Ideenwelt, also auf eine Entfernung von der natürlichen Denkungsart im Wirtschaftsleben zurück.

Auch anderer Teuerungserscheinungen darf nicht vergessen werden, deren Ursachen gleichfalls auf die Überfeinerung und Naturentrückung unserer Kultur zurückzuführen sind. Das Rousseausche „Zurück zur Natur“ sollte man in erster Linie auf dem Gebiete der Zeiteinteilung befolgen. Zunächst wäre hier an eine durchgreifende Kalenderreform zu denken. Das Motu proprio Pius' X. betreffs der katholischen Feiertage hat selbst den gregorianischen Kalender bereits für reformbedürftig erklärt. Die Verbesserung dieses, die sich namentlich in der Richtung einer Stabilisierung aller wichtigen Kalendertermine bewegen müßte, sowie seine Ausbreitung über die ganze zivilisierte Welt würde durch Vereinfachung der gegenseitigen Handels- und Verkehrsrelationen der Menschheit ungezählte Millionen ersparen.

Noch weitergehend wären diese Erfolge nach Durchführung eines neuen Tageszeiteinteilungsprojektes. Mr. Willet hat im englischen Unterhause den Vorschlag gemacht, die Uhren im April um eine Stunde voranzustellen und sie im September wieder zurückzustellen. Wenn für das ganze öffentliche Leben in Handel, Verkehr, Schulen, Theater usw. die gleiche Uhrenzeit wie sonst beibehalten wird, so wird auf diese Weise eine volle Stunde an Tageslicht gewonnen. Diese geniale Idee führte zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes, der gegenwärtig die gesetzgebenden Körperschaften Englands beschäftigt und wahrscheinlich zur Annahme gelangt, da Volk und Regierung diesem Gedanken überaus günstig gestimmt sind. Als Vorteil dieser Maßnahme wird angeführt, daß etwa 50 Millionen Kronen an Ausgaben für künstliche Beleuchtung erspart würden; ferner gewännen alle erwerbstätigen Personen eine volle Stunde Tageshelle nach Weggang von der Arbeit, um die sie dann zur Erholung oder zum Sport länger im Freien verweilen könnten; dadurch würde auch der Verkehr auf Straßen und Eisenbahnen gesteigert werden; die Eisenbahnunfälle, die sich weitaus zum größten Teil bei künstlicher Beleuchtung ereignen, würden verringert werden, die Trunksucht, die am meisten durch lange Abende gefördert wird, würde nachlassen. Gegenüber diesen Vorteilen verschwinden die Erwerbsausfälle, welche die Be-



leuchtungsanstalten sowie Vergnügungsetablissemments aufzuweisen hätten, vollständig. Jedenfalls darf diese Reform nicht auf England allein beschränkt bleiben.

Weiter gehören hierher noch gewisse Mißstände in unserem Verfassungs- und Rechtsleben. In erster Linie steht hier eine Korruption, die unser Parlamentarismus großgezogen hat und die mit den unliebsamen Erscheinungen der Kriegskulturwirtschaft eine gewisse Verwandtschaft aufweist. Die Abgeordneten werden von ihren Wählern um alle möglichen Gefälligkeiten angegangen, ja förmlich gezwungen, um sich ihre Wiederwahl zu sichern, denselben auf Kosten der Gesamtheit Steuernachlässe, Lokalbahnen, Subventionen für Unternehmungen, Lieferungen für den Staat oder die Gemeinde usw. durchzusetzen. Ebenso werden sie von ihren Agitatoren gequält, ihnen Anstellungen zu verschaffen. Hierdurch entsteht eine Menge unnötiger Auslagen für den Staat und die Gemeinden.

Daß die Landflucht, welche die agrarischen Arbeitskräfte vermindert, eine Hauptursache der Lebensmittelerhöhung ist, ist allbekannt. Weniger bekannt jedoch sind ihre Wurzeln, welche auf Veraltungserscheinungen in unserem Rechtsleben zurückzuführen sind. Die Erbteilung ist für den Übernehmer des Bauernhofes in der Regel mit schwerer Belastung verbunden, welche die Bewirtschaftung und die Erhaltung des Betriebes auf der vollen Ertragsfähigkeit sehr erschwert oder gar unmöglich macht und so zur Abwanderung in die Städte zwingt. Die schwere Belastung der Bauerngüter mit Schulden anlässlich der Erbteilung ist eine der Hauptursachen des Rückganges der Bodenkultur.

Einen Hauptmißstand in fast allen Staatsgebieten — nur in England finden sich seit Lloyd George Ansätze zur Besserung — bildet das verkehrte System der Verwaltung. Nicht so sehr die technische Seite derselben kommt hier in Betracht, wie ihre prinzipielle Veranlagung, welche Güterökonomie treibt, statt Menschenökonomie. Die Statistik bewies, daß die Erziehungs- und Erhaltungskosten der 65 Millionen Einwohner des Deutschen Reiches 1000 Milliarden Mark betragen. Das „Nationalvermögen“ im landläufigen Sinne beträgt etwas über ein Viertel dieser Summe. Hauptaufgabe der Staatsverwaltung wäre es, eine lange Lebensdauer, eine hohe Leistungsfähigkeit und dadurch eine qualifizierte Arbeit der Bevölkerung herbeizuführen, welche jene Gesamterziehungskosten weit übersteigt. Was sehen wir statt dessen? Die Staatsverwaltungen gleichen einem Arzte, der erst dann eingreift, wo nur mehr Kampferinjektionen den Patienten aufrechterhalten können. Die total verfehlte Voranstellung der Güterökonomie vor die Menschenökonomie zwingt zur Anwendung von Repressivmaßnahmen, die durch rechtzeitige sozialpolitische Präventivmittel unter riesigen Kostenersparungen vermieden worden wären. Man denke nur an die Invalidenversicherungen, an die Irrenhäuser, an die Strafjustiz, alles Folgen der „unkaufmännischen Gebarung“ der Staatsverwaltung, welche mit einem geringen Prozentsatz jener Kosten den Raubbau an der Arbeitskraft des Volkes und die daraus folgenden Krankheitserscheinungen der sozialen Moral hätte vermeiden können. Ersparungskommissionen, welche den Verwaltungsreformen einen ökonomischen Anstrich geben sollen, sollten sich daher weniger mit der Technik als mit dem Prinzip der Verwaltung beschäftigen.

Auch die öffentliche Seite des Großstadtlebens birgt Pestkeime der Teuerung in sich. Es gibt keine Kategorie von Lärm und Geräusch

im Haus-, Verkehrs- und Wirtschaftsleben, welche nicht ganz leicht vermeidbar wäre. Unsere Technik schafft uns schallsichere Häuser, lautlose Signalsysteme, Vakuumreiniger, geräuschlose Autostraßen; wir hätten Mittel in Hülle und Fülle gegen jede Art von Lärmqual, wenn wir nicht gleichgültig wären.

Es verrät wenig Scharfblick, wenn man der Antilärbewegung komische Seiten abgewinnen will. Jene Gleichgültigkeit aber schafft uns unzählige **Großstadtkrankheiten**, deren Bekämpfung unsere Lebenshaltung herabsetzen muß; sie wirkt daher in ganz eminentem Maße **verteuernd**. Wie sehr jenes Degenerationsproblem mit der Teuerung zusammenhängt, ergibt sich aus der Wechselwirkung zwischen der Lebensdauer und der menschlichen Produktivität.

Die **Erhöhung der Lebensdauer** hat neben dem Rückgange der Kindersterblichkeit als zweite wichtige Folge volkswirtschaftlicher Natur die Erhöhung der produktiven Kraft des Volkes. Würde niemand zwischen dem 15. und 60. Jahre sterben, so würden alle Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, bis zum Schlusse ihres 60. Lebensjahres 45 Jahre der vollen Schaffenskraft durchleben; da aber der Tod einen Teil von ihnen vor dem 60. Jahre dahintrafft, wird die durchschnittlich gelebte Zeit geringer als 45 Jahre sein. Erwägt man, daß im Deutschen Reiche während eines jeden Jahres etwa 1 200 000 Personen das 16. Lebensjahr beginnen, so läßt sich ermessen, wie groß der Vorteil ist, wenn jede dieser Personen durchschnittlich beispielsweise zwei Jahre länger der wirtschaftlichen Tätigkeit erhalten bleibt. Es bedeutete dies einen Gewinn von über 2 Millionen Lebensjahren für jede Generation. Das Auswanderungsproblem ist diesem koordiniert und unter dem Gesichtspunkte zu lösen, daß es eine dem Heimatlande ungünstige Selektion beinhaltet.

Der **Pseudokonservatismus** ist der gefährlichste Feind der Menschheit. In ihm waren jene Arbeiter befangen, die sich gegen die Einführung der Maschinen wehrten. Denselben Gesichtspunkten darf natürlich der ethische Konservatismus nicht unterstellt werden. Denn er enthält Imponderabilien, die der technische Radikalismus zerstört, deren Fehlen aber im menschlichen Bewußtsein eine furchtbare Leere hinterließen.

„Es mag ja“ — äußert sich mit vollem Rechte **Kleinpetz** über die römischen Verhältnisse — „vielleicht Gehirne geben, die es für Fortschritt und Entwicklung halten, wenn jetzt im Circus maximus eine Gasanstalt errichtet wurde, wenn die alten stillen Parks der Grundstückspekulation zum Opfer fielen, wenn der Ponte Sant' Angelo durch eine Eisenbrücke entstellt wurde, die den Weg um ganze anderthalb Minuten abkürzt. Man denke, welche Kulturerrungenschaft, daß jetzt die Leute anderthalb Minuten früher von ihrem Bureau ins Café kommen. Wie eminent wichtig ist dies, und wie war es nötig, diesem herrlichen Fortschritt das wunderbarste Stadtbild zu opfern.“

In derartige Exzesse darf der Kampf gegen die Teuerung nicht ausarten. Wird die Kunst kaufmännisch, dann hört sie eben auf, Kunst zu sein. Kleine Vorteile für den Magen dürfen nicht mit großen Schädigungen des Herzens und seiner Bildung erkaufte werden.

## ERWIN STEIN, GENERALSEKRETÄR DES VEREINS FÜR KOMMUNALWIRTSCHAFT UND KOMMUNALPOLITIK, BERLIN-FRIEDENAU: TEUERUNG UND HAUSHALT.

**I**N Deutschland ist man es gewöhnt, bei unvorhergesehenen Zwischenfällen, bei Überschwemmung, Teuerung, Seuchen, zuerst die staatliche Hilfe zu beanspruchen. Das, was auf dem Wege der genossenschaftlichen Tätigkeit und der freiwilligen Hilfsarbeit recht schnell erreicht werden könnte, rückt bei Inanspruchnahme der staatlichen Hilfe nur langsam näher. Der genugsam bekannte „Instanzenweg“ verhindert den Staat am schnellen Eingreifen. Man hat auch in den teuren Monaten, die mit der zweiten Hälfte des Jahres 1911 begonnen haben, vom Staat verlangt, daß er helfen soll und zwar schnell und reichlich. Aber zunächst wurde überhaupt die Verpflichtung des Staates zum Eingreifen bestritten, die Regierung verwies darauf, daß die Städte zu helfen hätten. Und diese helfen zu einem großen Teil. Einzelne Städte entschlossen sich zur dauernden Überwachung des Nahrungsmittelmarktes, andere vermittelten den Verkauf von billigen Seefischen oder Kartoffeln, wieder andere strebten Vereinbarungen mit den Fleischern wegen angemessener Fleischpreise an. Das Endziel der ganzen Bewegung zur Bekämpfung der Teuerung ging dahin, durch Gemeinden oder gemeinnützige Organisationen Fleisch oder Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Kohlarten und Lebensmittel ähnlicher Art in Massen zur Verbilligung der Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung zu beziehen und zum Selbstkostenpreise zu verteilen (die Regierung hat sich bereit gefunden, für diese Lieferungen Frachtermäßigungen zu bewilligen).

Daß die Verhältnisse in der Lebensmittelversorgung recht ungünstige geworden sind, wird jetzt kaum mehr bestritten. Merkwürdigerweise haben nun beinahe alle Stadtverwaltungen und Vereinigungen vor den entscheidenden Schritten darauf verzichtet, zu ermitteln, in welcher Weise der Haushalt des einzelnen Bewohners durch die Teuerung beeinflusst wird, welchen Anteil die Ernährung im Gesamtbudget des einzelnen beansprucht, und welche Beträge namentlich für Fleisch, für Gemüse, Kartoffeln, Fische usw. aufzuwenden sind. Dann hätte sich ein recht klares Bild des Einflusses der Teuerung ergeben, denn es ist klar, daß da die Teuerung am fühlbarsten ist, wo die Ernährung den größten Teil der Gesamtausgaben erfordert.

Eine systematische Haushaltungsstatistik mit Erhebungen in bestimmten Perioden gibt es bei uns nicht. Alle Beiträge zur privaten Wirtschaftsstatistik sind entweder privater oder halbamtlicher Natur und beruhen auf Studien, deren Ergebnisse fast immer der wissenschaftlich-korrekten Aufarbeitung ermangeln. Erst vor zwei Jahren hat das Kaiserliche Statistische Amt eine Arbeit vollendet, die sich mit 852 Haushaltungen beschäftigt und die private Wirtschaftsführung bis ins einzelne verfolgt. Das Werk ist unter dem schlichten Titel „Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche“ als 2. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatte erschienen, seine Bearbeitung ist von einem erfahrenen Statistiker, Regierungsrat Dr. Feig, geleitet worden.\*)

Jetzt ist es nun möglich, die für Beurteilung der Teuerungsfrage so wichtige Einteilung der Haushaltungen vorzunehmen und zwar nach Orts-

\*) Das Zahlenmaterial, das zu den Berechnungen und Zusammenstellungen der vorliegenden Arbeit verwendet wurde, ist dieser „Erhebung etc.“ entnommen.



größtenklassen, Kopfzahlgruppen, Wohlhabenheitsgruppen, Berufsgruppen und sozialen Gruppen.

Als wesentlich zu beachten ist die Tatsache, daß sich die Erhebung vorwiegend auf solche Familien erstreckt, die weniger als 3000 Mk. Jahreseinkommen haben. Bei Untersuchung der Durchschnittszahlen sämtlicher 852 Familien, die in die Erhebung eingezogen wurden, findet sich eine Durchschnittseinnahme von 2192,08 Mk. und eine Durchschnittsausgabe von 2234,02 Mk., also ein Fehlbetrag von 41,94 Mk. Dieser Fehlbetrag wird fast immer ein „buchmäßiger“ sein, in vielen Fällen sind wahrscheinlich die Einnahmen nicht vollständig verbucht, während man die Ausgaben und ihre Struktur als richtig ansehen kann. Die Durchschnittsausgabe verteilt sich nach Hauptgruppen wie folgt:

Ausgabe für:	in Mk.	in % der Gesamtausgaben
Nahrungs- und Genußmittel .....	1017,52	45,55
Kleidung, Wäsche, Reinigung .....	282,44	12,64
Wohnung und Haushalt .....	401,27	17,96
Heizung und Beleuchtung .....	90,83	4,07
Sonstiges .....	441,96	19,78

Auf den Posten: Nahrungs- und Genußmittel entfällt ziemlich die Hälfte der Gesamtausgaben. Schon Ernst Engel hat nachgewiesen, daß, je kleiner das Einkommen, desto größer der Anteil ist, den die Nahrung von den Gesamtausgaben beansprucht. Will man jedoch den von der Teuerung hauptsächlich betroffenen Produkten nach ihrer Stellung in den Wirtschaftsaufwendungen noch besonders nachgehen, so ist eine weitere Gliederung notwendig. Man findet dann folgende Verteilung:

Gesamtausgabe: 2234,02 Mk., davon für Nahrung 1017,52 Mk. = 45,5% sämtlicher Ausgaben. Die Durchschnittsausgabe betrug für die einzelnen Gattungen der Nahrungs- und Genußmittel (in Klammern ist angegeben das Verhältnis zu a) sämtlicher Ausgaben in Prozent, b) zu den Nahrungsausgaben in Prozent): Fleisch, Schinken, Speck usw. 190,58 (8,5; 18,7), Wurst 58,84 (2,7; 5,8), Fische, auch geräuchert 15,95 (0,7; 1,6), Butter 89,80 (4,0; 8,8), Schmalz, Margarine usw. 38,50 (1,7; 3,8), Käse 16,68 (0,8; 1,6), Eier 31,32 (1,4; 3,1), Kartoffeln 33,21 (1,5; 3,3), Grünwaren 26,23 (1,2; 2,6), Salz, Gewürze, Öl 9,62 (0,4; 0,9), Zucker, Sirup, Honig 26,53 (1,2; 2,6), Mehl Reis, Hülsenfrüchte usw. 29,72 (1,3; 2,9), Obst und Südfrüchte 29,44 (1,3; 2,9), Brot und Backwaren 165,17 (7,4; 16,2), Kaffee und Kaffeeersatz 26,42 (1,2; 2,6), Tee, Schokolade, Kakao 8,90 (0,4; 0,9), Milch 102,80 (4,6; 10,1), Übrige Getränke im Hause 34,23 (1,5; 3,4), a) alkoholische 33,14, b) alkoholfreie 1,09, sonstige Nahrungsmittel 2,55 (0,1; 0,3), Zigarren und Tabak 20,66 (0,9; 2,0), Ausgaben in Gastwirtschaften 60,37 (2,7; 5,9), a) Speisen 18,40, b) alkoholische Getränke 35,16, c) alkoholfreie Getränke 5,36, d) nicht näher bezeichnet 1,45 Mk.

Diese Verteilung ist überaus charakteristisch. Man wird aber gut tun, sich gegenwärtig zu halten, daß es sich hier nicht um Ergebnisse handelt, die nach gleichmäßigen Angaben aus allen Städten zusammengestellt sind, daß das Ergebnis vielmehr (da aus der einen Stadt 8, aus einer anderen 20 und aus einer dritten 30 Haushaltsrechnungen berücksichtigt wurden) nicht mit Unrecht als zufälliges bezeichnet werden kann. Man darf deshalb Schlußfolgerungen aus dem allgemeinen Durchschnitt nur mit Vorsicht ziehen und wird bei eingehender Behandlung der Frage stets die einzelnen Wirtschaftsrechnungen zum Vergleich benutzen.

Je größer eine Familie ist, je mehr Köpfe ihr zugehören, desto größer ist der Anteil, der auf die Nahrungsmittel entfallenden Aufwendungen, die Steigerung ist aber nicht so beträchtlich, daß z. B. vier Personen das Doppelte der aus zwei Personen bestehenden Familie brauchen. Die hinzukommenden Personen sind in der Regel kleine Kinder, die nicht allzuviel Nahrung brauchen. Von den Ausgaben entfallen auf Nahrungs- und Genußmittel bei den Familien mit 2 Personen 836,06, 3: 896,25, 4: 953,33, 5: 1060,63, 6: 1129,48, 7: 1164,34, 8: 1182,85, 9: 1430,77, 10: 1600,18.

Das sind von den kleinsten bis zu den größten Familien: 40,6, 44,1, 44,7, 46,8, 44,7, 48,6, 50,7, 50,9 58,2% der Gesamtausgaben.

Um nun die näheren Beziehungen zur Teuerung zu finden, muß bei den hauptsächlich verteuerten Lebensmitteln die Bedeutung in der Ausgabe-Struktur noch näher ermittelt werden. So entfielen im Durchschnitt (steigend von 2 zu 10 Personen) auf die Aufwendungen für Fleisch, Schinken, Speck usw. 159,74, 177,05, 187,09, 195,69, 204,02, 208,24, 187,78, 259,99, 266,08 Mk.; Wurst 51,95, 54,16, 59,69, 61,11, 62,51, 60,89, 60,96, 52,00, 88,90 Mk.; Butter 79,13, 76,15, 79,28, 93,36, 107,10, 105,70, 110,78, 115,62, 180,38 Mk.; für Kartoffeln waren in der kleinsten Gruppe 21,30 Mk. und in der größten Gruppe 42,97 Mk. auszugeben, für Grünwaren 25,46 Mk. und 33,76 Mk., für Milch 67,59 und 130,94 Mk.

Die früher selbstverständlich bekannte Tatsache vom Anwachsen der Nahrungsausgaben mit steigender Kopffzahl kann heute eingehender untersucht und beurteilt werden. Der physiologische Bedarf nimmt jedenfalls nicht im selben Verhältnis zu wie die Kopfstärke,

Sieht man sich die Durchschnittsausgaben nach Wohlhabenheitsgruppen an, so findet man, daß sich bei der Nahrungsausgabe eine Verdreifachung ergibt, denn die Nahrungsausgabe betrug in der am wenigsten ausgehenden Gruppe 582,51 Mk., in der am meisten ausgehenden Gruppe 1780,43 Mk., das sind im ersteren Falle 54,2, im letzteren Falle 30,3% der Gesamtausgaben.

Jede Interpretation dieser Ziffern ist überflüssig. Die vermögendsten Klassen mit ihrem wesentlich geringeren Ernährungsanteil als die minder-bemittelten Gruppen werden naturgemäß viel weniger empfindlich von der Teuerung betroffen, namentlich deshalb, weil bei ihnen zugunsten der Nahrungsaufwendung manche Luxusausgabe in Wegfall kommen kann. Diese Kompensationsmöglichkeit haben die unbemittelten Kreise nicht. Ein tieferes Eindringen in das Material fördert auch hier eine genauere Kenntnis von der Bedeutung der einzelnen durch die Teuerung besonders betroffenen Nahrungsmittel. Durchschnittlich gab man aus:

		absolut in Mark					
in Familien mit einer Gesamtausgabe unter 1200 Mk.		für Fleisch Schinken Speck	Wurst	Butter	Eier	Kar- toffeln	Milch
von	1200—1600	97,67	24,61	49,58	17,15	28,55	62,25
„	1600—2000	134,96	53,42	56,43	21,72	28,47	85,11
„	2000—2500	162,82	56,53	77,43	26,86	31,89	95,92
„	2500—3000	194,84	59,97	88,86	32,16	36,28	105,73
„	3000—4000	238,89	62,85	115,80	38,51	35,38	107,00
„	4000—5000	260,82	65,53	127,08	45,43	35,34	128,20
„	über 5000	291,06	70,42	154,81	43,20	35,53	142,45
		361,09	100,77	212,39	57,72	49,11	149,14

Zum besseren Verständnis werden im folgenden diese absoluten Ziffern ergänzt durch die Ziffern in Hundertteilen der Gesamtausgabe, angeordnet

von der niedrigsten bis zur höchsten Wohlhabensstufe. Fleisch 9,1, 9,4, 9,0, 8,8, 8,8, 7,7, 6,7, 6,2; Wurst: 2,3, 3,7, 3,1, 2,7, 2,3, 1,9, 1,6, 0,7; Butter: 4,6, 3,9, 4,3, 4,0, 4,3, 3,8, 3,6, 3,6; Eier: 1,6, 1,5, 1,5, 1,4, 1,4, 1,3, 1,0, 1,0; Kartoffeln: 2,6, 2,0, 1,8, 1,6, 1,3, 1,0, 0,8, 0,8; Milch: 5,8, 5,9, 5,3, 4,8, 3,9, 3,8, 3,3, 2,5.

Eine Erscheinung, die bei Verteilung der Nahrungsaufwendungen in den einzelnen Wohlhabensgruppen besprochen werden muß, ist die zeitliche Schwankung in Einnahmen und Ausgaben, die sich gelegentlich findet, und zwar vor allem in den minderbemittelten Kreisen. Diese Frage ist für die Privatwirtschaft in Teuerungszeiten von einschneidender Bedeutung, da die Familien mit schwankendem Einkommen in den ertragreichen Monaten selten Rücklagen zu machen pflegen und die, wenn die Teuerung mit beschäftigungslosen Zeiten oder mit Monaten verminderter Erwerbstätigkeit zusammenfällt, außerordentlich hart und schwer von der Ungunst der Zeit betroffen werden, obgleich nicht selten Versuche gemacht werden, durch Inanspruchnahme von Kredit, von Lohnvorschüssen und durch das Borgsystem beim Einkauf einen Ausgleich zu schaffen. Wohltätigkeit und Armenunterstützung werden nicht selten in Anspruch genommen, noch häufiger aber Leistungen der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten und Gewerkschaften.

Ein Arbeiter hatte im März ein Einkommen von 326,17 Mk., im Januar von 122,99 Mk. Ein anderer Arbeiter (Zimmerer) verdiente im Juni 170,97 Mk. und im April 57,70 Mk., ein Maler im August 356,56 Mk. und im Januar 117,36 Mk. Die Ausgaben beliefen sich bei einem Haushalt im Oktober auf 250,20 Mk., im Juli auf 81,90 Mk., in einer anderen Wirtschaft wurden im August 303,99 Mk. und im Februar 138,21 Mk. ausgegeben.

Weitere interessante Gruppierungen ergeben sich bei besonderer Berücksichtigung einiger Großstädte und bei einer Prüfung des Materials nach Ortsgrößenklassen; die in den einzelnen Großstädten berücksichtigten Haushaltungen hatten aufzuweisen:

in	an Gesamt- ausgaben	an Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel in Mark	In % der Ge- samtausgaben
Groß-Berlin .....	3153,—	1194,17	37,9
Hamburg .....	2112,45	1034,15	48,9
München .....	1647,69	910,06	55,2
Dresden .....	1773,61	880,52	49,6
Breslau .....	2181,14	1007,03	46,2
Cöln .....	2195,62	1104,40	50,3
Frankfurt a. M. ....	2703,92	1122,12	41,5
Nürnberg .....	1897,25	984,63	51,9
Düsseldorf .....	1732,88	901,36	52,0
Chemnitz .....	1852,34	1004,85	54,3
Magdeburg .....	1590,92	848,66	53,3
Altona .....	1828,34	878,03	48,0
Straßburg .....	1945,34	1045,04	53,7
Kiel .....	1897,59	937,32	49,4
Barmen .....	1650,39	935,64	56,7
Cassel .....	2379,99	1087,86	45,7
Lübeck .....	1730,25	882,15	51,0



Bei weiterer Einteilung ergeben sich folgende Gruppen: I. Großstädte (100 000 und mehr Einwohner), II. Mittelstädte (20 000—100 000), III. Kleinstädte (5000—20 000), IV. Landstädte (2000—5000), V. Landorte (weniger als 2000 Einwohner).

Ehe man sich hier zu weitgehenden Schlüssen veranlassen läßt, ist auf die Bedeutung der Natureinnahmen im Haushalt der minderbemittelten Kleinstadt- und Landbevölkerung hinzuweisen. Im Durchschnitt aller Haushaltungen entfallen auf Natureinnahmen 0,9%, also nicht ganz 1% der Gesamteinnahmen. In den Großstädten kamen aber an Natureinnahmen nur 0,4% in Frage, aber in den Mittelstädten schon 1,5%, in den Kleinstädten 2,1%, in Landstädten 4,6% und auf dem platten Land ziemlich 8%, genau 7,9%. (In Cassel, Chemnitz, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Königsberg, Leipzig, Magdeburg, München und Posen haben die Haushaltungen überhaupt keine Natureinnahmen). Warum die Bedeutung dieser Einnahmen so betont wird? Weil bei großen Natureinnahmen die verbuchten Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel sehr gering sind und Trugschlüsse sehr leicht gezogen werden.

Die Ausgaben betrugen in:

		insgesamt	Davon für Nahrungs- und Genußmittel		in % der Gesamtausgaben
			absolut	in % der Gesamtausgaben	
		Mk.	Mk.		
Ortsklasse	I	2164,63	1015,27	46,9	
	II	2210,36	993,39	43,6	
	III	2936,59	1074,95	36,6	
	IV	3076,66	1061,88	34,5	
	V	2610,16	1060,92	40,6	

Der geringste Nahrungsaufwand (vom Hundert der Gesamtausgaben) ergibt sich, selbst in Berücksichtigung der Natureinnahmen, in den Kleinstädten.

Der für die einzelnen Großstädte ermittelte durchschnittliche Nahrungsaufwand wird erheblich übertroffen in Barmen mit 56,7%, München 55,2%, Chemnitz 54,3%, Magdeburg 53,3%, Düsseldorf 52,0%, doch sind die örtlichen Verschiedenheiten nicht mit Sicherheit auf die Unterschiede in den Lebensmittelpreisen zurückzuführen, die Verschiedenheit der sozialen Zusammensetzung nach sozialer Stellung und Wohlhabenheit spielt hier eine große Rolle. Man hat auch darauf zu achten, daß für die Großstädte vornehmlich Arbeiterhaushaltungen, für die kleineren vornehmlich Beamten- und Lehrerfamilien berücksichtigt sind. Dementsprechend sind die Einnahmen durchschnittlich für die Großstädte gering, für die Kleinstädte höher, und danach richten sich auch die Ausgaben.

Untersucht man die Ernährungsausgaben nach der beruflichen Gliederung, so findet man unter den Arbeitern den größten Nahrungsaufwand bei den gelernten gewerblichen Arbeitern (969,10 Mk. im Jahresdurchschnitt). Der Prozentanteil der Ernährung für die Gesamtausgaben ist aber am höchsten bei den Handels- und Verkehrsarbeitern (12%), von den übrigen Berufen weisen die Lehrer den höchsten Nahrungsaufwand auf und zwar absolut und im Verhältnis zu den Gesamtausgaben. Eine weitere Einteilung in 40 Berufsarten ergibt, daß Hausdiener, Boten und Markthelfer den geringsten

absoluten Ernährungsaufwand haben. Den niedrigsten Prozentsatz von den Gesamtausgaben haben jedoch die gelernten Arbeiter der Begleitungsindustrie (7,8%), selbständige Gewerbetreibende (9,1%), Schlosser (9,5%) und Kutscher und Fuhrleute (9,7%). Es ist eine reizvolle Aufgabe, auch bei dieser Art der Einteilung den von der Teuerung hauptsächlich betroffenen Nahrungsmitteln noch besonders nachzugehen, jedoch verbieten sich weitere Ausführungen über den Gegenstand aus Raumgründen.

Nur wenn man sich klar gemacht hat, welche Wichtigkeit im Haushalt der einzelnen Familien die Ausgaben für Fleisch, Fische, Kartoffeln, Grünwaren, Eier, Milch haben, wird man in der Lage sein, die Bedeutung der Teuerungsfrage für die Bevölkerung und unter diesen namentlich für die minderbemittelten Kreise zu beurteilen. Dazu sollte in vorstehenden Ausführungen der Weg gewiesen werden.



## G. DELORY, MITGLIED DES FRANZÖSISCHEN PARLAMENTS UND EHEMALS OBERBÜRGERMEISTER VON LILLE: LEISTUNGEN EINER SOZIALISTISCHEN GEMEINDEVERWALTUNG.

**D**IE französische Regierung hat vor kurzem einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der den Städten erweiterte Rechte zur Übernahme öffentlicher Dienste in eigene Verwaltung verleiht. Man denkt dabei besonders an die Errichtung einer städtischen Bäckerei und Schlächtereie, um derart einen gewissen regelnden Einfluß auf die Preise des Privatgewerbes zu gewinnen und die Lebensmittelteuerung zu mildern. Dieser Entwurf wird freilich nur eine juristische Handhabe bieten und die tatsächliche Entwicklung von Initiative und Gesinnung der einzelnen Stadtverwaltungen abhängen. So erklärt es sich, daß man in Frankreich neue Aufmerksamkeit jener einzigen Periode zuwendet, während deren eine französische Großstadt von einem sozialistischen Gemeinderat (an dessen Spitze zu stehen mir vergönnt war) verwaltet wurde. Lille, die Hauptstadt von Nordfrankreich und wohl die gewerblich aktivste Provinzstadt Frankreichs, hatte vom Jahre 1896 bis 1904 einen sozialistischen Gemeinderat, und sollen im nachstehenden dessen wesentliche Betätigungen angedeutet werden.

Eine eigentlich munizipalsozialistische Politik zu treiben, beabsichtigten wir nicht. Es liegt nicht im Wesen der Gemeindesphäre, die großen Fragen über individuelles oder soziales Eigentum zu lösen oder auch nur zu modifizieren. Unser einziges Bestreben war es daher, der Stadt eine gute Verwaltung zu geben, und nur von diesem Standpunkte aus, nicht um irgend welcher theoretischen Gesichtspunkte willen, sind wir an gewisse Verstädtlichungsprobleme herangetreten. Infolge des geringen Grades der französischen Gemeindeautonomie war ihre Lösung damals allerdings noch schwieriger, als sie es auf Grund des neuen Gesetzes sein würde.

Als wir im Jahre 1896 die Stadtverwaltung in Händen hatten, richteten wir unser Augenmerk zunächst auf gewisse Reformen im städtischen Budget,



die als Grundlage für alle weiter ausgreifende Tätigkeit notwendig waren. Durch Beseitigung gewisser zweckloser, hochbezahlter Beamtenstellen, durch Vereinfachung des bürokratischen Betriebes gelang es uns, wesentliche Ersparnisse zu erzielen — und wenngleich wir manchen subalternen Beamtenkategorien die dringend notwendige Erhöhung der Bezüge nicht versagen konnten — das Defizit im Stadtbudget, das unsere Vorgänger hinterlassen hatten, bald zu beseitigen.

Die erste bedeutende Reform, die wir nun in Angriff nahmen, betraf die städtische Kanalisation. Dieselbe war überaus mangelhaft, und zugleich bildete die Durchlässigkeit des Terrains, auf dem Lille gebaut ist, ein weiteres ungünstiges Moment; es kam häufig vor, daß die Kloaken in die Brunnen austraten, und eine ständige Typhusgefahr für die Bevölkerung war die Folge. Der sozialistische Gemeinderat führte vor allem eine bessere Reinigung der Kanäle durch und ließ auch neue Kanäle anlegen. Weitergehende Projekte über städtische Verwertung aller Abfallsprodukte und eine Umorganisation des ganzen Kanalwesens scheiterten am Widerstande der Staatsverwaltung, die ihre Macht gegenüber der frei gewählten Gemeindeverwaltung zur Lahmlegung unserer Tätigkeit mißbrauchte. Dagegen war es uns möglich, ein Sanitätsamt zu errichten, das die systematische Desinfektion von Wohnungen, in denen ansteckend Kranke gelebt hatten, übernahm und nach englischem Muster ein Buch über den Gesundheitszustand aller Häuser der Stadt anlegte. Dieses diente sowohl der wissenschaftlichen Forschung auf epidemischem Gebiet und indirekt der praktischen Bekämpfung der Ansteckungsgefahren durch Gemeindeorgane als auch schließlich einer entsprechenden Einflußnahme auf das mietende Publikum, das nicht mehr blindlings in verseuchten Häusern Aufenthalt nahm.

Große Summen verwendeten wir auf die Errichtung einer Heilstätte für Lungenkranke und eines Pasteurinstitutes. Ebenso wurde viel Wert auf die Schaffung von Schulküchen gelegt, die den bedürftigen Kindern unentgeltliche Mahlzeiten verabreichten; auch sorgten wir für Bekleidung der unbemittelten Schuljugend durch die Gemeinde. Wie in ganz Frankreich üblich, obliegt diese Hilfstätigkeit allgemeinen Schulkassen, die überwiegend aus Gemeindemitteln erhalten werden. Die betreffende Subvention, die bei unserem Amtsantritt 70 000 Franken betrug, erhöhten wir auf 250 000 und konnten so im Jahre 1903 40 000 Kleider verteilen und 1 200 000 Mahlzeiten 6600 Volksschülern verabreichen.

Mit Rücksicht auf die Fabrikarbeit so vieler verheirateten Frauen in unserer Industriegegend begründeten wir eine Kinderbewahranstalt. Wir setzten ferner Summen aus, um kranke, speziell skrofulöse Kinder auf städtische Kosten in Heilanstalten zu bringen und erhöhten das Budget der Armenpflege auf 120 000 Franken pro Jahr, wofür Volksküchen errichtet wurden. (Für 4 Pfennige wurde Suppe, für 8 Pfennige ein Gemüsegericht, für 12 Pfennige eine Fleischspeise gereicht.) Ferner ließen wir an besonders bedürftige Familien Brot in den Wohnungen austeilten. In einem großen Nachtsyl, das wir errichteten, konnten Obdachlose sich reinigen, schlafen, Suppe und Brot erhalten. Ferner richteten wir eine Reihe von Wärmestuben für die arbeitende Bevölkerung ein. Den der Arbeiterklasse angehörenden Wöchnerinnen wendeten wir Unterstützungen zu und subventionierten die Mutterschaftsversicherungskasse.

Des ferneren subventionierten wir eine Reihe von wohltätigen Gesellschaften, welche die Unterstützung von Kranken und Genesenden sich zur



Aufgabe gestellt hatten, sowie auch solche Gesellschaften, die unbemittelten Kranken unentgeltlich frische Wäsche leihen. Den Greisen im Armenhause vermittelten wir bessere Wohnungsverhältnisse, bessere Kleidung und Verköstigung, sowie die Vergünstigung täglichen Ausgangs und für einen jeden ein eigenes Taschengeld; freilich konnten bloß 40 Pfennige pro Mann und Monat bereitgestellt werden. Im übrigen erhöhten wir die Aufwendungen zugunsten unserer Armen außerhalb des Armenhauses auf 60 000 Franken und gaben 320 000 Franken für die Errichtung einer Anstalt für unheilbare Kranke aus. Die nachstehende Tabelle wird am besten zeigen, in welcher Weise wir die Aufwendungen für wohltätige Zwecke vom Jahre 1896, in dem wir die Gemeindeverwaltung übernahmen, bis zum Jahre 1904, in dem wir sie wieder abgaben, vornahmen.

Anstalten und Zwecke	Angewiesene Summen (Franken)	
	i. J. 1896.	i. J. 1904.
Schulkassen .....	70 000	254 084
Kinderbewahranstalt .....	—	13 000
Wohltätigkeitsvereine .....	280 000	400 000
Verteilung von Brot in den Wohnungen Armer	—	12 000
Aufwendung für Unterstützung		
von Blinden und Gebrechlichen .....	6 000	6 000
von Wöchnerinnen .....	6 000	3 000
von minderjährigen Kindern .....	3 000	4 000
von Greisen, die noch nicht im Hospital Aufnahme fanden .....	—	60 000
von Genesenden .....	—	6 000
von ausgesetzten Kindern .....	18 000	19 000
von mittellosen Geisteskranken .....	60 000	60 000
von Taubstummen .....	15 000	14 000
Subvention der Mutterschaftsversicherungskasse.	250	10 000
Aufwendung für Arbeitsunfähige .....	1 000	3 000
für leihweise Überlassung von Wäsche an arme Kranke .....	500	1 000
Subvention an den Musikerverband .....	—	1 000
Subvention an den Malerverband .....	—	1 000
Subvention für wechselseitige Unterstützungsvereine .....	—	2 000
Aufwendung für Unterbringung von kranken Kindern in Sanatorien .....	—	20 000
für Volksküchen .....	—	26 000
Zuschuß zur Stiftung von Boucher-de-Perthes ..	—	3 000
Pensionen .....	4 385	12 000
Summa	464 135	940 084

Im ganzen also wurde das Jahresbudget der Stadt Lille für wohltätige Zwecke um 475 000 Franks erhöht.

Auch außerhalb der eigentlichen Wohltätigkeitspflege suchten wir, würdigen Personen zu Hilfe zu kommen, so durch Einrichtung einer Kasse für arme Studenten. Diese wurde zur Verfügung des Rektors der Universität gestellt, damit er aus ihr die entsprechenden Summen zur Bestreitung der Immatrikulationsbeiträge unbemittelter Studenten entnehme. Die Rückzahlung der Summen hat nur zu erfolgen, wenn der betreffende Student in auskömmliche Lebensstellung gelangt. Um die Eheschließungen in der Arbeiterbevölkerung zu erleichtern, ward ferner eine Kasse angelegt, aus der unbemittelten Brautpaaren Darlehen zur Errichtung eines Hausstandes gewährt werden. Auch die Volksbildungs- und Volksunterhaltungsbestrebungen unterstützten wir. Wir subventionierten eine Reihe von musikalischen

Vereinen behufs Veranstaltung von Volkskonzerten in den einzelnen Stadtvierteln. Andererseits erneuerten wir die Konzession der Rennbahngesellschaft unter der Bedingung, daß sie die Hälfte ihrer Rasenplätze dem Publikum zum unentgeltlichen Eintritt öffne. Die Subvention des Theaters wurde durch uns erhöht, doch mußte die Direktion in einen Vertrag willigen, demzufolge allabendlich 200 Galerieplätze unentgeltlich zur Verfügung der Bevölkerung gestellt werden und dem Publikum auch sonst gewisse Vorteile zufallen. Gewiß wollen wir nicht in Abrede stellen, daß diese letzteren Momente keine große Tragweite besitzen, aber sie haben doch viel augenblickliche Freude bereitet, und es gereicht uns zur wahren Genugtuung, daß der konservative Gemeinderat, der an unsere Stelle trat, die meisten unserer Einrichtungen, von denen das Volk nicht mehr lassen wollte, nicht anzutasten wagte.

Großzügige Verstadtlichungsunternehmungen waren uns, wie bereits erwähnt, durch das Veto der Staatsregierung versperrt. Wir würden sonst diesen Weg eingeschlagen haben, nicht etwa — nochmals sei es bemerkt — aus Gründen sozialistischer Theorie, sondern um die öffentlichen Dienste zu verbessern und der Stadt neue Einnahmequellen zu erschließen, welche die Erweiterung ihrer menschenfreundlichen Unternehmungen ermöglicht hätten.

Sollten wir heute unter den günstigeren Bedingungen und Freiheiten, die das neue Gesetz verleihen will, wieder die Mehrheit in der Stadtverwaltung erlangen, so würden wir gerade diesem Punkte unseres Programms wesentlichste Aufmerksamkeit schenken. Wir sind überzeugt, daß auf diese Weise gewisse Auswüchse der Lebensmittelteuerung eingedämmt werden könnten.

Die Bevölkerung von Lille, die mich in jeder Legislaturperiode ins Parlament entsandte, ist auch heute noch in ihrer Mehrheit sozialistisch, und nur ungünstige lokale Momente haben uns in der letzten Wahlperiode die Mehrheit im Gemeinderat genommen. Wenn wir wiederkehren, wollen wir die von uns begonnenen hygienischen und caritativen Vorkehrungen erweitern und über sie hinaus eine bewußte Politik der Gemeindeinitiative für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse durch städtischen Häuserbau und für Ausgabe billiger Nahrungsmittel in städtischen Bäckereien und Fleischereien durchführen.



## DR. RENÉ M. DELANNOY, WIEN: DIE WIENER AKTIEN-GROSSSCHLÄCHTEREI. \*)



IE Bestrebungen des Gemeinderates der Stadt Wien, die Bewilligung für die Einfuhr überseeischen Fleisches von der österreichischen Regierung zu erhalten und so die Zufuhr von Vieh und Fleisch auf den Wiener Markt zu vermehren und dadurch dem Steigen der Vieh- bzw. Fleischpreise entgegenzuwirken, reichen schon weit zurück. Auf das in der Sitzung vom 22. Januar

\*) Für Leser, die mit der Verfassung Wiens nicht vertraut sind, sei folgendes bemerkt: Die Bevölkerung Wiens wählt in 4 Kurien 164 Vertreter, „Gemeinderäte“. Diese bilden die Gemeindevertretung, „Gemeinderat“. Zur Durchführung und Entscheidung laufender und minder wichtiger, sowie zur Vorberatung und Vorbereitung

1904 beschlossene Memorandum hin versagte die Regierung die Einfuhrbewilligung „aus Gründen der Veterinär- und Sanitätspolitik“. Die Einführung von Großschlächtereien sei aber, so riet die Regierung der Gemeindevertretung, ein geeignetes Mittel zur Verbilligung der Fleischnahrung.

Daraufhin beschloß der Gemeinderat in den Sitzungen vom 5. Februar und 24. Juni 1904 die Errichtung einer städtischen Übernahmestelle für Vieh und Fleisch und einer städtischen Großschlächtereier. Die städtische Übernahmestelle wurde als Informationsstelle und als handelsrechtlicher Kommissionär für Vieh- und Fleischkäufer unter der handelsgerichtlich protokollierten Firma „Gemeinde Wien — städtische Übernahmestelle für Vieh und Fleisch“ errichtet und eröffnete ihren Betrieb am 1. Juni 1905.

Die Großschlächtereier hat — im Gegensatze zur Übernahmestelle — die Aufgabe, für sich selbst, nicht für fremde Rechnung, Schlachtvieh zu kaufen, zu schlachten und die Produkte: Fleisch für den Konsum und Nebenprodukte, zu verkaufen. Es war zunächst geplant, diese Großschlächtereier als Gemeindeunternehmung in eigener Regie zu gründen und zu führen — nur über die Verwertung der Nebenprodukte sollten mit bestehenden Unternehmungen Abkommen geschlossen werden — und im wesentlichen nur den Großverkauf an Detailhändler zuzulassen.

In dieser Form wurde aber der Gedanke nicht ausgeführt. Es erschien zweckdienlicher, ein eigenes Institut, für das aber die Beschränkung auf den Engrosverkauf fallengelassen wurde, in Form einer Aktiengesellschaft zu schaffen und der Gemeinde Wien nur die Stellung eines statutarisch mit verschiedenen Rechten und Garantien ausgerüsteten Großaktionärs zuzuweisen. Die Aktiengesellschaft sollte aus der Gemeinde Wien, der Vermögensverwaltung des Erzherzogs Josef, der K. K. privilegierten österreichischen Länderbank in Wien und der Aktiengesellschaft für chemische Industrie in Wien gebildet werden. Am 17. Dezember 1904 und am 11. Januar 1905 wurden in zwei Protokollen zwischen den Beteiligten folgende wesentliche Vereinbarungen getroffen:

Die zu gründende Gesellschaft verpflichtet sich, als Minimalzahl im ersten Jahre 10 000, im zweiten Jahre 15 000, im dritten Jahre 25 000, im vierten Jahre 35 000 und vom fünften Jahre angefangen 50 000 Stück Rinder zu schlachten.

Die Verwertung der bei der Schlachtung gewonnenen Nebenprodukte soll seitens der Gesellschaft durch ein Übereinkommen mit den zur Verwertung solcher Produkte bestehenden Unternehmungen erfolgen, wobei Wiener Firmen zu bevorzugen sind; die Gesellschaft nimmt jedoch in Aussicht, zur gegebenen Zeit eine eigene Margarine-, eventuell auch eine Lederfabrik im Wiener Gemeindegebiete zu errichten.

Die Gesellschaft hat sich die Lieferung des Schlachtviehes möglichst durch direkte Verträge mit den Mästern, ländlichen Viehver-

---

aller Angelegenheiten wählt der Gemeinderat aus seiner Mitte 27 „Stadträte“, die mit dem Oberhaupt der Stadt und seinen Stellvertretern, dem „Bürgermeister“ und dem I., II. und III. „Vizebürgermeister“, den „Stadtrat“ bilden. Als Beamtenkörper untersteht der Gemeindevertretung der „Magistrat“, dessen höchster Beamter der „Magistratsdirektor“ ist. Außerdem unterstehen der Gemeinde noch eine Reihe von Unternehmungen, die eigene Beamtenkörper haben.



wertungsgenossenschaften unter Ausschluß des Zwischenhandels zu sichern und insbesondere auch solche Mäster heranzuziehen, welche bisher den Wiener Markt nicht beschickt haben.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, auf Verlangen der Gemeinde in einzelnen Bezirken Stände für den Detailverkauf von Fleisch zu errichten. Die Gemeinde verpflichtet sich, im Falle einer solchen Aufforderung der Gesellschaft die zur Errichtung solcher Stände erforderlichen Plätze gegen den üblichen Zins zu überlassen.

Die Gesellschaft verpflichtet sich dagegen, in diesen Ständen das Fleisch zum Selbstkostenpreise mit einem Regiezuschlag von höchstens 5 % zu verkaufen; jedenfalls aber muß der Verkaufspreis in diesen Ständen niedriger sein, als der für jeden einzelnen Bezirk ermittelte Verkaufspreis in den Ständen und Bänken der Fleischhauer in dem jeweils vorangegangenen Monate.

Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, der Aktiengesellschaft in den Schlachthäusern der Gemeinde die zum Betriebe der Großschlächtereie notwendigen Schlachträume und Kühlräume samt den erforderlichen Nebenräumen, — nämlich Stallungen und Futterräume — insoweit solche Lokalitäten vorhanden sind, gegen Entrichtung der jeweils festgesetzten Gebühren, zur Verfügung zu stellen.

Für andere Lokalitäten, wie Komtoire usw., welche von der Gemeinde Wien, soweit solche vorhanden sind, beigestellt werden, hat die Aktiengesellschaft eine zu vereinbarende Miete an die Gemeinde zu entrichten.

Die sonst erforderlichen Baulichkeiten und Einrichtungen, soweit dieselben nicht schon vorhanden sind, hat die Aktiengesellschaft auf eigene Kosten unter besonderer Berücksichtigung der heimischen Industrie vorzusehen.

Die Gemeinde verpflichtet sich wenigstens 75 % des Bedarfes an Fleisch für die in oder nächst Wien befindlichen Gemeindeanstalten, bei entsprechender Qualität und entsprechenden Preisen von der Aktiengesellschaft zu beziehen und ihren Einfluß aufzubieten, daß dieser ein gleicher Prozentsatz von den Lieferungen des für die n.-ö. Landesanstalten benötigten Fleisches zuteil wird.

Dabei ist jedoch die Aktiengesellschaft angehalten, bei rechtzeitiger Anzeige auch den ganzen Bedarf an Fleisch für die Anstalten der Stadt und des Landes zu decken.

Die Aktiengesellschaft verpflichtet sich, mindestens ein Drittel der Mitglieder ihres Vorstandes, unter allen Umständen aber nicht weniger als drei Mitglieder, mit jenen Personen zu besetzen, welche hierzu von der Gemeinde delegiert werden.

Während der Dauer des Betriebes wird die Gemeinde mit keinem anderen Konkurrenzunternehmen einen ähnlichen Vertrag abschließen.

Selbstverständlich kann die Gemeinde durch diesen Vertrag in der Erfüllung der ihr überhaupt und insbesondere hinsichtlich der Obsorge für die Approvisionierung Wiens obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen nicht behindert werden.

Diese Vereinbarungen wurden durch den Gemeinderatsbeschluß vom 24. Januar 1905 genehmigt und Bürgermeister und Stadtrat zur Durchführung der weiteren Arbeiten ermächtigt. Der daraufhin ausgearbeitete Entwurf der Satzungen wurde mit Gemeinderatsbeschluß

vom 28. Februar 1905 vom Gemeinderate und am 5. Mai 1905 vom Ministerium des Innern genehmigt. Der wesentliche Inhalt der Satzungen ist folgender:

Den Zweck der Gesellschaft, deren Sitz Wien ist, bildet der Großbetrieb der Fleischapprovisionnement im allgemeinen und insbesondere für die Einwohner der Stadt Wien und Umgebung.

Die Gesellschaft hat zur Erreichung dieses Zweckes innerhalb ihres Wirkungskreises bei Ausübung des Geschäftsbetriebes die tunlichste Förderung der inländischen Viehzucht und des Absatzes ihrer Produkte anzustreben.

Ebenso hat die Gesellschaft die Fleischapprovisionnement der Konsumplätze, auf welchen sie Großschlächtereien errichtet, tunlichst zu fördern.

Die Gesellschaft ist zur Erreichung dieses Zweckes berechtigt:

- a) Großschlächtereien in Wien und an anderen Plätzen des Inlandes zu errichten und zu betreiben;
- b) für eigene und für fremde Rechnung lebendes Vieh anzukaufen und entweder im lebenden Zustande oder nach erfolgter Schlachtung en gros und en detail zu verkaufen;
- c) den Handel mit Fleisch und mit Fett sowie mit sonstigen Schlachtungs-Nebenprodukten für eigene und für fremde Rechnung zu betreiben;
- d) zur Verwertung eigener oder fremder Schlachtungs-Nebenprodukte Fabriksanlagen aller Art, insbesondere Margarine- und Lederfabriken zu errichten und zu betreiben;
- e) alle jene Geschäfte zu betreiben, welche mit den in a bis d angeführten Gegenständen im Zusammenhange stehen.

Die Gesellschaft ist auch berechtigt, an anderen Orten des Inlandes Zweigniederlassungen und Einkaufs- sowie Verkaufsstellen zu errichten.

Das Gesellschaftskapital beträgt K. 5 000 000,—, zerlegt in 25 000 Stück bar und voll eingezahlte, auf den Überbringer lautende Aktien à K 200,—.

Dieses Kapital kann nach Bedarf auf K 10 000 000,— ohne staatliche Genehmigung, über diesen Betrag hinaus aber nur mit staatlicher Genehmigung erhöht werden \*).

Der Gemeinde Wien stehen ohne Rücksicht auf ihren Aktienbesitz insbesondere folgende Sonderrechte zu:

a) Das Recht, nach Ablauf von 25 Jahren nach dem Inslebentreten der Gesellschaft zu begehren, daß die Gesellschaft den Betrieb der Großschlächtereier, des Handels mit Vieh, Fleisch- und Nebenprodukten in Wien aufgabe, sowie alle alsdann vorhandenen Baulichkeiten, Herstellungen und Einrichtungen, soweit dieselben unmittelbar dem Betriebe der Großschlächtereier in Wien dienen — ausschließlich jedoch aller Vorräte und sonstigen Bestände, Außenstände und Schulden — unentgeltlich, indessen nicht auf der Gesellschaft Kosten, in das Eigentum der Gemeinde Wien übertrage.

b) Das Recht, auch schon nach Ablauf von 15 Jahren nach dem Inslebentreten der Gesellschaft zu begehren, daß die Gesellschaft das

---

\*) Hier möge bemerkt werden, daß bis jetzt keine Kapitalserhöhung beschlossen wurde.



Unternehmen der Großschlächtereie in Wien aufgegeben, in welchem Falle aber die Gemeinde Wien verpflichtet sein wird, der Gesellschaft die Baulichkeiten, Herstellungen und Einrichtungen gegen Barzahlung einzulösen.

Dieses Begehren muß jedoch von der Gemeinde Wien ein halbes Jahr vor Ablauf der obigen Frist gestellt werden.

c) Für die ganze Dauer des Bestandes der Gesellschaft dürfen Großschlächtereien außerhalb Wiens in Niederösterreich nur mit Zustimmung der Gemeinde Wien errichtet werden.

d) Eine Vorzugsbeteiligung — unbeschadet der, der Gemeinde Wien als Aktionär zustehenden Ansprüche — von 25 % des Überschusses vom Reingewinne, welcher sich über eine 5 %ige Dividende hinaus ergeben wird.

e) Das Recht, jederzeit durch den Ober-Stadtbuchhalter\*) oder durch dessen, vom Bürgermeister bestimmten Stellvertreter, Einsicht in die Bücher der Gesellschaft zu nehmen und die Rohbilanz zu überprüfen.

f) Das Recht, jeweilig in dem Verwaltungsrate der Gesellschaft mindestens ein Drittel, unter allen Umständen aber nicht weniger als drei Stellen mit den von der Gemeinde Wien delegierten Personen zu besetzen.

g) Wesentliche Änderungen oder solche Änderungen dieser Statuten, welche die Rechte der Gemeinde Wien berühren, können gültig nur zustande kommen, wenn die Gemeinde hiergegen in der Generalversammlung kein Veto erhoben hat.

Eine außerordentliche Generalversammlung wird auf Begehren der Gemeinde Wien oder auf Beschluß des Verwaltungsrates oder des Aufsichtsrates einberufen.

Am Ende eines jeden Geschäftsjahres wird nach Vorschrift der Gesetze und nach kaufmännischen Grundsätzen ein Rechnungsabschluß aufgestellt, welcher aus der Betriebsrechnung (Gewinn- und Verlustkonto) und der Bilanz zu bestehen hat.

Die Idee der Großschlächtereie hatte von vornherein alle Bedenken der Mittelstandspolitik gegen Großbetriebe, die einer kommunalen oder in irgend einer Form von der Gemeinde subventionierten Großschlächtereie überdies alle ökonomischen, sozialen und politischen Erwägungen wachgerufen, die gegen den Kommunalsozialismus im allgemeinen und den auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung im besonderen erhoben zu werden pflegen. Das Ergebnis der Gebarung des seit 8. Mai 1905 eröffneten Betriebes ist allerdings nicht geeignet, alle Befürchtungen zu zerstreuen und alle Hoffnungen zu erfüllen, die man in Wien diesem Versuche entgegengebracht hat.

Die Weiterentwicklung der Großschlächtereie war folgende: Am 5. August 1905 forderte der Stadtrat die Gesellschaft auf, in den einzelnen Bezirken, insbesondere im X., XVI. und XX. Bezirk — den größten Proletariervierteln Wiens — Detailstände zu errichten. Am 17. August wurde in jedem der genannten Bezirke der Standplatz für je einen Detailstand gegen den üblichen Pachtzins für die Grundbe-

---

\*) Der Titel dieses Chefs der städtischen Rechnungskontrolle wurde seither in „Direktor der Stadtbuchhaltung“ umgeändert.



nutzung bestimmt; die Stände wurden am 24. August, 26. August und 8. September 1905 eröffnet. Am 7. Dezember 1905 ersuchte der Stadtrat die Gesellschaft, im II., III., V. und XIV. Bezirk Stände zu errichten. Die Stände im II. und V. Bezirk wurden am 23. und 28. Dezember errichtet, so daß am Ende des Kalenderjahres 1905 die Großschlächtereier fünf Detailstände hatte. Am 5. Oktober 1906 forderte der Gemeinderat die Gesellschaft auf, auch in den andern Bezirken ehestens solche Stände zu errichten, eventuell Geschäftsläden zum kommissionsweisen Verkauf von Fleisch aus der Großschlächtereier zu eröffnen oder zu übernehmen. Am 1. Juli 1907 hielt die Gesellschaft ihre erste Generalversammlung ab über das 1. Geschäftsjahr, das vom 9. Mai 1905 bis 31. Dezember 1906 reichte. In dieser Zeit hat die Großschlächtereier 30 827 Ochsen geschlachtet, 3731 Ztr. Kalb-, 2630 Ztr. Schweine- und 265 Ztr. Schafffleisch verkauft. In den neun Fleischverkaufständen wurden 12 557 Ztr. Rind-, 1717 Ztr. Kalb-, 1779 Ztr. Schweine- und 175 Ztr. Schafffleisch umgesetzt. Das Geschäftsjahr schloß mit einem Verluste von 744 419 K 12 h einschließlich der Gründungskosten. Der Geschäftsbericht gibt anfängliche Mißgriffe und Fehler zu, sieht den Hauptgrund aber darin, daß die Gesellschaft zwar von den Fleischhauern angefeindet wurde, selber aber in der Hoffnung, doch nicht zum Konkurrenzkampf gezwungen zu werden und auf eine Besinnung der Gegner rechnend, vieles unterlassen habe, was zwar dem Erwerbsinteresse dienlich gewesen wäre, den Gegensatz aber noch verschärft hätte. Diese Zurückhaltung sei nun als nutzlos erkannt worden und würde aufgegeben werden. Ein zweiter Grund sei die vom Beginn des Betriebes an bis in die zweite Hälfte des Jahres 1906 reichende ungünstige Marktlage und die im Herbst 1906 außerordentlich hohen Viehpreise, insbesondere die durch die Sperrung der serbischen Grenze herbeigeführte enorme Verteuerung des Weideviehs. Daß trotz der späteren Verbilligung des Viehs die Preise der Großschlächtereier nicht erniedrigt worden seien, habe darin seinen Grund, daß der große Betriebsapparat geführt werden mußte, ohne daß, aus Rücksicht auf die gegnerischen Fleischhauer, die Geschäftstätigkeit ausgedehnt werden konnte. Am 22. XI. 1907 erstattete der Magistrat der Stadt Wien einen Bericht über die Verschiedenheit der Preisbildung in den Bänken der Fleischhauer und den Ständen der Großschlächtereier, der folgendes hervorhebt. Die Detailpreise der Großschlächtereier sind den Viehpreisen in ihren Schwankungen gefolgt. Diese stiegen am Zentralviehmarkte vom Jahre 1905 an allmählich an, erreichten im Oktober 1906 einen Kulminationspunkt (99,40 K, 88,55 K, 75,03 K pro Meterzentner in den drei Qualitäten), schwankten dann auf und ab und sanken im April 1907 auf 85,95 K, 75,70 K und 66,10 K, blieben so bis Juli 1907 und stiegen dann auf 92,76 K, 81,23 K und 71,48 K. Von da ab tritt nach einigen Schwankungen fallende Tendenz ein; am 18. November waren die Preise 85,72 K, 75,14 K und 64,70 K. Die Fleischpreise der Großschlächtereier gingen dieser Bewegung parallel: das vordere Rindfleisch kostete per kg VIII. 1905: 1,30 K, X. 1906: 1,40 K, IV. 1907: 1,35 K, VI. 1907: 1,30 K, VII. 1907: 1,40 K, XI. 1907: 1,35 K. Die Preise des hinteren Rindfleisches waren VIII. 1905: 1,50 K, X. 1906: 1,65 K, I. 1907: 1,60 K, IV. 1907: 1,55 K, VI. 1907: 1,50 K, VII. 1907: 1,55 K, XI. 1907: 1,50 K. Auch die Engrospreise in der Großmarkthalle, aus

der sich sehr viele Fleischhauer für den Detailverkauf versorgen, machten die sinkende Tendenz mit. Von den Fleischverkaufsstellen jedoch, die unmittelbar dem Konsumenten die Preise stellen, haben kaum 6 % die Detailpreise ermäßigt. Unbedingt hat also die Preisbildung der Großschlächtereien das Publikum mehr begünstigt als die der Fleischhauer. Der Stadtrat ersuchte auch am 17. Dezember 1907 die Gesellschaft um Errichtung weiterer acht Stände, und zwar je einen im II., III., IX., XI., XII., XVI., XVII. und XXI. Bezirk. Mit Ausnahme des Standes im XI. Bezirk wurden auch alle gewünschten Stände errichtet. Die Gesellschaft hatte also Ende 1908: 16 Detailverkaufsstände auf Straßen und Märkten. — In der Gemeinderatssitzung vom 10. April 1908 wurde ein Magistratsbericht über den Fleischkonsum der Bevölkerung von Wien verlesen. In den Jahren 1905—1907 betrug im Gebiet der Bezirke I bis XX (also ohne den am linken Donauufer außerhalb der Verzehrungssteuergrenze gelegenen XXI. Bezirk) der

Gesamtkonsum von	1905	1906	1907
	kg	kg	kg
Rind- und Schafffleisch	69 297 868	69 196 377	65 640 031
Schweine- u. Kalbfleisch	55 786 466	56 162 218	64 722 116
Konsum pro Kopf u. Jahr			
Rind- und Schafffleisch	37 388	36 854	34 006
Schweine- u. Kalbfleisch	30 097	29 692	33 531

Die Zufuhr von Fleisch hat sich von 16 288 031 kg im Jahre 1906 sprunghaft auf 19 238 083 kg im Jahre 1907 erhöht. Der Rückgang des Fleischkonsums 1906 ist auf die rapide Steigerung der Vieh- und Fleischpreise zurückzuführen; diese Einschränkung des Rindfleischgenusses hat dann aber so feste Wurzel gefaßt, daß trotz Preisnachlasses der Konsum sich nicht wieder zu dem Rindfleisch zurück, sondern dem Schweinefleisch zuwandte. Dieses, in bedeutenden Mengen auf den Markt geworfen, zeigte aber auch eine unverhältnismäßig stärkere Verbilligung. — Am 24. April 1908 hielt die Großschlächtereien ihre zweite Generalversammlung über das (2.) Geschäftsjahr 1907 ab. Das Fazit war ein neuerlicher Verlust von 252 112 K 65 h bei einer Verkaufsziffer von 17 362 Ochsen. Die Gebundenheit der Politik der Großschlächtereien an das Werben um verständnisvolle Gunst der Fleischhauer wirkte eben auch noch in das 2. Geschäftsjahr hinüber, aber die Politik der freien Hand und Vermeidungen einiger Fehler hatten doch das Defizit etwas verringert.

Der Fleischkonsum in den Jahren 1908 und 1909 war insgesamt

	1908	1909
für Rind- und Schafffleisch .....	68 466 736	71 157 007
für Schweine- und Kalbfleisch .....	68 006 696	67 810 506
pro Kopf und Jahr:		
für Rind- und Schafffleisch .....	34 758	35 449
für Schweine- und Kalbfleisch .....	34 526	33 784

Es stieg also der Rindfleischkonsum neuerlich; symmetrisch dazu sank der Schweinefleischkonsum. Der Mehrkonsum des Jahres 1909 ist der größeren Zufuhr an Lebendvieh zuzuschreiben. Diese betrug an Rindern im Jahrviert 1906—1909: 221 867, 208 544, 215 055 und 234 054 Stück.



Der Einkauf von Vieh hatte sich für die Großschlächtereier im Verlaufe des Jahres 1908 wesentlich günstiger gestaltet, so daß trotz der verhältnismäßig niedrigen Fleischkleinpreise das Unternehmen prosperieren konnte. Der Umsatz in Wien steigerte sich, es wurde Fleisch auswärtiger Provenienz herbeigezogen, ja, es wurde sogar in österreichische Winter- und Sommerkurorte und selbst ins Ausland exportiert. Schon während der Handelsvertragsverhandlungen mit Serbien hatte das Unternehmen Beziehungen mit serbischen Viehhandelsfirmen angeknüpft. Sobald daher der Vertrag in Kraft trat, konnte mit dem Import begonnen werden. Das serbische Rind entspricht aber in seiner Qualität nicht ganz den Ansprüchen des Wiener Geschmacks: so wurde das Einfuhrkontingent nicht annähernd erreicht. Was aber an serbischen Rindern importiert wurde, das wurde zum größten Teil durch die Großschlächtereier eingeführt. Viel lebhafter jedoch war der Import von Fettschweinen. Gerade dieser Fettschweinimport veranlaßte die Unternehmung, ihr statutarisches Recht auf Verwertung der Nebenprodukte nun auszunützen, indem sie von der registrierten Genossenschaft mit beschränkter Haftung „Schweinefettwerke der Wiener Fleischselcher“ eine Fabriksrealität mietete und das Schweinefett- und Speckgeschäft übernahm. Damit gleichzeitig begann auch, allerdings in kleinerem Maßstabe, die Erzeugung von Wurstkonserven. So ergab denn der Gesamtumsatz pro 1908 eine Höhe von 12 000 000 K, und der Generalversammlung vom 16. April 1909 konnte zum ersten Male von einem Gewinn von 52 332 K 79 h berichtet werden. — Auf diese günstigere Wendung hin wurden auf Verlangen der Gemeinde noch weitere vier Detailverkaufsstände, und zwar im XIII., XIV., XVII. und XX. Bezirk eröffnet. Das Jahr 1909 schloß also mit 20 Detailständen in den 21 Bezirken ab. Die günstigere Wendung hielt aber nicht an. Es kamen die mit der Annexion Bosniens zusammenhängenden politischen Spannungen mit Serbien, die den Import beeinträchtigten, es kam der vertragslose Zustand mit Serbien, der dem Import ein Ende machte. Die letzten Jahre waren futterarme gewesen: dieser Futtermangel zwang ausgedehnte Gebiete zu forcierten Schlachtungen und zu starkem Viehexport; hatte der letztere 1907 nur 91 000 Rinder betragen, so schnellte diese Zahl für 1908 auf 210 000 hinauf. Die Maul- und Klauenseuche überfiel den Viehstand. Die Unterbindung der Fettschweineinfuhr rief geradezu eine Fettnot hervor. Die Gesellschaft hatte immer höhere Einkaufspreise zu zahlen. Mit allen Kräften aber suchte sie die Verkaufspreise niedrig zu erhalten. Der Gesamtumsatz war zwar auf 16 500 000 K gestiegen, aber die Generalversammlung vom 8. Juli 1910 mußte doch einen Verlust von 315 940 K 14 h zur Kenntnis nehmen. Nun begann auch der Kampf um die Fleischeinfuhr aus Argentinien. Einzelne Einfuhrkontingente wurden von der Regierung bewilligt: am 6. Oktober 1910: 25 t, am 16. Oktober 650—800 t, am 22. November 800 t. Der Import erfolgte durch die Schiffahrtsgesellschaft Austro-Americana; mit dieser hielt die Großschlächtereier am 20. September informative Besprechungen ab, auf Grund deren am 30. September der Gemeinderat beschloß, die Großschlächtereier aufzufordern, die zur Durchführung dieses Importes nötigen Maßnahmen zu treffen. Tatsächlich erfolgte der Verkauf des importierten Fleisches zum großen Teil durch die Großschlächtereier. Die weiteren Mißgeschicke der Einfuhr aus



Argentinien sind zu bekannt, um hier wiederholt zu werden. Auch die Aktivierung der neuen Handelsverträge mit Serbien und Rumänien, lange verzögert, brachten keine Erleichterung: Serbien hatte sich zum Teil andere Märkte gesucht, Rumänien konnte das ihm bewilligte Kontingent nicht befriedigend aufbringen. Das Jahr 1910 brachte zwar eine gute Futterernte, aber alles konnte, wenigstens im Kalenderjahr 1910, die Gesellschaft nicht vor dem in der Generalversammlung vom 12. Juli 1911 verkündeten Verlust von 397 920 K 78 h retten.

Der Gesamtverlust aller Jahre, abzüglich des Gewinnes des einen, betrug somit am 31. Dezember 1910: 1 658 131 K 90 h. Für das Jahr 1911 wird erst Mitte 1912 ein Bericht vorliegen: doch dürften sich die Verhältnisse der Großschlächtereier einigermaßen bessern.

Dies die leidvolle Geschichte des Unternehmens. Kann man daraus Schlüsse ziehen, die auf andere Länder, andere Unternehmungen anwendbar sind? Nur sehr, sehr vorsichtig, denn

1. ist die Beobachtungszeit sehr kurz,
2. sind die lokalen Verschiedenheiten sehr groß.

Unter Beobachtung dieser Vorsichten mögen folgende Leitsätze bedacht werden:

1. Die Wirksamkeit einer Großschlächtereier kann nicht die etwa ihrer Politik entgegengesetzte Handelspolitik des Staates paralysieren. Dadurch hervorgerufene Mißerfolge dürfen weder ihr zur Last gelegt werden, noch vor einer Errichtung eines solchen Institutes im Gebiete eines, eine andere Handelspolitik treibenden Staates abhalten.

2. Die unmittelbare Verbindung der Großschlächtereierorganisation mit der Gemeinde ist nur dann für die Großschlächtereier ohne Nachteil, wenn die Gemeinde, das heißt die gewählten Gemeindevertreter eine reine Konsumentenpolitik verfolgen. Sonst könnte gewerbliche Mittelstandspolitik der städtischen Gewerbestände (Rücksichtnahme auf Fleischhauer) oder agrarische Interessenpolitik einer über das ganze Land verbreiteten Partei (Rücksicht auf Viehzüchter) die Entwicklung des Institutes hemmen.

3. Der Betrieb ist möglichst kaufmännisch, nach dem Prinzip der schnellen Entschließung unter individueller Verantwortlichkeit, zu betreiben.

4. Aus 2 und 3 folgt, daß die Errichtung einer Handelsgesellschaft sich empfiehlt, die zum Teil von der Gemeinde finanziert wird.

5. Die Gemeinde soll sich mit Garantien begnügen für

- a) Sicherung des investierten Kapitals,
- b) Wahrung der Interessen der von ihr Vertretenen gegen Auswucherung durch die Gesellschaft, und zwar bei Einkauf, Verarbeitung und Verkauf;
- c) eventuelle Rückfallsrechte.

6. Das Institut soll möglichst selbständige Existenzen von Fleischhauern schonen, d. h. sie möglichst nicht durch Konkurrenz zugrunde richten, sondern durch Übernahme ihrer Betriebe in Beamte des Instituts umwandeln.

7. Einer theoretischen Erörterung entzogen, aber von entscheidender Wichtigkeit ist es, daß die Zubereitung des Fleisches zum Verkauf, sowie die Wahl der Qualitäten dem gewohnten Geschmack des Publi-

kum entspreche: Fleisch ist eben nicht nur Nahrungs-, sondern auch Genußmittel, und vielfach zieht der Konsument selbst Fleischabstinenz dem Genuß einer ihm nicht zusagenden, selbst tadellosen Ware vor. Doch wird gerade in diesem Punkte die lokale Verschiedenheit der Verhältnisse am stärksten zu beachten sein.

8. Bei Beurteilung des Budgets hat man sich immer vor Augen zu halten, ob der Plan bei der Errichtung des Institutes war, ein auf Gewinn berechnetes Unternehmen oder eine gemeinnützige Anstalt zu schaffen. Nur im ersten Falle ist ein Verlust als schlechtes Resultat zu werten. Als gemeinnützige Anstalt, sei es caritativer, sei es preisregulierender Tendenz, muß das Unternehmen passiv sein, gerade so wie jedes Amt, das von vornherein nicht dazu da ist, Einnahmen zu erzielen.

Die beiden Grundtypen: Geschäft oder Anstalt, werden selten rein in einem konkreten Versuch verkörpert sein. Aber man muß sich von vornherein klar sein, wie weit die eine, wie weit die andere Tendenz zu gehen hat. Danach wird man die Betriebspolitik festzusetzen haben. Ist diese aber einmal festgelegt, dann vermeide man es, aus der abgelehnten Richtung Argumente herbeizuholen, um die Stabilität der Betriebspolitik zu erschüttern im Hinblick auf Ergebnisse, die nach der ursprünglichen Richtung nicht als Mißerfolge aufzufassen sind.

## CHRONIK

**N**EUER Formen der Elektrizitätswirtschaft \*): Der Gemeindesozialismus hat in unserer Wirtschaft so große Fortschritte gemacht, daß mit der Erteilung oder Verlängerung städtischer Konzessionen für öffentliche Unternehmen nicht mehr annähernd in dem Maße wie früher zu rechnen ist. Neue Konzessionen für Licht- und Kraftwerke einzelner Gemeinden mit genügender Einwohnerzahl wären auch, wie die Statistik erweist, gar nicht mehr in erheblicher Zahl verfügbar. Im Gegenteil droht

den bestehenden kleineren Werken, die nicht selbst stark entwicklungsfähig sind, die Gefahr, ihre Selbstständigkeit zugunsten größerer Überlandwerke einzubüßen. Die großen Netze kreisen die kleinen Werke ein und verhindern ihre Ausdehnung. Schon durch moralischen Druck werden die Verwaltungen der kleinen Werke zu Herabsetzungen der Strompreise gezwungen werden, die ihre Betriebe unwirtschaftlich machen können. Ablaufende Konzessionen werden meistens nicht erneuert werden, die Gemeinden werden im Gegenteil sogar häufig versuchen, die Konzessionsdauer zu verkürzen oder die Werke billig in eigenen Besitz zu

\*) Aus dem Oktoberheft von Technik und Wirtschaft.



bringen. Solche Versuche sind in der Geschichte des Konzessionswesens, namentlich aus der Zeit, wo die Städte den Kampf um die Gasanstalten ausfochten, vielfach zu verzeichnen. Alles in allem befinden wir uns in einer Entwicklung, die eine neue Zeit in der Elektrizitätswirtschaft bedeutet. Die technische Beherrschung hoher Spannungen, der planmäßige Ausbau der Wasserkräfte, die Verwertung geringwertiger Kohle, die billiger am Erzeugungsort in Energie umgesetzt als verladen wird, die Ausnutzung der Gichtgase und anderer Abwärmequellen und schließlich die in den Anfängen stehende Ausbeutung der in den Torfmooren aufgespeicherten Energie (Verfahren Frank-Caro u. a.) sind geeignet, die heutige Gestalt der Elektrizitätswirtschaft wesentlich umzuformen und die Kosten der Stromlieferung stark zu beeinflussen. In gleicher Richtung werden die allmähliche Einrichtung elektrischer Vollbahnen — wenn sie auch noch lange keine Umwandlung des Gesamtbetriebes sein wird —, der Krafthunger der Landwirtschaft, der es an Menschenkraft mangelt, und schließlich die Verwertung der Elektrizität zum Kochen und zum Heizen wirken. Wenn nun auch die Zeiten der gemeindlichen Kirchturmpolitik, die den verhältnismäßig leichten Erwerb von Konzessionen ermöglichte, im wesentlichen vorüber sind, stellt doch die neue Entwicklung eine nach Art und Umfang noch nicht völlig zu übersehende Menge von Aufgaben für die Elektrizitätsindustrie, bei deren Lösung wegen der Eigenart der Verhältnisse und aus geldwirtschaftlichen Gründen auch die geldliche Beteiligung der Unternehmer vielfach in Betracht kommt. Es wird sich hierbei durchaus nicht immer um die ausschließliche private Finanzierung der gesamten, oft sehr großen Anlagen handeln; vielmehr ergeben sich schon

bei den jetzt im Bau und im Entwurf begriffenen Anlagen neue wirtschaftliche Konstruktionen, bei denen Gemeinden, Gemeindeverbände, Kreise oder Provinzen als Unternehmer oder Beteiligte in verschiedener Form mit der Privatindustrie zusammenwirken. Eines der Kennzeichen für die neuartige Lösung dieser Aufgaben ist die Teilung des Geschäftes der Erzeugung und der Verteilung der elektrischen Energie. Es kommen Fälle in Betracht, wo die Privatunternehmer nur die Elektrizitätswerke zu erstellen und zu betreiben haben, während die Hauptleitungsnetze von Gemeindeverbänden und die Ortsnetze von den einzelnen Gemeinden errichtet und betrieben werden. Umgekehrt kommen Fälle vor, wo der Unternehmer die Anlagen zur Transformierung und Verteilung des Stromes erstellt und betreibt, während für die Krafterzeugung staatliche oder gemeindliche Werke in Betracht kommen. Mitunter werden von den Verbänden und dem Unternehmer gemeinsame Aktiengesellschaften gegründet. Die Möglichkeiten, die sich hierbei für die Privatunternehmung ergeben, sind bedeutend, die maßgebenden öffentlichen und privaten Stellen müssen aber vor einer Unternehmungslust, bei der die Wirtschaftlichkeit der Pläne nicht rein sachlich geprüft und das Interesse der beteiligten Gemeinden voll gewahrt wird, gewarnt werden.

*Emil Schiff,  
Grunewald.*



**„Die goldene Gefahr“:** Es ist wohl ein seltener Fall — wenigstens in den alten monarchischen, feudalklerikalen Staaten —, daß der Verfasser eines volkswirtschaftlichen



Werkes vom Finanzministerium eingeladen wird, seine Ideen unter vier Augen zu entwickeln. Herrn Andreas Veitschberger aus Graz, dem Autor des Buches „Die goldene Gefahr“, wurde diese Ehre zuteil. Er legte dem österreichischen Finanzminister Dr. Mayer dar, daß die stetig anwachsende Teuerung in der kontrollosen, immer mehr zunehmenden Goldproduktion ihre Ursache habe. Sie ist nämlich von 124 000 kg im Jahre 1875 auf 700 000 kg im Jahre 1911 gestiegen, so daß, bei einem Manipulationsverlust von 6000 kg pro Jahr, ein jährlicher Überschuß von 250 000 kg zu verzeichnen ist. Da nun das Gold — durch künstliche Mittel — seinen Wert beibehalten hat, äußere sich dies in der „Höherwertung der auf der Goldbasis bemessenen anderen Substanzen“. Das Gold habe infolge seiner wachsenden Menge die Kaufkraftprobe nicht bestanden. Die Teuerung habe denn auch zuerst in den Gold produzierenden Ländern begonnen. Beispielsweise: In den letzten 10 Jahren beträgt sie in Nordamerika 65%, in Südafrika 80%, in Österreich 35 bis 40%. Nun lasse sich mit Sicherheit annehmen, daß Britisch-Kolumbia, Sibirien, China, Indien und Afrika bald mit großen Goldmengen auf den Markt treten werden, ungeachtet der goldführenden Sandlagen, die sich von New York bis Washington hinziehen. \*) Veitschberger erklärt aus dem Unvermögen der Verdauung dieses Goldregens, trotz der riesigen Investition der Industrie und der ungeheuern Kapitalserhöhungen der Banken, den stetigen Rückfluß an Renten, da diese von den Papieren, die auf „Gewinstzinsen“ basieren, verdrängt werden. Was diese gewinnen, ver-

lieren die festverzinsten Renten, die auch deshalb verschwinden werden. Diese Entwicklung werde auch die Sparkassen erfassen und sie zwingen, ihren Einlegern Anteil an ihrem Gewinne zu gewähren. In solchen Verhältnissen liege auch die Ursache der hohen Mietzinse. Nach Darlegung der wirtschaftlichen Folgen dieser Zustände kommt er zu dem Schlusse, daß Klein- und Großgewerbe immer mehr den Charakter von Spekulationsgeschäften annehmen.

Einen „kräftigen Hebel im Aufwärtsstreben der Marktwerte“ bilde auch das Militär. Dem „erdrückenden Soll des gegenwärtigen Verteidigungssystems stehe kein entsprechendes Haben gegenüber“. Würde ein Privatmann solche Geschäfte machen, so käme er unter den Krida-Paragraphen. Deshalb werden die Staaten zur allgemeinen Abrüstung aus wirtschaftlichen Gründen schreiten müssen.

Im Zusammenhange mit dem sinkenden Zinsfuß der Renten und Kassen stehe der steigende Wert von Grund und Boden.

Der Verfasser gedenkt der Lage der ungeheuren Zahl von Bürgern, die auf, in 40 Jahren fällige, Altersgüsse einzahlen und in jenem Zeitpunkte nur das halbe des erhofften Einkommens haben, so daß sie mit allen Mitteln auf dessen Erhöhung hinarbeiten müssen. Aus dieser unhaltbaren Lage können die Staaten nur herauskommen, wenn sie „unter der Form von Goldtrusts die Ausbeute des Wertmessers, entsprechend der Benötigung, beschränken. Um dies zu erreichen, seien folgende Maßregeln durchzuführen 1. Die Staaten müssen die in ihrem Hoheitsgebiete liegenden Goldfelder expropriieren. 2. Jeder Staat hat seinen Bedarf an Gold bei einer Zentralstelle anzumelden. 3.

\*) Werden doch jetzt sogar aus Island Goldfunde gemeldet.

Nach dem so bekanntgegebenen Gesamterfordernis sei die Förderung an Edelmetall auf die Gold produzierenden Länder aufzuteilen.

Dies sei der Weg „zur Stabilisierung unserer Wirtschaftsverhältnisse. Indem wir den Wertmesser nach unten hin stabilisieren, sichern wir uns zugleich vor Überraschungen nach oben“.

Die „goldene Gefahr“ kenne nur ein Hindernis: den Mangel an gutem Willen.

Der Verfasser kündigt zugleich ein zweites Werk, als Fortsetzung vorliegender Abhandlung an: Der Staat auf Aktien.

Georg Schmiedl,  
Wien.



**Weltwirtschaftliche Aufgaben der deutschen Verwaltungspolitik \*):** Professor Bernhard Harms läßt zwei an Umfang kleine, doch an Anregungen reiche Vorträge erscheinen. Auf Grund eingehender persönlicher Studien gelangt er zu der Forderung einer energischen Reform unseres Konsulatswesens. Der gute Wille, die wesentlichste Aufgabe unserer auswärtigen Politik zu erfüllen, nämlich Absatzgebiete zu erhalten und zu schaffen, sei wohl bei diesen Beamten stets vorhanden; häufig aber fehle das nötige positive Wissen. Wenn erst das einmal in ausreichender Weise verbreitet sei, werden sich — nach einer zweckmäßigen Ausgestaltung des sehr im Argen liegenden Nach-

richtenwesens, der Auskunfterteilung und hauptsächlich der Konsulatsberichterstattung — Deutschlands internationale Handelsbeziehungen bedeutend stärken und vermehren lassen. Um zu diesem Ziele zu gelangen, wünscht Harms die Einrichtung zahlreicher weltwirtschaftlicher Seminarien und besonders einer kaiserlichen Akademie für Staatswissenschaften, Internationales Recht und Weltwirtschaftslehre, die abhängig vom preußischen Kultusministerium, vom Reich und den Bundesstaaten unterhalten werden müßte. So wächst denn auch der bei Eröffnung des Kieler Instituts gehaltene Vortrag weit über den Rahmen einer akademischen Festrede hinaus. Seiner Meinung nach droht die Gefahr der Krisis, der „Konkurrenzunfähigkeit“ gegenüber der Wissenschaft des Auslandes, akut zu werden durch die mangelnde Initiative in dem systematischen Anbau neuer Forschungsgebiete. Hier müsse Wandel geschaffen werden. Neben intimen Beziehungen zur Jurisprudenz und zur Naturwissenschaft, neben einer intensiven statistischen Ausbildung sei besonders die Weltwirtschaft in den Mittelpunkt systematischer Studien zu stellen. Diese dringende Gegenwartsaufgabe soll nun die neu gegründete „Abteilung für Seeverkehr“ erfüllen. Die von Harms aufgestellten Prinzipien bürgen dafür, daß hier ein wichtiger Schritt getan ist, die deutsche Nationalökonomie zur Weltwirtschaftslehre zu entwickeln und damit deutschen Studenten eine Ausbildung zu sichern, die sie für die ihrer als Glieder eines Weltpolitik treibenden Staates harrenden Aufgaben mit dem nötigen geistigen Rüstzeug versieht.

Gerhard Kornfeld.  
Berlin.



\*) Dr. Bernhard Harms, o. Prof. der wirtsch. Staatswissensch. a. d. Univers. Kiel: Wirtschaftliche Aufgaben der deutschen Verwaltungspolitik. (Preis 1 Mk.) Das staatswissenschaftliche Institut an der Universität Kiel, unter besonderer Berücksichtigung seiner „Abteilung für Seeverkehr und Weltwirtschaft“. Verlag Gustav Fischer. Jena 1911.

**Ein Gesetz gegen die Lebensmittelteuerung in Frankreich:** Die französische Regierung hat im November einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den der herrschenden Lebensmittelteuerung gesteuert werden soll. Die Gemeinden sollen in die Lage versetzt werden, Bäckereien und Fleischereien zu errichten, Brot und Fleisch sollen zu billigen Preisen abgegeben und die Nicht-Gemeinde-Bäcker und -Fleischer dadurch veranlaßt werden, um der neuen Konkurrenz willen, mit den Preisen herunterzugehen.

Die französischen Gemeinden besaßen bisher nicht jene, in anderen Staaten so häufige Freiheit; es bedurfte also ausdrücklicher Ermächtigung durch ein neues Gesetz zur Entfaltung dieser Gemeindebetriebe.

Die Regierung sagt in ihrem Motivenberichte, daß sie den Gemeinden durch Abänderung des Enteignungsgesetzes, durch eine Erweiterung ihrer kommerziellen Berechtigung die Möglichkeit geben wolle, Fleischhauereien und Bäckereien entweder selbst zu betreiben oder sich

am Betriebe von Produktivgenossenschaften beider Gewerbe zu beteiligen und so auf den Preis dieser Nahrungsmittel einen regelnden Einfluß auszuüben.

Die Stadtgemeinden sollen ferner befähigt werden, eine großzügige Wohnungspolitik zu betreiben, resp. eine große Anzahl von Volkswohnungen selbst herzustellen und so einerseits jenen Familien, die darin Wohnung nehmen, selbst Obdach zu mäßigen Preisen zu bieten, andererseits durch die Konkurrenz, die dem privaten Hausbesitz dadurch gemacht wird, eine übermäßige Steigerung der Mietpreise zu verhindern. Von kommerzieller und industrieller Seite wurde natürlich eingewendet, daß die Gemeindebetriebe, aus öffentlichen Mitteln erhalten, eine übermächtige und darum illoyale Konkurrenz gegenüber den privaten Gewerben darstellen. Trotzdem beharrte die Regierung auf ihrem Entwurf, weil ihr die herrschende Teuerung die Notwendigkeit außerordentlicher Schutzmaßnahmen zu beweisen scheint.

*Charles Voisin.*



# RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROFESSOR DR. R. BRODA-PARIS

.....

## WIENER GEMEINDEUNTERNEHMUNGEN.

**D**IE Lebensmittelteuerung der letzten Monate hat die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung in allen großen Industrieländern wieder auf die Möglichkeit hingelenkt, die Stadtbewohner gegen gewisse Formen dieser Teuerung durch Eingriff der von ihnen erwählten Gemeindebehörden in das ökonomische Leben der Stadt und durch Übernahme gewisser Formen öffentlicher Dienste in städtischen Betrieb zu schützen. Aus dieser Stimmung erwuchs die neue französische Regierungsvorlage, die den Gemeinden Frankreichs erweiterte Rechte für städtischen Betrieb von Bäckereien und Fleischerläden gewährt und es mag interessant erscheinen, auf die Erfahrungen hinzuweisen, die bereits andernorts mit der Munizipalisierung öffentlicher Dienste und wichtiger Zweige der Nahrungsmittelversorgung gemacht wurden; so in Wien, das wohl an Umfang und Bedeutung des Geleisteten sogar alle anderen derartigen Versuche in Europa, auch die der englischen Städte, die als Vorbild galten, bedeutend überflügelt hat \*).

Im folgenden sei ein knapper Abriß der Geschichte und der Resultate dieser Gemeindeunternehmungen \*\*) gegeben.

Die Unternehmungen der Gemeinde Wien, ehemals auf wenige Zweige — Lagerhaus, Wasserleitung — beschränkt, stiegen seit Übernahme der Gemeindeverwaltung durch die christlichsoziale Partei im Jahre 1896 in rapider Weise und umfassen heute, außer den beiden genannten Zweigen, mehrere groß angelegte Betriebe, so vor allem die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke, Verkehrsmittel (Straßenbahn, Stellwagen und Automobilstellwagen), Brauhaus und Rathauskeller, Leichenbestattung, Sparkassen und Lebens- und Rentenversicherung.

Die beiden erstgenannten Betriebe genügen ihren Daseinszwecken; die Wasserversorgung Wiens wurde weiter durch Bau einer zweiten Hochquellenleitung, die das Wasser aus den steirischen Bergen in die Großstadt bringt, im letzten Jahrzehnt ergänzt. Die früher in Wien häufigen typhösen Erkrankungen wurden seither auf ein Minimum reduziert. Im übrigen mag eingeräumt werden, daß es sich in beiden Fällen noch nicht um municipal-

---

\*) Siehe den Aufsatz im Juniheft 1908 dieser Zeitschrift.

\*\*) An Hand der offiziellen Jahresberichte über „die Gemeindeverwaltung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, 1905—1910“, deren Überlassung ich der Freundlichkeit der Herren in der städtischen Bibliothek Wiens verdanke.

sozialistische Unternehmen im engeren Sinne des Wortes, ähnlich den weiter zu besprechenden, handelt.

### 1. Die städtischen Gaswerke.

Ihre Begründung hatte in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts mit lebhaften rechtlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Eine englische Gesellschaft, die Imperial Continental Gas-Association, hatte ehemals die Beleuchtung der Stadt auf Grund langfristiger Konzession in Händen, kam ihren Obliegenheiten jedoch in überaus mangelhafter Weise nach, die Beleuchtung der Wiener Straßen war eine höchst unzureichende. Der Unwille der Bevölkerung veranlaßte die neue Mehrheit des Gemeinderates, die Übernahme der Gasbeleuchtung in städtischen Betrieb in Erwägung zu ziehen, doch wollte man zunächst das Material und die Rohre der Gesellschaft zum Zeitpunkt des Konzessionsablaufes durch freien Ankauf einlösen. Die Verhandlungen über den Kaufschilling führten zu keinem Ergebnis, die Gesellschaft berücksichtigte bei ihren Vorschlägen nicht in zureichender Weise, daß ihre Rohre trotz der großen Anschaffungskosten so gut als wertlos würden, wenn sie nicht ihrem einzig möglichen Zwecke, der Gasversorgung, dienen konnten. Das Recht, solche Konzession für Gasversorgung zu geben oder abzulehnen, stand jedoch der Gemeinde Wien, was die inneren Stadtbezirke anlangt, unbestritten zu, während die Rechtslage allerdings für die kurz vorher zur Eingemeindung gelangten ehemaligen Vororte zweifelhaft war. Die Gesellschaft nahm vielleicht auch die öffentlich abgegebene Erklärung der Gemeindeverwaltung, daß sie, im Falle man sich über den Kaufschilling nicht einigen könne, zur Errichtung neuer städtischer Gaswerke schreiten werde, nicht ernst, weil naturgemäß dieser Bau noch ganz wesentlich höhere Summen verschlingen mußte, als die Gesellschaft für ihr Material forderte.

Gerade diese scheinbar unökonomischste Lösung der Frage ward jedoch zur Tat, die Gemeinde schritt an den Bau neuer Werke, die Gesellschaft mußte ihre Rohre aus den alten Stadtbezirken als nahezu wertloses altes Eisen verkaufen, während ihr andererseits die Speisung der äußeren Bezirke mit Gas noch für eine Reihe von Jahren auf dem Rechtswege zugebilligt wurde. Erst vor wenigen Wochen, am 1. Januar 1912, ist endlich dieses Recht zur alleinigen Gasversorgung auch im letzten (XXI.) Wiener Gemeindebezirke jenseits der Donau endgültig und ausschließlich an die Gemeinde übergegangen.

An Unglückspropheten fehlte es nicht, welche den neuen städtischen Werken mit ihrem, auf die alten Stadtbezirke zunächst beschränkten Wirtschaftsbereich und ihren hohen Anlagekosten höchst ungünstige Einwirkungen auf die städtischen Finanzen vorhersagten. Die Schöpfer des Unternehmens verharrten jedoch bei ihrem festen Glauben an die Überlegenheit der unvergleichlich vervollkommneteren, moderneren Ausgestaltung der neuen Werke, ihrer Konzentrierung in wenigen Anlagen, statt der früher gebräuchlichen Zerstreutheit in kleinen Fabriken, und endlich der technischen Vorteile eben des Großbetriebes. Diese Männer haben Recht behalten. Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1910 liegt vor uns und weist einen hohen Betriebsüberschuß auf, der nicht bloß völlige Verzinsung des Anlagekapitales, reiche Dotation der Arbeiterpensions-, der Beamten- und Dienerpensions- und der Abschreibungsreserve ermöglicht, sondern darüber hinaus noch einen Reingewinn von 4 624 000 K bedeutet. Die städtischen Steuerträger haben



somit ein gutes Geschäft gemacht; die Stadt selbst erhielt — wie jeder bestätigen wird, der Wien zu Ende des 19. Jahrhunderts und jetzt wieder besuchte — eine unvergleichlich günstigere \*) und der Zahl der Straßenlaternen nach sehr wesentlich vermehrte Beleuchtung.

## 2. Städtische Elektrizitätswerke.

In ähnlichem lebhaften Konkurrenzkampfe mit privaten Unternehmungen wurden die städtischen Elektrizitätswerke sowohl für industrielle als auch für Beleuchtungszwecke ausgebaut und hierdurch die musterhafte Beleuchtung der Hauptstraßen, die Versorgung der städtischen Straßenbahn mit dem städtischen Strom und die Abgabe von solchem zu mäßigen Preisen an viele private Industrien ermöglicht. Trotzdem waren auch hier wieder die finanziellen Ergebnisse ausgezeichnete und der Betriebsüberschuß des Jahres 1909, der mir im Detaill vorliegt, gestattete nicht bloß eine Abschreibung für Wertverminderung im Betrage von 3 008 000 K, sondern wies darüber hinaus einen Reingewinn von 6 694 000 K auf. Auch hier also wieder der vollkommen erreichte doppelte Zweck einer entsprechenden Verbesserung des öffentlichen Dienstes und eines ausgezeichneten Geschäftes; darüber hinaus, als sekundäre Momente: sehr wesentliche Wohlfahrts-einrichtungen für die städtischen Angestellten, von denen insbesondere die Gewährung von Urlauben an die städtischen Arbeiter bei Fortbezahlung des Lohnes erwähnt werden mag. Ihre Länge ist je nach Alters- und Lohnklasse verschieden. Greifen wir z. B. die Lohnklasse von 31—35 K und die Altersklasse von 12 Jahren Dienstzeit heraus, so beträgt dieser voll bezahlte Urlaub für das Betriebspersonal 8, für das übrige Personal 7 Tage.

## 3. Die städtische Straßenbahn.

Auch was die öffentlichen Verkehrsmittel Wiens anlangt, so waren diese seinerzeit von einer privaten Unternehmung, der Tramwaygesellschaft, in höchst mangelhafter Weise besorgt worden. Die Zahl der in Dienst gestellten Wagen war zu gering, um dem Andrang des Publikums, besonders an Regentagen, zu genügen, schlimme Überfüllung war die unvermeidliche Folge. Die Gemeinde übertrug daraufhin den Betrieb zunächst einer neuen Gesellschaft, welche elektrischen Betrieb an Stelle des Pferdebetriebes setzte und übernahm nach kurzer Übergangszeit die Bahn gänzlich in ihre eigene Verwaltung. Die Zahl der Wagen wurde vermehrt, neue Linien wurden ausgebaut, neue, ermäßigte Tarife geschaffen. Trotzdem wieder bedeutender Reingewinn.

Diese Entwicklungstendenz wurde erst im Jahre 1910 in gewissem Grade durchkreuzt durch den Entschluß der Gemeinde, im Sinne des Drängens der Straßenbahngestellten eine wesentliche Erhöhung ihrer Bezüge eintreten zu lassen. Die Gelder dafür sollten durch eine Erhöhung der Tarife, insbesondere des Tarifes für einfache oder Umsteigefahrten in höchstens zwei Zonen von 12 auf 14 Heller hereingebracht werden. Wie vor auszusehen, konnte diese Tarifierhöhung nicht eine proportionelle Erhöhung der Einnahmen bewirken, da naturgemäß die Benutzung der städtischen Straßenbahn darunter litt, respektive die Zahl der Fahrten im ge-

---

\*) Die Ersetzung der alten Gasflammen durch Auerbrenner muß dabei entsprechend gewürdigt werden.



nannten Jahre wenn, auch nicht abnahm, so doch wesentlich langsamer stieg, als in anderen Jahren. In vielen Fällen wandte man sich den Konkurrenzunternehmungen, so der staatlich betriebenen Stadtbahn, zu oder ging eben zu Fuß. Trotz alledem beliefen sich die Einnahmen des Jahres 1910 auf 43 545 000 K, respektive überstiegen die des Vorjahres um 4 822 000 K. Die Ausgaben in Höhe von 39 398 000 K ließen demnach noch einen wesentlichen Gebahrungsüberschuß zurück. Nach Vornahme aller Abschreibungen, Wohlfahrtsaufwendungen usw. konnten noch 2 700 000 K zu den eigenen Geldern der Gemeinde gelegt werden: also trotz der Lohnerhöhung keinerlei Verlust, sondern sogar ein mäßiger Gewinn für die Steuerträger. Im Anschluß an die Straßenbahn betreibt die Gemeinde seit kürzerer Frist auch städtischen Automobilstellwagenverkehr auf einzelnen, für Straßenbahnen sich minder eignenden Linien.

4. Ehedem war der städtische Verkehr Wiens vielfach durch Stellwagen besorgt worden, die jedoch ob ihrer mangelhaften Ausstattung und Geschwindigkeit der Konkurrenz der elektrisch betriebenen Straßenbahn nicht standhalten konnten; die Unternehmung geriet an den Rand des Konkurses und der Betrieb sollte gänzlich abgebrochen, die Angestellten entlassen werden, als die Gemeinde sich entschloß, die Stellwagen in eigenen Betrieb zu übernehmen. Sie führte denselben fort, allerdings im klaren Bewußtsein eines (wenigstens für einige Zeit) unvermeidlichen Defizites. Die Einnahmen pro Wagenkilometer betrugen in der Tat bloß 41,4 Heller, die Ausgaben 53,6 Heller und mit Hinzurechnung des Abschreibungs- und Verzinsungsbetrages 59,5 Heller. Doch auch noch dieses Defizit bleibt rein zahlenmäßig weit hinter dem Gewinn der Straßenbahn zurück.

Kann somit in einem Gesamtüberblick gesagt werden, daß die Gemeinde Wien die öffentlichen Dienste der Beleuchtung und des Verkehrs in musterhafter, vorbildlicher Weise in ihren Betrieb übernommen habe, so ist die zweite Möglichkeit des Gemeindebetriebes, welche sich auf die Versorgung der Einwohner mit Nahrungsmitteln bezieht, keineswegs ebenso vollständig ausgebaut worden. Städtische Bäckereien (nach Art der Stadt Budapest) fehlen gänzlich. Für städtische Milchversorgung werden zunächst erst gewisse vorbereitende Arbeiten durchgeführt, Worin liegt der Grund für diese befremdenden Unterlassungen? Ein Beamter der Stadt erwiderte mir auf meine diesbezügliche Frage, daß die Gemeindeverwaltung, respektive ihre herrschende Partei, die sich überwiegend auf das Kleinbürgertum, auf die Handwerksmeister stütze, den Bäckern und Milchverschleißern nicht habe schaden wollen.

In der Tat ist es ja verständlich, daß die Gemeinde gegenüber den Großunternehmungen der Straßenbahn und Gasgesellschaft das Interesse ihrer Bürger mit Entschlossenheit gewahrt hat, da kein Interesse ihrer Wählerschaft mit den Finanzinteressen der beiden Gesellschaften verknüpft war, während in der Frage der Nahrungsmittelversorgung das Interesse der Konsumenten, vor allem der Arbeiter- und Beamtenschaft, sich in diametralem Gegensatz zu dem gewisser zahlreicher Kleinproduzentenkreise befindet. Trotzdem würde es naturgemäß Aufgabe der Zukunft sein müssen, auch dieses erstere Interesse in entsprechender Weise zur Geltung zu bringen.

Das Eingreifen der Gemeinde in das Nahrungsmittelproblem beschränkte sich auf den Betrieb eines Rathauskellers, eines Brauhauses und auf wesentlich leitende Beteiligung an einer Großschlächtereunternehmung. Von dieser letzteren ist an anderer Stelle dieses Blattes eingehend die Rede.

Was die beiden ersteren Unternehmungen anlangt, so hatte der Rathauskeller günstige Ergebnisse, indes das Brauhaus zunächst noch nicht beim vollständigen finanziellen Gleichgewicht angelangt ist. Trotzdem muß eingeräumt werden, daß es sich in den letzten Jahren sehr günstig entwickelt hat. Das Defizit des ersten Geschäftsjahres 1906 von 446 000 K sank im zweiten Geschäftsjahre 1907 auf 426 000 K, im dritten, 1908 auf 286 000 K, im vierten, 1909 auf 120 000 K, im fünften, 1910 auf 82 000 K. Hiervon entfielen 75 000 K auf eine Spezialverwendung (Beteiligung des Brauhauses an der Wiener Jagdausstellung). Von diesem Spezialfall abgesehen, betrug das Defizit nur mehr 7000 K, also gegenüber früher nur mehr eine ganz unwesentliche Summe, so daß für das Jahr 1911, dessen abschließende Ergebnisse noch nicht vorliegen, zweifellos bereits ein Betriebsüberschuß erzielt werden konnte.

Ferner ist zu bemerken, daß auch im Jahre 1910 der Bruttoüberschuß der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben 646 000 K betrug. Erst nach Abzug der Wertabschreibungen und der Zinsenverluste für das Anlehen, das zum Ankauf des Brauhauses aufgewendet worden war, ergibt sich die obengenannte unbedeutende Defizitsumme von 7000 K, es ist also klar, daß auch dieses Unternehmen im Begriffe ist, sich gut zu finanzieren.

Eine ganz andere Frage ist es, ob der Gemeindebetrieb eines Brauhauses im wahren Endinteresse der Bürger gelegen sei. Man führte für denselben ins Feld, daß das Stadtbrauhaus, das sich statutengemäß außerhalb des Brauerkartells halten müsse, eine Verteuerung des Bieres verhindere, ja, unter gewissen Umständen sogar eine Ermäßigung des Bierpreises erzielen könne. Vom Standpunkte der Volksgesundheit ließe sich einwenden, daß eine Erhöhung des Bierpreises und dadurch bewirkte Abnahme des Bierkonsums nicht gerade schädlich zu nennen wäre und daß die obenerwähnte Funktion des Brauhauses entbehrlich, zweifelsohne aber, daß städtische Milch- und Brotversorgung unvergleichlich wichtiger und drängender wäre.

Ebenso bleibt die Tätigkeit der Gemeinde in Sachen der Wohnungsfürsorge zunächst hinter den notwendigen Anforderungen zurück. Erst in den allerjüngsten Wochen wurde ein Beschluß zur Anteilnahme an der Aufführung von Barackenwohnungen (d. h. Häusern mit einer beschränkten, für bloß 30 Jahre bemessenen Bau-, respektive Wohnungszeit) gefaßt.

Eine großzügige Wohnungspolitik würde die weiten, der Gemeinde gehörigen Gründe in den äußeren Bezirken zum Bau städtischer Häuser benutzen, wodurch, in Verbindung mit dem Ausbau der Straßenbahnlinien, das Wohnungsproblem, die wichtigste Grundlage der öffentlichen Gesundheit, gelöst werden würde. Auch hier ward mir als Ursache für die zurückhaltende Gemeindepolitik angegeben, daß sich dieselbe mit den Interessen der Hausbesitzer, die einen, wenn auch nicht zahlreichen, so doch tonangebenden Teil der Wählerschaft ausmachen und naturgemäß durch den regulierenden Einfluß von Gemeindehäusern auf den Wohnzins getroffen würden, nicht habe in Widerspruch setzen wollen.

Eine andere städtische Unternehmung, die Leichenbestattung, hat dagegen sehr wertvolle Ergebnisse gezeitigt, indem einerseits die Preise der Luxusbegräbnisse hinaufgesetzt, andererseits die Begräbniskosten für den Mittelstand und die ärmeren Volksschichten wesentlich vermindert wurden. Der Gebährungsüberschuß betrug im Jahre 1910 169 000 K, gegenüber 109 000 K des Vorjahres: also eine Gewinnsteigerung um 60 000 K.

Sehr günstig haben sich auch die Sparkassen der Gemeinden entwickelt, die Zinsen für Einlagen konnten in der Höhe von 4 % belassen werden.

Die städtische Lebens- und Rentenversicherungsanstalt war in der Lage, ihren Kommittenten günstigere als die bei privaten Versicherungsgesellschaften üblichen Bedingungen zu geben \*). Trotzdem fand sich im Jahre 1910 ein Gebahrungsüberschuß von 375 000 K, also wieder günstige Leistung für die Öffentlichkeit und günstiges Geschäft für die Steuerträger.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Wiener Beispiel den Beweis für die Möglichkeit ausgedehnten Gemeindebetriebes mit wertvoller Förderung öffentlicher Interessen, ohne jede Beeinträchtigung der finanziellen Lage der Gemeinde, erbringe. Wenn die obengenannten Widerstände einzelner Wählergruppen beseitigt werden sollten, so würde sich darüber hinaus wertvolle Lösung wichtiger städtischer Probleme ermöglichen lassen.

---

\*) Dies ein Beispiel aus der persönlichen Erfahrung des Schreibers.



# KORRESPONDENZEN

---

## POLITISCHE ENTWICKLUNG

PROFESSOR DR. ROBERT HERCOD, LAUSANNE:  
DIE SPRACHENFRAGE IN DER SCHWEIZ.



Die Sprachen- oder Nationalitätenfrage ist heute in gewissen Ländern ziemlich akut geworden; die Schweiz mit ihren drei gleichberechtigten Landessprachen und zwei halboffiziellen Mundarten kennt sie kaum.

Nach der letzten Volkszählung im Jahre 1900 (große Änderungen haben seither nicht stattgefunden) verteilt sich die Schweizer Bevölkerung nach Sprachen wie folgt: 2 312 949 Einwohner haben Deutsch zu ihrer Muttersprache, 730 917 Französisch, 221 182 Italienisch, 38 651 Romanisch. (Vorläufige Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1910: 2 599 154 Deutsch, 796 244 Französisch, 301 325 Italienisch, 39 834 Romanisch.) Die Bevölkerung, die Romanisch spricht, hat überall die deutsche Sprache zur zweiten Muttersprache, Romanisch ist für sie mehr nur eine Mundart. Dagegen sind die drei anderen Sprachen sehr lebendig und wollen und können sich alle behaupten. Also rund 70 % deutsch, 23 % französisch, 7 % italienisch.

Die Sprachgrenze zwischen Deutschen und Franzosen zieht sich durch den Berner Jura, berührt Biel, eine zweisprachige, industrielle Stadt von 30 000 Einwohnern, wo manchmal beide Sprachen sich in einer Weise vermischen, die den Freunden einer reinen Sprache, Deutsch oder Französisch, ein Greuel ist, geht über die liebliche Petersinsel, in der Jean Jacques Rousseau während einiger Monate glücklich und sorgenlos lebte, dann zerteilt sie den Kanton Freiburg in zwei ungleiche Teile, folgt der Gebirgskette zwischen den Kantonen Bern und Waadt, Bern und Wallis und zerschneidet endlich den Kanton Wallis. Die italienische Sprachgrenze lehnt sich an das Gotthardgebirge und den südlichen Abhang der Engadiner Alpen an.

Zu Beginn des Mittelalters war das welsche Gebiet weit größer; es wurde langsam dank historischer Verschiebungen vom Deutschtum erobert. Die letzten Jahrhunderte hindurch sind die Sprachgrenzen sich ziemlich gleich geblieben.

Es springt in die Augen, daß die Schweiz keine jener Sprachinseln hat, die die Behandlung des Sprachenproblems anderswo so sehr erschweren; nirgends findet sich ein ganz deutscher Bezirk mitten in einem ganz welschen. Selbstverständlich begegnet man in den Städten der französischen Schweiz z. B. vielen ausgewanderten Familien aus der deutschen Schweiz, wie auch französischen Familien in Zürich oder Luzern. Aber für diese Ausgewanderten gibt es keine Sprachenfrage. Sie tun nichts, sie wollen nichts tun, am wenigsten die Deutschen, um der naturnotwendigen Assimilierung einen Widerstand entgegenzusetzen. Die Deutschschweizer, die zahlreich in Genf, Lausanne und Neuenburg wohnen, verlangen für ihre Kinder keine deutschen Schulen; sie

schicken ihre Kinder mit Vergnügen in die französischen Schulen. Deswegen darf man sie nicht als degenerierte Deutsche, die das Deutschtum verleugnen, anklagen, denn sie fühlen sich bei den Welschen nicht unter Fremden, sondern unter Mitbürgern, sind sie ja doch alle Schweizer. Bei den französisch sprechenden Schweizern, die dauernd in der deutschen Schweiz wohnen, ist die Assimilierung langsamer, der Gebrauch der französischen Sprache in der Familie wird länger fortgesetzt, aber auch sie haben kein Verlangen nach französischen Schulen, und nach zwei Generationen betrachten sie sich, ohne sich dessen zu schämen, als Vollblut-Deutschschweizer, die die urchige Mundart mit dem allen Deutschschweizern eigenen Vergnügen sprechen.

So also besteht nur an der Sprachgrenze selbst, wo eine Germanisierung oder Romanisierung der ganzen Bevölkerung stattfinden kann, in gewissem Grad eine Sprachenfrage. Daß sie bisher nicht wie in so vielen anderen Ländern auch auf die inneren Gebiete übergreifen hat, daran sind verschiedene günstige Umstände schuld.

Einmal ist zu beachten, daß sich besagte Sprachgrenze nicht mit der Konfessionsgrenze deckt. Die deutschsprechenden Zürcher sind in der Mehrheit Protestanten, wie auch die welschen Waadtländer. Dem streng katholischen Luzern in der deutschen Schweiz kann man das ebenso streng katholische Freiburg in der französischen Schweiz oder den Tessin in der italienischen Schweiz gegenüberstellen. Dieser Umstand nimmt einem möglichen Schweizer Nationalitätskampf sein gefährlichstes Element; denn der Religionshaß ist der bitterste. War nicht der letzte Bürgerkrieg in der Schweiz, der sogenannte Sonderbundskrieg, ein Religionskrieg, der die Existenz der Eidgenossenschaft selbst bedrohte? Die Katholiken der deutschen wie der französischen Schweiz haben gemeinsame Interessen. Im Falle eines neuen Kulturkampfes würden die katholischen Anhänger der verschiedenen Sprachgemeinschaften gemeinsame Sache machen, wie auch die Protestanten.

Besagte Sprachgrenze deckt sich auch nicht mit sozialen Schichten, das heißt: die eine Sprache ist nicht die Sprache der niedrigeren, eine andere der höheren Kultur. Zwischen dem Durchschnittsberner und dem Durchschnittsneuenburger gibt es kulturell keinen wesentlichen Unterschied. Wir haben wohl in einzelnen Teilen des Kantons Wallis in der welschen Schweiz Bevölkerungen, die den fortschrittlichen Baslern nicht zu vergleichen wären. Andererseits sind die Walliser den Bewohnern des Kantons Appenzell I. Rh. oder Uri völlig ebenbürtig. Der Kanton Tessin, der Hauptvertreter der italienischen Schweiz, ist wohl auf einzelnen Gebieten hinter der übrigen Schweiz zurück; er hat aber so große Fortschritte, ganz besonders im Unterrichtswesen, gemacht, daß dieser Unterschied von Jahr zu Jahr unmerklicher wird. So kann keine der Schweizer Sprachen als die Sprache der Höherstehenden gelten.

Die Sprachgrenze deckt sich auch nicht mit den politischen Parteien. Wir haben nicht eine sozialdemokratische französische gegenüber einer konservativen deutschen Schweiz. Jede Partei hat zahlreiche Anhänger in jedem Sprachgebiet und braucht die Anhänger jedes Sprachgebietes, um sich behaupten zu können. Der Sozialdemokrat kennt von vornherein keine Sprachgrenzen. Das protestantische Zentrum, das numerisch schwach, aber durch die Tüchtigkeit seiner Führer sehr angesehen ist, ist vor allem in der französischen Schweiz vertreten, zählt aber glänzende Vorkämpfer in Basel und Zürich. Dasselbe gilt für die radikale oder freisinnige Mehrheitspartei. Sie hat ihr Schwergewicht in der deutschen Schweiz, der Abfall der Welschen



aber würde sie ihre Majorität kosten. Wenn sie eine Vorlage durchsetzen will, muß sie die welschen Parteigenossen gewinnen und das weiß sie. Wir haben schon gesehen, daß die katholische Partei sich über die französische, italienische und deutsche Schweiz erstreckt.

Die Schweiz ist ferner ein Bundesstaat; trotzdem die einzelnen Bundesglieder, d. i. die Kantone, schon sehr viel an Autonomie im Laufe der letzten 100 Jahre eingebüßt haben, behalten sie doch auf wichtigen Gebieten ihre Unabhängigkeit, ganz besonders im Unterrichts- und Kirchenwesen. Man erzählt von einem französischen Unterrichtsminister — in der Zeit des zweiten Kaiserreichs, glaube ich —, daß er es so eingerichtet habe, daß in ganz Frankreich in derselben Stunde jeder Primaner dieselben Verse von Vergilius las, und zwar in derselben Ausgabe. Solch ein Unding wäre in der Schweiz unmöglich. Als man vor etwa 20 Jahren eine Art eidgenössisches Schulinspektorat schaffen wollte, stimmte das Volk mit einer seltenen Einmütigkeit gegen den verhaßten eidgenössischen Schulvogt. Jeder Kanton regelt sein Unterrichtswesen nach seiner Weise und Eigenart. Um miteinander Fühlung zu behalten, versammeln sich die kantonalen Erziehungsdirektionen jährlich, ohne aber eine Einmischung des Bundes oder anderer Kantone in ihre eigenen Schulangelegenheiten zu dulden. Bloß in den vier Kantonen, die durch die Sprachgrenze je in zwei Teile zerschnitten sind, wären solche Schulkonflikte möglich, der übrigen Schweiz sind sie glücklicherweise ganz fremd. Dasselbe gilt von den kirchlichen Angelegenheiten. Wenn ein Kanton, wie Genf und Basel, die Trennung der Kirche vom Staate für gut findet, ist es seine Sache, sie durchzuführen, wie die anderen Kantone frei sind, ihre Landeskirche zu behalten.

Für die eidgenössischen Angelegenheiten hat man so weit als möglich die Konfliktmöglichkeiten vermieden. Im Bundesparlament sind die drei von der Bundesverfassung anerkannten Landessprachen gleichberechtigt. Der Waadtländer spricht Französisch, der Aargauer deutsch, der Italiener Italienisch oder, wenn er es vorzieht, Französisch oder Deutsch. Die Anträge und Beschlüsse werden vom Deutschen ins Französische oder umgekehrt übersetzt, die Reden allerdings nicht. Jeder Schweizer hat das Recht, sich in einer der drei Landessprachen an die eidgenössischen Behörden zu richten, die ihm in seiner eigenen Sprache antwortet. Die drei Sprachen sind im Bundesgericht ebenfalls vertreten. In der Armeeverwaltung sind die meisten Divisionen einsprachig. Wo sie gemischt sind und die Sprache des Kommandos z. B. Deutsch ist, haben die Kommandierenden der unteren Abteilungen, Regimenter oder Bataillone, jede Möglichkeit, sich der Sprache ihrer Abteilung zu bedienen. Im großen und ganzen funktioniert das System ganz gut, Klagen sind selten.

Was endlich mehr als alles andere dazu beiträgt, den Sprachfrieden in der Schweiz zu sichern, ist das ausgesprochene vaterländische Gefühl des Schweizer. Gewiß, man hat auch seinen kantonalen Patriotismus; der Zürcher ist überzeugt, dem Berner wie dem Waadtländer überlegen zu sein; der echte Waadtländer würde sich schämen, für einen Genfer oder Walliser gehalten zu werden. Sie fühlen sich aber alle als Mitglieder desselben Bundes. Der Deutschschweizer, der in Genf weilt, ist nicht in der Fremde, sondern in seinem eigenen Vaterlande; wenn er sich dauernd in der welschen Schweiz niederläßt, verliert er vielleicht seine Sprache, nicht aber sein Heimatland. Wenn wir einige Erholungstage am lieblichen Ufer des Luganersees zubringen, sind wir stolz, in der italienischen Schweiz und nicht in Italien zu sein. Dieses



Gefühl, das manchmal zu einer nationalen Selbstüberhebung geführt hat, ist insofern von Wichtigkeit, als es einen Rassenkrieg in der Schweiz fast unmöglich macht.

Selbst diejenigen Kantone, die der Eidgenossenschaft spät angegliedert wurden, betrachten die ganze Geschichte der Eidgenossenschaft als ihre eigene. Zur Zeit der Siege, die die Schweizer über Karl den Kühnen im 15. Jahrhundert davontrugen, waren die Waadtländer, zu denen Verfasser dieses gehört, Untertanen des Herzogs von Burgund und waren also die Besiegten. Versucht aber einmal, einem waadtländischen Schüler klarzumachen, daß er keinen Grund habe, auf die Schlachten von Granson und Murten stolz zu sein, er wird sich von Euch mit Abscheu abwenden. Er ist, gleichwie der kleine Bürger von Uri, ein Sohn Wilhelm Tells.

Es ist freilich unvermeidlich, daß die so hitzigen Sprachenkämpfe, die in verschiedenen Nachbarländern ausgebrochen sind, auch in der Schweiz ihren Widerhall finden.

Die Presse hat sich in den letzten Jahren mehr als früher mit der Sprachenfrage befaßt.

Ein gewisser Ernst kann diesem Symptom aber nur in begrenzten Gebieten wie dem Berner Jura zugesprochen werden. Dieser ist noch zum größten Teil französisch, aber eine starke deutsche Einwanderung bewirkt, daß sich in einer Reihe von Ortschaften die Deutsch und die Französisch sprechende Bevölkerung bereits die Wage halten. Da wird denn der allgemein anerkannte Grundsatz, daß in den Schulen die herrschende Sprache gelehrt werde, oft sehr drückend. Wenn z. B. in einer Ortschaft 200 Kinder im schulpflichtigen Alter stehen und 90 davon deutscher Herkunft sind und zu Hause Deutsch reden, so scheint es sehr schwierig und selbst einer gesunden Pädagogik entgegengesetzt zu sein, all diesen Kindern ohne Unterschied französische Lehrer aufzuzwingen. Und doch tun dies die Bewohner des Berner Jura aus Anhänglichkeit für ihre angestammte Sprache, aus Stolz über ihre Nationalität, weil sie mit Besorgnis den Einzug der deutschen Sprache in ihr Gebiet wahrnahmen. Solche Deutschschweizer, die sich mit der Frage beschäftigen, sind andererseits der Meinung, daß wenn es sich an der Sprachgrenze um eine Einwanderung handelt, die nicht vorübergehenden, sondern bleibenden Charakter trägt, eben neue Maßnahmen getroffen werden müßten und daß in solchen Grenzgebieten, wo die deutsche Bevölkerung eine sehr große Minderheit bildet, deutsche oder gemischte Schulen eine Notwendigkeit seien. Es wird für die Behörden des Berner Jura notwendig werden, sich in diese Fragen feinfühlicher einzuleben.

Eine andere Gegend, in der unserer Ansicht nach die Sorge derjenigen, die an der deutschen Nationalität hängen, berechtigt ist, ist das Oberwallis. Dieses befindet sich in der Tat in einer ganz besonderen Lage, denn es ist gegenwärtig beinahe eine Sprachinsel zwischen zwei romanischen Gebieten, dem Unterwallis und dem Kt. Waadt einerseits und — seit dem Simplondurchstich — Oberitalien andererseits. Seit das Städtchen Sitten im Laufe des vorigen Jahrhunderts zum größten Teil französisch geworden ist und Siders dem gleichen Schicksal entgegengeht, bleibt nur noch eine einzige wichtige Stadtgemeinde deutscher Zunge, nämlich Brig. Da aber Brig am Ende eines Tunnels liegt, der nach Italien führt, ist es schon ganz von Italienisch und Französisch sprechenden Beamten überfüllt und bildet darum auch kein besonders sicheres Bollwerk mehr gegen die lateinische Einwanderung.

Neben dieser, in gewissem Sinne natürlichen Franzöisierung, fand anerkanntermaßen und hauptsächlich von seiten der Eisenbahnverwaltungen oft auch eine künstliche und gewaltsame statt, gegen die die deutsche Schweiz mit Fug und Recht Einspruch erhoben hat. In den Augen der Jura-Simplon-Bahn-Gesellschaft, die in dieser Gegend vor den Bundesbahnen bestand, galt das ganze Wallis als französisches Sprachgebiet. Die Bahnhofangestellten verstanden oft kein Deutsch oder wenigstens nicht den Dialekt der Einwohner, und es scheint sich wiederholt ereignet zu haben, daß ein braver Bauer, der von seinen Bergen in die Ebene gekommen und am Billetschalter in der heimatlichen Mundart seine Fahrkarte verlangte, von dem ihn bedienenden Beamten nicht verstanden wurde. In der Tat wird das Oberwallis von der großen Menge der Französischschweizer, wenigstens von denen, die jene Gegend nicht näher kennen, als französisches Sprachgebiet, oder doch nahezu als solches, betrachtet. Niemandem von uns käme es in den Sinn, das Eisenbahnbillet in Visp auf deutsch zu verlangen oder seine Einkäufe in Zermatt in dieser Sprache zu machen, obwohl Zermatt in einem durchaus deutschen Tale liegt, das freilich von einer ganz internationalen Gesellschaft, in der das romanische Element vorwiegt, besucht wird.

Allerdings wird die Eisenbahn, die schuld an dem Übelstande ist, wahrscheinlich bald selbst das Heilmittel bringen. Die Berner sind nämlich im Begriff, den Lötschberg zu durchstechen, um so eine direkte Linie von Bern nach Italien zu erhalten. Auf diese Weise werden sich die Oberwalliser wieder in unmittelbarer Berührung mit deutschsprachiger Bevölkerung befinden, mit regsamen, industriellen Städten der deutschen Schweiz und mit der Hauptstadt des Landes. Zwischen diesem doppelten Einfluß, dem deutschen Einfluß durch den Lötschbergtunnel auf der einen Seite und dem romanischen vom Simplon und von den Ufern des Genfersees her, auf der anderen Seite nun dürfte es sehr wahrscheinlich zu einem Widerstreite kommen, der, falls er nicht durch rohen, menschlichen Eingriff kompliziert wird, für den Geschichtsforscher der Sprachen und Nationalitäten wissenschaftlich höchst interessant sein wird.

Was die Übergriffe des Deutschschweizertums anlangt, so finden sich dieselben im Tessingebiet. Auch da spielt die Eisenbahn eine wichtige Rolle. Der Durchstich des Gotthard hatte einen sehr starken Zuzug von Deutschen oder Deutschschweizern in diesen italienischen Kanton zur Folge. Anfangs war das Land wegen seiner Armut und Rückständigkeit und infolge seiner schlechten Schulen nicht imstande, speziell die für den Dienst der neuen Eisenbahn nötigen Beamten zu stellen. Daher hatte man sich an die Deutschschweizer zu halten, wodurch die Gotthardbahn ein wichtiger Faktor in der Germanisierung des Tessins geworden ist. Die italienische Sprache wurde fast ganz verbannt, alle Angaben des Zugspersonales wurden auf deutsch gemacht; die Reisenden, die hofften, jenseits des Gotthard die wohlklingenden Laute der *Lingua italiana* zu vernehmen, erlebten eine arge Enttäuschung. Lange Zeit waren die Aufschriften in den Bahnhöfen vorherrschend deutsch, selbst ohne von einer italienischen Übersetzung begleitet zu sein. „Sala d'aspetto“ wurde durch „Wartesaal“ ersetzt; anstatt „Ufficio del Sotto Capo“ erfand man ein scheußlich klingendes „Unterchefs-bureau“ (welches Wort noch vor zwei Jahren ein Bureau im Bahnhof von Bellinzona zierte). Gleichzeitig verlangten die Eisenbahnangestellten für ihre Kinder deutsche Schulen. Solche gibt es denn auch in Bellinzona und anderswo. In den Gasthöfen wurde das Deutsche immer mehr zur herrschenden Sprache und ich erinnere



mich noch gut, wie ich auf meiner ersten Tessinerreise abends im erst besten Hotel abstieg und mich in der italienischen Sprache versuchen wollte, indes ich mit Erstaunen feststellen mußte, daß das Zimmermädchen kein Wort verstand, denn das Hotel hieß „Zum deutschen Haus“.

Diese Germanisierung des Tessins in bezug auf Schulen und Eisenbahnen mochte vor 15 bis 20 Jahren gerechtfertigt sein. Es ist begreiflich, daß für die Erfordernisse des Dienstes und im Hinblick auf die Rückständigkeit des Landes die deutsche Sprache ihren Einfluß hat geltend machen müssen und einerseits das Land germanisiert, andererseits gegen dessen Italienisierung angekämpft hat. Aber in 20 Jahren haben sich die Verhältnisse stark verändert, der Tessin hat in volkswirtschaftlicher und kultureller Beziehung bedeutende Fortschritte gemacht. Ich hatte zu wiederholten Malen Gelegenheit, seine Schulen zu besuchen, und sie halten in den wichtigen Ortschaften ganz gewiß den Vergleich mit den guten Simultanschulen der deutschen und der französischen Schweiz aus. Darum ist nicht zu bezweifeln, daß die Kinder im Tessin nach ihrem Besuch für den Lebenskampf ebenso gut ausgerüstet sind, wie der kleine Deutsch- oder Französischschweizer. Unter diesen Umständen scheint es mir nicht gerechtfertigt, daß die Eisenbahnverwaltung die Deutschen immer noch bevorzugt und daß andererseits die Deutschen, die sich dauernd im Tessin niedergelassen haben, sei es als Besitzer von Grund und Boden, als Hauseigentümer oder als Geschäftsleute, sich von den tessinischen Schulen ferne halten. Die deutschen Schulen, die im Tessingebiet mehr und mehr eine Anomalie werden, sind auch tatsächlich bedroht und wir persönlich bedauern dies nicht sonderlich, vorausgesetzt, daß man während der Übergangszeit die nötige Klugheit und den erforderlichen Takt walten läßt.

Im vorhergehenden lernten wir die hauptsächlichsten inneren Schwierigkeiten kennen, die die Sprachenfrage der Schweiz bedeuten. Nun gibt es aber noch größere Schwierigkeiten, hervorgerufen durch die natürlichen Beziehungen zwischen Leuten derselben Sprache und dem ganzen größeren Sprachgebiet, dem sie angehören. Ohne Zweifel ist und bleibt die Schweiz in erster Linie Schweiz. Es gibt keinen Schweizer, der dieses Namens wert ist, der, wie groß auch die Liebe zu seiner Muttersprache und seine Sympathie für alle, die diese selbe Sprache sprechen, sein mögen, nicht seine Miteidgenossen, selbst diejenigen der anderen Sprachen, den Fremden vorzöge. Aber dennoch ist es sehr begreiflich, daß die Gemeinschaft der Sprache zwischen der deutschen Schweiz und Deutschland z. B. engere Beziehungen schafft, als zwischen der deutschen Schweiz und Frankreich. Andererseits wendet sich die italienische Schweiz in vielen Fragen nach Italien und ebenso ist das Verhältnis zwischen der welschen Schweiz und Frankreich. Die Frage ist jedoch für jede der drei Sprachen etwas verschieden.

Der welschen Schweiz fehlt ein sehr wichtiges Bindeglied in ihren Beziehungen zu Frankreich, nämlich das religiöse Element. Frankreich ist teils katholisch, teils freidenkerisch, während die einflußreichen Gebiete der welschen Schweiz protestantisch sind. Aber auch die bloße Gemeinschaft der Sprache, der Bildung und auf gewissen Gebieten der Sitten führt zu eifrigen Beziehungen zwischen Frankreich und den französischen Schweizern. Dieselben bringen gern nach Beendigung der Studien einige Monate in Paris zu. Paris bleibt für die Bewohner der welschen Schweiz eine mächtige Hauptstadt, die man von Zeit zu Zeit sehen muß, sei es, um sich dort zu vergnügen, sei es um ihre prächtigen Kunstwerke zu würdigen oder auch sich an ihrem politischen Leben zu beteiligen; jede einigermaßen



bedeutende Schweizer Zeitung will ihren eigenen Pariser Korrespondenten haben. Nun läßt leider die wirkliche Freundschaftlichkeit der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland immer viel zu wünschen übrig und es ist daher nicht sehr zu verwundern, daß auch die französische Schweiz den Rückschlag verspürt. Die Ansichten mehrerer Pariser Zeitungen, die in der ganzen welschen Schweiz stark gelesen sind, werden oft vom Französischschweizer ohne genügende Prüfung angenommen. Solange die Beziehungen der Schweiz mit Deutschland gute sind, hat das keine Bedeutung; im Falle der geringsten Verstimmung natürlich würde die französische Schweiz unbedingt zu Frankreich halten. Auch sind in letzter Zeit zwischen Deutschland und der Schweiz gewisse volkswirtschaftliche Streitigkeiten ausgebrochen, die noch keine Lösung gefunden haben: Mehlfraße, Frage des Gotthardvertrages, und haben in der ganzen Schweiz eine gewisse Unzufriedenheit mit Deutschland wachgerufen; Frankreich wußte sich diese Umstände gewandt zunutze zu machen: es brachte den Simplonvertrag zustande, der den Wünschen der welschen Schweiz in der prächtigsten Weise entsprach. Der Präsident der französischen Republik kam zu zweitägigem Besuch nach Bern, um die Bundesbehörden zu begrüßen. Diese Ereignisse haben sicherlich dazu beigetragen, die franzosenfreundlichen Tendenzen der welschen Schweiz noch zu verstärken; sie denkt nicht mehr daran, daß sie vor nicht allzu langer Zeit mit Frankreich einen heftigen Tarifstreit hatte und sie vergißt zu sehr, daß sie auf dem Gebiet der Wissenschaft im allgemeinen und ganz besonders auf dem der sozialen Wissenschaften und für Verwaltungsangelegenheiten ihre Vorbilder wohl oder übel eher in Deutschland als in Frankreich zu suchen habe. Ich will jedoch sogleich hinzufügen, daß diese franzosenfreundlichen Tendenzen nichts an sich haben, was irgendwie zu erschrecken brauchte. Der Mehrzahl der Französischschweizer ist es daran gelegen, mit Frankreich auf freundschaftlichem Fuß zu stehen, sie würden jedoch nie ein Jota ihrer Unabhängigkeit drangeben. Wenn Frankreich bei Gelegenheit von Anleihen z. B. jemals politisch drückende Bedingungen stellen wollte, wie es die kleinen, seiner Kapitalien bedürftigen Völkern gegenüber zu tun pflegte, so würden sich die welsche wie die deutsche Schweiz dem einstimmig widersetzen.

In einem Gebiete der französischen Schweiz freilich, und ich muß dies mit Bedauern sagen, ist die Lage eine viel ernstere, nämlich in Genf. Genf ist in erster Linie eine große Stadt von mehr als 100 000 Einwohnern, bewohnt von einer fremdländischen Minderheit, die an Stärke beinahe die einheimische Bevölkerung aufwiegt. Ferner ist Genf als vorgeschobener Posten der Schweiz auf französischem Gebiet in volkswirtschaftlicher Beziehung die natürliche Hauptstadt einer ganzen französischen Gegend. Wenn die Franzosen des Grenzgebietes ein gemeinsames Fest veranstalten wollen oder einen Deputierten der Gegend zu hören wünschen, so geschieht dies in vielen Fällen in Genf als dem am zentralsten gelegenen Orte. Zugleich haben die 40 000 Franzosen, die in Genf wohnen und die, dank unserer Naturalisierungsgesetze, die Vorteile genießen können, die wir unseren Staatsangehörigen bieten, nämlich unsere Schulen und Hilfseinrichtungen, ohne sich im geringsten mit der Bevölkerung zu verschmelzen, manche französische Anschauungen nach Genf gebracht. Nicht nur macht Genf den Eindruck einer großen französischen Provinzstadt, auch die in Frankreich herrschenden politischen Anschauungen finden in Genf ein williges Echo. So hat die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich die Trennung von Kirche und Staat in Genf herbeigeführt. Der Genfer ist leicht zu Tadeln geneigt. Zuweilen

macht es ihm seine Lage am äußersten Zipfel des schweizerischen Gebietes ziemlich schwer, seine Interessen mit denen der Gesamtschweiz zu versöhnen. In Sachen der Eisenbahnen und der Zufahrtslinien gibt es lebhaftes Interessensstreitigkeiten zwischen Genf und den Nachbarkantonen. Nun würde Frankreich, das diese Streitigkeiten mit Aufmerksamkeit verfolgt, oder besser würden einzelne französische Politiker nicht zögern, diese örtlichen Zwistigkeiten zu benützen, um eine separatistische Bewegung in Szene zu setzen.

So ist es vorgekommen, daß ein französischer Abgeordneter in öffentlicher Rede in Genf sagte: falls die Genfer mit der Schweiz unzufrieden wären, sollten sie sich nur an Frankreich wenden, man würde sie mit offenen Armen empfangen. Diese ungebührliche Zumutung wurde freilich nachher von fast allen Genfer Blättern gebrandmarkt; der französische Abgeordnete kam mit seiner Beredsamkeit nicht auf seine Kosten. Demnach zeigt die bloße Tatsache, daß eine derartige Rede zustande kam, deutlich die gefährliche Lage. Wir anerkennen, daß die ältere Genfer Generation in ihrer leidenschaftlichen Anhänglichkeit an die Schweiz, mit der Genf schon lange vor seinem Eintritt in den Bund liiert gewesen, ihr möglichstes tut, um dem bunten Genfer Staatswesen wieder mehr vaterländisches Gefühl einzuhauchen: man veranstaltet Vorträge über Gegenstände aus der Schweizergeschichte, man ist bemüht, die Generalversammlungen von schweizerischen Gesellschaften so häufig wie möglich nach Genf einzuberufen und auch die schweizerischen Truppen werden häufiger als früher zum Militärdienst nach den Genfer Kasernen beordert. Endlich sucht man durch Erleichterung der Naturalisierung die enorme Masse der Fremden, die in Genf wohnen, schneller zu assimilieren.

Heute besteht selbstverständlich noch keine unmittelbare Gefahr. Eine schweizerfeindliche, separatistische Bewegung, die etwa in Genf ausbrechen sollte, hätte keinerlei Aussicht auf Erfolg; dennoch darf die Schweiz diesen Punkt nicht aus den Augen verlieren, ehe sie ein Heilmittel für die schwierige Lage gefunden hat.

Ein anderes Gebiet, das die Aufmerksamkeit der schweizerischen Vaterlandsfreunde auf sich lenkt, ohne jedoch dieselbe Besorgnis zu erregen wie Genf, ist der Tessin. Dieser Kanton nimmt in der Eidgenossenschaft eine ziemlich Sonderstellung ein. Er steht allein jenseits der Alpen und besitzt nur eine Türe nach der Schweiz hin, nämlich den Gotthardtunnel und zwar führt dieser in die deutsche Schweiz, d. h. in Kantone, die sich in bezug auf geistige Tendenzen mehr von ihm unterscheiden als die Kantone französischer Zunge. Dann war lange Zeit seine Kultur nicht auf der Höhe derjenigen des größten Teils der Schweiz, doch hat er, wie ich schon zu erwähnen Gelegenheit hatte, große, mit Erfolg gekrönte Anstrengungen gemacht, um den Volks- und Gewerbeschulunterricht zu verbessern. Die italienische Schweiz ist jedoch ihrer Volkszahl nach in so drückender Minderheit, daß sie ihren Sonderinteressen auch nicht den genügenden Nachteil zu verleihen imstande ist.

Dazu kommt ferner, daß die städtischen Zentren des Tessins wie Locarno, Lugano und Bellinzona nur 2—3 Stunden von Mailand, der ökonomischen und geistigen Hauptstadt Italiens entfernt sind. So lebt der gebildete Tessiner in ständigen Beziehungen mit Mailand, d. h. also mit Italien, einem Lande, mit dem er durch Sprache, Religion, gemeinsames Leben und manche politische Wechselfälle verbunden ist. Auch hat der Tessin keine eigene Universität und da seine Sprache auf den Universitäten der deutschen und der welschen Schweiz kaum vertreten ist, bezieht der junge Tessiner, der sich dem Universitätsstudium zuwenden will, sehr oft eine italienische Hochschule. Auf diese



Weise gerät er völlig in den Bannkreis italienischer Kultur. Kommt er dann wieder in seine Heimat, der alle Merkmale großstädtischen Lebens fehlen, so fühlt er sich derselben nicht mehr angehörig, es drängt ihn nach dem geistigen Mittelpunkt, nach Italien, zurück.

Vor einigen Jahren sprach ich mit einem Tessiner Rechtsgelehrten, einem feurigen Patrioten und hervorragenden Schriftsteller über diesen Gegenstand und er beschrieb mir die vollständige Vereinsamung, in der sich die gebildeten Tessiner gegenüber der übrigen Schweiz befänden. „Wir schreiben“, sagte er mir, „wir versuchen, unser bescheidenes Teil zum geistigen Erbe der Nation beizutragen, aber wer in der deutschen und der französischen Schweiz kümmert sich um uns und unsere Anstrengungen? Es heißt schon viel beanspruchen, wenn wir verlangen, daß man überhaupt um unsere Existenz wisse“. Die Tessiner sind dieser Abgeschlossenheit wohl bewußt, und je mehr sich Italien entwickelt, um so mehr leiden sie unter dem Eindruck, der übrigens meist ungerechtfertigt ist, das Aschenbrödel der Eidgenossenschaft zu sein. Und wenn ein eidgenössisches Gesetz, das etwa an ihren althergebrachten Gewohnheiten rüttelt oder ihre Tatenlosigkeit berührt, sie in Aufregung bringt, dann zeigen sie unverhüllt ihre schlechte Laune. Bei Gelegenheit einer Debatte über ein eidgenössisches Forstgesetz rief ein Führer der radikalen Partei im tessinischen Großrat zornig aus: „il Ticino farä da se“, d. h. der Tessin ist imstande, seine Angelegenheiten allein zu ordnen, er kümmert sich nicht um Mutter Helvetia. Man darf selbstverständlich solchen Worten nicht mehr Bedeutung beimessen, als gerecht ist, denn sie stammen von einem erhitzten Redner, der einem leicht erregbaren Volke angehört, für das der Abstand zwischen Worten und Handlungen ein sehr großer ist. Aber ähnliche Ausbrüche der Ungeduld müssen der übrigen Schweiz zur Warnung dienen, betrachtet sie doch mit gutem Recht den Tessin als einen für ihr Leben wichtigen Teil ihres Gebietes.

Die Schweiz ohne den Tessin wäre ein verstümmeltes Land, nicht allein in bezug auf ihre Naturschönheiten, sondern auch auf ihre Kulturarbeit, der ein wichtiger Rassenbeitrag entginge. Man kann daher nur aufs tiefste bedauern, daß Bundesbeamte einer anderen Sprache oft sehr unbedachte Worte gegen die Tessiner fallen lassen, indem sie dieselben zu hart beurteilen und sich keine Mühe geben, ihre Geistesrichtung zu verstehen und sie so zu behandeln, wie sie behandelt werden müssen. So haben z. B. letztes Jahr die Worte eines deutschschweizerischen Instruktionsoffiziers, der in einem öffentlichen Dienstbericht erklärte, die tessinische Truppe, die er zu befehlen gehabt, sei viel undisziplinierter und überhaupt, im Vergleich mit der übrigen Schweiz, minderwertig gewesen, tiefe Entrüstung hervorgerufen. Gewiß hat der Tessiner nicht dieselben Vorzüge, aber auch nicht dieselben Nachteile, wie der Deutsch- und der Französischschweizer, man erreicht bei ihm mit schroffem und barschem Wesen nichts, dagegen viel, wenn man seiner Eitelkeit, seiner Gefallsucht zu schmeicheln, ihn bei der Ehre zu fassen weiß.

Übrigens haben solche Ereignisse, wie ich sie eben erwähnt, auch ihr Gutes, indem sie der großen Mehrheit des tessinischen Volkes erlauben, ihre Anhänglichkeit ans Vaterland zu bekunden und den Schweizern der übrigen Kantone Gelegenheit geboten wird, ihre Sympathie für den italienischen Kanton an den Tag zu legen. Es ist denn nicht zu verkennen, daß man heute in den schweizerischen Vereinen jeglicher Gattung (vaterländischen, literarischen, philanthropischen) bemüht ist, mit den tessinischen Miteidgenossen in immer engere Berührung zu kommen, was u. a. dadurch bewirkt werden



will, daß die Jahresversammlungen so häufig wie möglich in jenen Kanton verlegt werden. Sie haben es in der Tat nicht zu bedauern, einige Tage in diesem kleinen Paradies zu verbringen.

Ferner ist es sehr wohl möglich, daß bald die Eisenbahn die Beziehungen zwischen Tessinern und Französischschweizern, zwischen denen eine Verständigung leichter ist als zwischen Tessinern und Deutschschweizern, fördern wird. Sobald einmal die projektierte Bahn den Langensee entlang gebaut ist, die Locarno mit Pallanza und Fondo-Toce und dadurch mit der Simplonlinie verbindet, werden die Beziehungen zwischen der italienischen Schweiz und dem Wallis wie auch der Waadt, viel regere sein. Noch besser wird es sein, wenn erst eine direkte Linie Locarno-Domodossola besteht und so Locarno und damit der Tessin nur noch 2 Stunden von Brieg und 4 Stunden von Montreux entfernt liegt.

Wie verhält es sich nun in der deutschen Schweiz?

Dort bestehen sehr intime religiöse Beziehungen sowohl zwischen den protestantischen Kantonen und dem protestantischen Deutschland als auch zwischen den katholischen Kantonen und dem katholischen Deutschland. Beziehungen, die uns, wie schon gesagt, in der Westschweiz fehlen. Während aber anderseits die Sprache der Westschweizer und der Franzosen dieselbe ist und so ein starkes Band bildet, ist die eigentliche Sprache der deutschen Schweiz die Mundart, die allgemein gesprochen wird und die im großen und ganzen selbst die Gebildeten dem Hochdeutschen vorziehen. Der Französischschweizer, der, wenigstens in den Städten, den Gebrauch der Mundart sei Generationen aufgegeben hat, kann nicht genug staunen, wie die Deutschschweizer mit fast zärtlicher Hartnäckigkeit an ihrem Dialekt hängen und sich dessen sogar bei feierlichen Angelegenheiten bedienen. Diese Tatsache führt notwendigerweise zu einem bedeutenden Unterschied zwischen Reichsdeutschen und Deutschschweizern, und alle die lebhaften Beziehungen, die in geistiger Hinsicht zwischen den beiden Gebieten bestehen, können ihn nicht verwischen. Trotzdem ist es leicht, in den Zeitungen der deutschen Schweiz deutliche Spuren rein deutschen Einflusses aufzuzeigen. Die vernünftige liberale Gesinnung, die die deutschen und österreichischen sowie übrigens auch die deutschschweizerischen Universitäten an den Tag legen, erlaubt es den Studenten in Zürich, Bern und Basel, Vorlesungen bei Professoren deutscher oder österreichischer Nationalität zu hören, während anderseits der tüchtige Schweizer Professor Aussichten hat, eines Tages in eine Universität des Deutschen Reiches berufen zu werden. Ein solcher Professorenaustausch besteht zwischen der französischen Schweiz und Frankreich nicht, denn Frankreich verlangt in einem auf diesem Gebiete sehr schlecht angebrachten Chauvinismus, daß alle seine Diener, vom Universitätsprofessor bis hinab zum einfachen Hauswart in einem öffentlichen Gebäude, französischer Nationalität seien.

Die leidenschaftliche Anhänglichkeit, die der Schweizer aber stets und bei jeder Gelegenheit seinem Ländchen bezeugt, erklärt sich unter andern durch die Tatsache, daß er, der Mann von Uri, von Zürich, von Solothurn, es war, der die schweizerische Eidgenossenschaft gegründet. Diese war bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ausschließlich deutsch. Die westschweizerischen Gebiete der heutigen Eidgenossenschaft waren dazumal nur angeschlossene Orte oder Untertanen und bildeten keinen integrierenden Bestandteil der Eidgenossenschaft. Der Deutschschweizer ist sich dessen bewußt,

daß die heutige Schweiz sein Werk ist, und liebt sie daher mit der hingebenden Liebe eines Vaters zu seinem Kinde.

Aus diesem leider nur flüchtigen Überblick zeigt sich, daß in der Schweiz, trotz der verschiedenen Gebiete, in denen ein Sprachen- oder Nationalitätenstreit ausbrechen könnte, die Gefahr viel weniger groß ist, als in andern Ländern. Allerdings führt die Zentralisationsbewegung, die die Befugnisse der Kantone mehr und mehr einschränkt — eine Bewegung, der man sich vergebens entgegensetzt —, hie und da zur Anwendung der gleichen Regel auf die einander zu verschiedenen Rassen, wodurch es zu Streitigkeiten kommen könnte. Je mehr sich die Machtbefugnis des Bundes erweitert, um so größern Takt muß er gegenüber den Minderheiten zeigen, die, wie alle Minderheiten, empfindlich sind und sofort ihr Recht und ihre Unabhängigkeit verletzt sehen. Die schweizerische Zeitgeschichte zeigt uns, daß der Bund sich der Schwierigkeit der Lage bewußt ist und sowohl in den eidgenössischen Räten als auch in der Verwaltung jede schroffe Wirkung zu umgehen sucht. Nicht weniger sollten sich die Gebildeten, die die öffentliche Meinung machen, ihrer großen Verantwortlichkeit in der Sprachen- und Nationalitätenfrage bewußt werden. Ferner sollte man sich mehr Mühe geben, die verschiedenen Sprachgebiete genauer mit der Sprache und den Sitten des andern bekannt zu machen. In dieser Beziehung steht die deutsche Schweiz über der französischen und italienischen Schweiz. Die Mehrzahl der gebildeten jungen Leute der deutschen Schweiz spricht Französisch; wenn auch nicht fehlerfrei und nicht mit ganz reinem Akzent, so doch ziemlich fließend und verständlich. Dagegen ist es keine Seltenheit, in der französischen Schweiz jungen Ärzten, Geistlichen und Advokaten zu begegnen, die nur mit Mühe eine deutsche Zeitung, ein leichtes deutsches Buch lesen, vollends aber außerstande sind, einer deutschen Unterhaltung zu folgen. Noch geringer verbreitet ist die Kenntnis des Italienischen in der Schweiz. Ein wahrscheinlich nie zu erreichendes, aber vollkommenes Ideal wäre eben die durchgängige dreisprachige Schweiz. Auch so aber fehlen der Schweiz die schweren Übelstände anderer mehrsprachiger Gebiete. Wenn wir die Erzielung geringstmöglicher Reibung als Lösung der Frage bezeichnen können, dann ist die Nationalitätenfrage in der Schweiz gelöst.

# MORALISCHE & RECHTS- ENTWICKLUNG

## CHRONIK

**A**US dem „Internationalen Orden für Ethik und Kultur“: Im Novemberheft des vergangenen Jahres berichteten wir über die Motive, die zur Gründung des I. O. E. C. geführt haben und über die besondere Aufgabe, die er unabhängig von allen Vereinsgründungen zu erfüllen sich vorgenommen hat. Inzwischen fand die erste Jahresversammlung des deutschen Zweiges des Ordens am 19. November in Frankfurt statt. Trotz aller Schwierigkeiten, die sich jungen Organisationen, denen es auf den einzelnen tätigen Menschen ankommt, im ersten Jahre immer entgegenstellen, ging es bis jetzt merklich voran. Das Problem, aus einer Anzahl suchender, von gleichen Lebensidealen geleiteter Menschen eine Art geistiger Großfamilie zu bilden, ist in einigen Heimen bereits gelöst. Dies allein würde die Existenz des Ordens rechtfertigen, vor allem aber, wenn es ihm gelingt, überall die innerlich einsamen Menschen, die im Gesellschaftsleben wie in den Kirchen keine Gleichgesinnten mehr finden, zu kleinen Gemeinden zusammenzuschließen, wo sie allseitige Anregung des Geistes und Pflege des Gemüts erwarten dürfen. Das kann ein Verein nie erreichen; denn sein Merkmal ist es eben, daß er ein festumgrenztes Programm habe, also nur eine Seite des Menschen beanspruche und seine Anhänger zu diesem vorgesteckten Ziele hinführe. Das Heim aber umfaßt die Interessen aller Kulturbewegungen und kann sich wegen der Art seiner Zusammensetzung allen im Augenblicke gegebenen Einzel-

aufgaben zuwenden. Von der Arbeit an der wichtigen Aufgabe, viele sozial tätige Menschen zu sammeln und durch sie Zusammenhang mit allen wertvollen Kulturelementen zu erlangen, hiervon werden wohl die nächsten Jahre noch vorwiegend erfüllt sein. Auf diese Weise soll sich der Orden organisch vergrößern und stark werden für weitere Aufgaben.

Auch für das einzelne Heimmitglied hat ein solches Wachstum viele Vorteile. Kein arbeitender Mensch kann heute auch beim besten Willen alles geistige Leben übersehen, wenn er darauf angewiesen ist, sich in Versammlungen, aus Zeitschriften und Büchern alles selbst zu erarbeiten. Wenn aber in der Arbeitsgemeinschaft des Heims jeder sich seiner freiwilligen Arbeit ganz widmet, darüber die andern Mitglieder fortlaufend unterrichtet und ebenso von den andern über deren Arbeiten unterrichtet wird, so gewinnt der Einzelne freie Zeit und läuft nicht so sehr Gefahr, durch Einseitigkeit den Überblick zu verlieren.

Über diese innere Tätigkeit hinaus haben sich einige Heime schon praktische Aufgaben gestellt, von denen sich besonders zwei zu Hauptarbeitsfeldern des Ordens entwickeln.

Es besteht einmal das Bestreben, eine Art Reservetruppe von sozial tätigen Menschen auf dogmenfreier Basis zu schaffen. Könnte die Heilsarmee auf christlicher Grundlage mit vorwiegend niederen Volksschichten eine solche Freiwilligenschar von größter Bedeutung bilden, so müßte das der Orden mit intelli-



genten Kreisen nach wissenschaftlichen Grundzügen leisten können. Er müßte mit freiwilligen Arbeitern zur Stelle sein, wo man ihn braucht und ruft.

Die andere Aufgabe der Heime, die aus der bisherigen kurzen Praxis zu entnehmen ist, wird noch etwas komplizierter sein. Es gilt, durch Zusammenfassung der tätigsten Elemente aller örtlichen Reformgruppen im Heim eine nicht in die Öffentlichkeit tretende Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Diese wird durch die Art ihrer Zusammensetzung zum Ausgangspunkte aller auf dem Gebiete der sozialen Arbeit und Volksaufklärung in dem betreffenden Orte tätigen Kräfte und stellt gleichsam das soziale Gewissen der Bevölkerung der Stadt oder des Stadtteils dar.

Die auf der Jahresversammlung des I. O. E. C. vertretenen Heime be-

weisen, daß die Zeit reif ist für die Bildung solcher neuartigen Kulturgemeinschaften. Je stetiger und freier von überstürzendem Gründungstaumel sich ihr Wachstum vollziehen wird, desto eher werden die Ziele des Ordens statt durch Flugschriften von tätigen Menschen verkündet werden. Bis jetzt sind es etwa ein halbes Tausend, die sich im I. O. E. C. zusammengeschlossen haben, einstweilen größtenteils als Einzelmitglieder; denn erst, wo mehrere Einzelmitglieder nahe beieinander wohnen, kann sie die Zentrale miteinander bekannt machen und zur Heimgründung anregen. Zum Vorsitzenden des deutschen Ordenszweiges wurde Herr Rechtsanwalt v. Harder, Mannheim, wiedergewählt. Auskunft erteilt der Sekretär Herr Stelzenmüller, Mannheim U. 6, 18 (für Länder nichtdeutscher Sprache der Generalsekretär A. Knapp, Zürich).

A. Schwoerer,  
Freiburg i. B.